R Ä N K E S C H M I E D E

Texte zur
internationalen ArbeiterInnenbewegung

Redaktion express u.a.

Baustelle China

Eindrücke und Fragen
einer Studien- und Begegnungsreise

Herausgeber:
AFP e.V., express-Redaktion, tie-Bildungswerk e.V.

No. 17
November 2008
11. Jahrgang

Titelbild: Träume? Spielzeugmanufaktur und -handel in Guangzhou

Herausgeber:

AFP – Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung e.V.
express-Redaktion
Niddastraße 64
60329 Frankfurt
Telefon (069) 67 99 84
Email express-afp@online.de

3. Auflage, November 2010
92 Seiten, Einzelpreis 10 Euro zzgl. Porto

Redaktionelle Bearbeitung Kirsten Huckenbeck, Slave Cubela
Layout/Satz Birgit Letsch
Druck Kopierwerk, Frankfurt

RÄNKESCHMIEDE erscheint in unregelmäßiger Folge (siehe Rückseite)

Inhalt

Vorwort 5

Kirsten Huckenbeck: »Baustelle China. Versuch einer Sortierung von Reise- und Leseeindrücken« 7

Kirsten Huckenbeck / Slave Cubela: »China in Zahlen und Daten« 17

Express-Redaktion: »Fragebogen zu Eindrücken einer China-Reise« 31

Eva-Maria Bruchhaus: »1, 2, 3, 4 Maos on the cap. Spurensuche im ›Musterländle‹ China« 33

Thomas Sablowski: »Ganz gewöhnlicher Kapitalismus, oder: Was ist an Chinas Marktwirtschaft ›sozialistisch‹?« 41

Bodo Zeuner: »Revolutionäre Harmonie. Auf der Baustelle China« 45

Irmtraud Schlosser: »Mobiler Arbeitseinsatz im modernen Kapitalismus. Zur Situation von Wanderarbeitern in China« 53

Kirsten Huckenbeck: »Chinas neues Arbeitsrecht: Von der Lohnsklaverei zu ›doppelt freien‹ Verträgen« 59

Dagongzhe Workers Centre: »Breaking or Taking the Law« – Studie zur Umsetzung des Arbeitsvertragsgesetzes in China« 61

Kirsten Huckenbeck / Chang Kai: »Verordnete Harmonie? Perspektiven der Entwicklung von Kapital & Arbeit in China. Ein Gespräch mit Chang Kai« 67

Anne Scheidhauer: »CSR, CoC, prima Gesetze ... nur schade, dass Cadmium und Blei nicht lesen können, auch nicht in China. Zur Kampagne gegen ›Gold Peak‹« 75

Chris Chan / Pun Ngai: »The Making of... – über Kollektivaktionen von WanderarbeiterInnen in Südchina«, Teil I 81

Chris Chan / Pun Ngai: »The Making of... – über Kollektivaktionen von WanderarbeiterInnen in Südchina«, Teil II 87

Auftragskunstproduktion in Shenzhen: Da Fen Oil Painting Village

Vorwort

China ist die große Unbekannte im Prozess der Globalisierung – und vielleicht gerade deshalb eine so geeignete Projektionsfläche für westliche Ängste, Vorurteile und Hoffnungen. Vom neuen kommunistischen Feind im Osten über Staatskapitalismus, sozialistische Marktwirtschaft bis zum letzten real existierenden Keynesianismus reichen die Bezeichnungen. Chinas Aufstieg zur neuen Wirtschaftsweltmacht löst dabei offenbar ambivalente Gefühle aus: Ohne China scheint es nicht mehr zu gehen – zu wichtig sind die Hoffnungen auf neue Absatzmärkte und Lohnkosteneinsparungen durch Produktionsverlagerungen. Und ohne die chinesische Regierung wäre die Schuldenpolitik der USA längst gescheitert. Doch andererseits stellt sich die Frage, wie stabil die chinesische Entwicklung in Politik und Wirtschaft überhaupt ist. Ambivalent auch die Haltung zu den chinesischen Arbeitsbedingungen, zu sozialen und Menschenrechten: Einerseits ist die Empörung über die Verletzung von sozialen und Menschenrechten groß, andererseits freuen sich die KonsumentInnen über billige Spielzeuge, Elektronik etc. in den Regalen.

Grund genug, sich ›die große Unbekannte‹ etwas genauer anzusehen: Im September 2007 nahmen verschiedene Mitglieder der express-Redaktion an einer dreiwöchigen Studienreise »Arbeitswelten in China« teil, organisiert von Peter Franke (Asienhaus Essen) und Wolfgang Schaumberg (ehem. Opel-Betriebsrat und Mitglied der Opel-KollegInnengruppe GoG). Unsere im Perlflussdelta, in Dörfern auf dem Land und in Peking gewonnenen Eindrücke führten uns zu der These »Baustelle China«, der diese Broschüre auch ihren Namen verdankt.[1]

Überall wird (um-)gebaut: In den Boomtowns an der Küste werden täglich neue Hochhäuser fertiggestellt, auf dem Land wachsen am Reißbrett entwickelte neue Megacities, ganze Dörfer werden umgesiedelt, neue Staudämme, Autobahnen, Straßen entstehen; aber auch in der Politik und Gesellschaft, der Wirtschaft und den Betrieben ist vieles im Umbau begriffen. Diese Baustellen verdeutlichen bestehende und schaffen neue Widersprüche.

Anhand der Lebens- und Arbeitsbedingungen von 120–140 Millionen WanderarbeiterInnen innerhalb Chinas lassen sich Widersprüche und Dynamiken der »harmonischen Gesellschaft« – so der offizielle Sprachgebrauch – exemplarisch beleuchten.

In der »sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung«, wie Chinas Regierung die aktuelle Phase des Umbaus bezeichnet, tummeln und schlagen sich staatliche und halbstaatliche Unternehmen mit privatisierten und privaten nationalen und internationalen Konzernen, Spekulanten und Profithaien. Unvorstellbarer persönlicher Reichtum für wenige und große Armut für viele, Korruption für die einen und Sozialabbau bzw. private Gebühren für Sozialleistungen für die große Zahl der anderen gehören auch zum Alltag der 1,3 Milliarden ChinesInnen – einem Fünftel der Weltbevölkerung. Umwelt- und vor allem in den Städten unerträgliche Luftverschmutzungen beeinflussen das tägliche Leben genauso wie die längerfristigen Produktions- und Reproduktionsbedingungen.

Die chinesische Gewerkschaft versteht sich als »Brücke zwischen Partei und Beschäftigten« und

1 Einige der Bilder dieser Reise sind in dieser Broschüre abgedruckt.

sieht sich täglich Streiks und Arbeitskämpfen gegenüber, die ohne diese Gewerkschaft geführt werden. Streiks sind rechtlich zwar nicht mehr verboten, aber gesetzlich auch – noch – nicht ausdrücklich erlaubt. Das Arbeitsrecht wird ständig verändert, die bisher mit minderen Rechten ausgestatteten und diskriminierten WanderarbeiterInnen sollen nach und nach gleichgestellt werden.
Baustellen überall also. Organisiert von einer kommunistischen Partei, die sich einem Kapitalismus chinesischer Prägung, d.h. mit starkem staatlichem Regulationsanspruch, verschrieben hat, den Ablauf und die Folgen ihrer Umbaumaßnahmen aber nicht immer unter Kontrolle hat, auch wenn sie dies gerne würde.
Für viele, gerade auch in China, stellt sich die große Frage: Warum auf diesem Weg und wohin?

Dieser Frage nachzugehen, ist auch das Anliegen dieser Broschüre, die dazu beitragen will, China nicht als bedrohliche Unbekannte zu dämonisieren, sondern sich die Verhältnisse vor Ort genauer anzusehen und nach Vergleichbarkeiten und Differenzen, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsbeziehungen, zu suchen.

Den Anfang macht ein überarbeiteter Vortrag bzw. Reisebericht, in dem die China-Wahrnehmung in der gewerkschaftsnahen und linken Presse Deutschlands auf ihr Verständnis von Markt und Staat beleuchtet und anhand der Situation der WanderarbeiterInnen versucht wird, einen ersten Zugang zur Frage, als was sich die chinesische Gesellschaft begreifen lässt, zu erlangen. Im Anschluss daran dokumentieren wir empirische Befunde zu »China in Zahlen und Daten«, die zugleich den Hintergrund für die nachfolgenden Reiseberichte von TeilnehmerInnen bilden. Einen Schwerpunkt dieser Ränkeschmiede bildet dann die Reform des chinesischen Arbeitsrechtes durch das neue Arbeitsvertragsgesetz und die Frage, inwiefern dies die Rolle der Staatsgewerkschaft ACFTU ändert und die Situation der ArbeiterInnen verbessert. Wir freuen uns dabei besonders über einen ersten Evaluationsbericht von KollegInnen des Dagongzhe-WanderarbeiterInnenzentrums, die wir während unserer Reise kennen gelernt haben. Dieses Zentrum und seine AktivistInnen waren mehrfach Zielscheibe schwerster Repressalien und tätlicher Übergriffe, konnte seine Arbeit mittlerweile jedoch wieder aufnehmen, auch aufgrund einer sehr erfolgreichen internationalen Solidaritätsarbeit. Ebenfalls auf persönliche Kontakte geht der Beitrag über die Solidaritätskampagne für die Cadmium-Opfer des Batterieherstellers Gold Peak zurück sowie das Interview mit Professor Chan Kai, einem der Verfasser des neuen chinesischen Arbeitsvertragsgesetzes, zur Frage nach den Dynamiken, die zu diesem Gesetz geführt haben und die es für Beschäftigte und Gewerkschaften nach sich ziehen kann. Den Abschluss bildet eine theoretische Arbeit, die in Anlehnung an E.P Thompsons Analysen zur Entstehung der englischen Arbeiterklasse anhand einer Reihe von Arbeitskämpfen in China die Frage untersucht, ob und inwiefern sich hier von einem erwachenden Klassenbewusstsein reden lässt.

Wir hoffen, dass diese Dokumentation von Beiträgen, die im Laufe des letzten Jahres im express erschienen sind, nicht nur für sich genommen eine interessante Lektüre darstellt, sondern auch eine gute Grundlage bildet für die intensivere Zusammenarbeit im Rahmen des Projekts »Arbeitswelten in China«, das unter Leitung des Asienhauses Essen, von »Globalisation Monitor« (GM) und des »Asia Monitor Resources Centre« (AMRC) in Hongkong eine engere Kooperation zwischen gewerkschaftlich Aktiven und kritischen WissenschaftlerInnen in China und Deutschland anstrebt.

»Baustelle China«

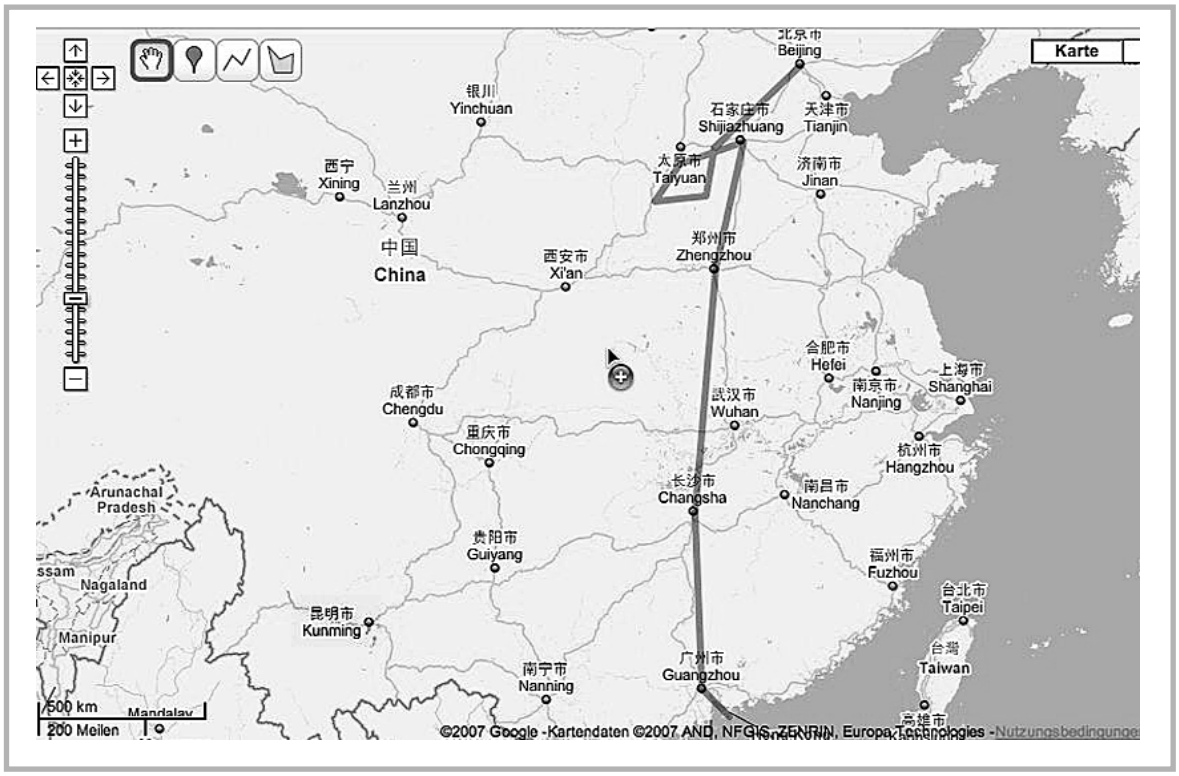
Kirsten Huckenbeck versucht eine Sortierung von Reise- und Leseeindrücken

Der folgende Beitrag ist eine überarbeitete Fassung der Einleitung eines Dia-Vortrags, den die Autorin im Anschluss an die Reise mehrfach gehalten hat.[1] Der Beitrag beruhte wesentlich auf einer Darstellung der Stationen dieser Reise, die anhand der Bilder im Einzelnen kommentiert wurden. Darauf haben wir im Folgenden verzichtet und die einleitenden Überlegungen zur Frage, als was die chinesische Gesellschaft begriffen werden kann, in den Vordergrund gestellt. Eine wichtige Rolle bei dieser Frage spielt die Unterschiedlichkeit der Begrifflichkeiten, mit der die chinesischen Verhältnisse hierzulande gefasst und bezeichnet werden. Im Anschluss daran haben wir uns für eine knappe Übersicht über die entscheidenden Größen zu Chinas Wirtschaftswachstum, den regionalen Unterschieden in China, der Stadt-Land-Entwicklung, den sozialen Unterschieden, der Situation der Partei und der ArbeiterInnen in China entschieden sowie einige Beispiele für Betriebe, die während der Reise besucht wurden, dargestellt.

Ich freue mich, über Eindrücke einer Studienreise nach China, die unter dem Titel »Arbeitswelten in China« stand und an der ich vom 9.–29. September 2007 als eines von mehreren Mitgliedern der express-Redaktion teilgenommen habe, berichten zu dürfen, und möchte einschränkend und vorweg darauf verweisen, dass mich dies keineswegs zur Expertin gemacht hat bzw. macht. Zunächst kann ich hier nur als Teilnehmerin dieser Studienreise, die von Peter Franke (Asienhaus Essen) und Wolfgang Schaumberg (Mitglied der Opelbetriebsgruppe GoG, Gegenwehr ohne Grenzen) im Rahmen eines längerfristig angelegten Austausch- und Forschungsprogramms organisiert wurde, über diese Reise selbst berichten. Darüber hinaus kann ich Überlegungen vorstellen, die sich im Anschluss an die Reise in Bezug auf die Frage entwickelt haben, ob und inwiefern sich das, was wir dort erlebt, gesehen, gehört haben, begreifen lässt anhand der Erfahrungen, die uns als kritische WissenschaftlerInnen, gewerkschaftlich Aktive oder aufmerksame ZeitungsleserInnen hierzulande vertraut erscheinen. Das Thema »Arbeitswelten in China« legt diesen Vergleich nahe, und es hat auch die KollegInnen, die an den beiden vorangegangenen Reisen teilgenommen hatten, beschäftigt – nicht zuletzt, weil China nicht nur im Wettbewerb um Produktionsstandorte und entsprechende Produktionsverlagerungen, sondern auch im Wettbewerb um Exportfähigkeit oft als bedrohliche Konkurrenz dargestellt wird. Das wechselseitige Kennenlernen und Begegnen sind als Entmythologisierung des »Mythos China« insofern notwendige Voraussetzungen einer internationalen Solidaritäts- und Bildungsarbeit.

Nachdem im Zentrum der voran gegangenen beiden Reisen die Ermöglichung und Herstellung von Basis-Kontakten zwischen Beschäftigten in chinesischen und deutschen Unternehmen (z.T. sogar bei den gleichen Auftraggebern), stand, hatte diese Reise nun vor allem (er-)forschenden Charakter. Die 15 TeilnehmerInnen kamen primär aus dem wissenschaftlichen bzw. journalistischen Bereich, einige ar-

1 Einige Bilder von dieser Reise sind in dieser Broschüre dokumentiert.



beiteten ehren- oder hauptamtlich für die Gewerkschaften. Wir bewegten uns auf den Spuren der WanderarbeiterInnen, von denen es geschätzte 120–200 Millionen in China gibt (wie immer in diesem Bereich sind die Angaben notwendig ungenau, weil der Status von WanderarbeiterInnen auch innerhalb Chinas mit einem prekären Meldestatus verbunden ist) und ohne die das chinesische »Produktionswunder« nicht denkbar wäre. Diese Spurensuche führte uns vom *Süden Chinas* (Shenzhen und Guangzhou), wo viele WanderarbeiterInnen fast das ganze Jahr über leben und arbeiten und wo wir Gelegenheit hatten, mit VertreterInnen selbstorganisierter Wanderarbeiterzentren sowie mit GewerkschafterInnen aus der offiziellen Staatsgewerkschaft ACFTU zu sprechen, über das *Landesinnere* (u.a. die Städte Laojing, Zuoquan, Jinzhong in der Provinz Provinz Shanxi), also ländlich-agrarisch geprägten Orten, wo die WanderarbeiterInnen typischerweise herkommen und wo wir uns einige Projekte im Rahmen eines Armutsbekämpfungsprogramms ansahen, nach *Beijing*. Dort hatten wir Gelegenheit, unsere Reiseeindrücke gemeinsam mit WissenschaftlerInnen, JournalistInnen, Intellektuellen, aber auch den Mitgliedern eines selbstorganisierten Wanderarbeiterzentrums mit angeschlossener Schule für die WanderarbeiterInnen und ihre Kinder zu reflektieren. Mit ihnen haben wir über die Umbrüche in den chinesischen Arbeitsbeziehungen und die Frage, wohin der Umbau der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse in China insgesamt geht, diskutiert.

Im Folgenden (s.o.) eine von einer Teilnehmerin (Gabriele Sterkel, ver.di, Berlin) erstellte Karte unserer Reiseroute; die Strecke zwischen dem Ausgangspunkt Shenzhen und Beijing, dem Ziel unserer Reise, beträgt insgesamt etwa 2 500 km. (Siehe obere Karte)

Der Begriff »Spurensuche«, um dieses Stichwort aufzugreifen, hat für die Reise und die daran anschließenden Überlegungen eine mehrfache Bedeutung: geographisch als Frage nach den Routen der Wanderungsbewegungen; historisch als Frage nach den Gründen für das enorme Ausmaß an Binnenmigration und damit als

Frage, was sich an den Arbeitsverhältnissen in China geändert hat und ändert, und analytisch schließlich als Frage danach, wie die chinesische Gesellschaft, genauer: deren derzeitiger Umbau zu begreifen wäre.

Damit wäre ich bei einer letzten Vorbemerkung: Der Titel »Baustelle China« hat nicht nur mit einem sehr frühen Reiseeindruck – dem Blick aus unserem Hotelfenster in Shenzhen auf eine Rund-um-die-Uhr-Großbaustelle der neuen U-Bahn – und dem bleibenden Eindruck einer permanenten Bautätigkeit zu tun, die sich in Megacities von hierzulande unbekannten Dimensionen äußert, sondern auch mit der Einschätzung, dass in China derzeit gesellschaftlich vieles im Umbau begriffen ist und dass unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte mit unterschiedlichen Perspektiven darin involviert sind, ohne dass klar wäre, welche Konsequenzen die dabei entstehenden Widersprüche für die ›Gesamtkonstruktion‹ haben könnten. Wir werden anhand der Stationen und Bilder dieser Reise noch genauer auf die unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse bei ehemaligen und noch Staatsbetrieben, *Joint Ventures* zwischen ausländischem und chinesischem Kapital, Privat-Unternehmen verschiedenster Größe, darunter einige Global Players wie Walmart oder Honda, aber auch bei mit Mikrokrediten geförderten Kleinstprojekte in der Landwirtschaft, im Straßenhandel, oder auch in der Kunstszene (der Kunstmarkt zählt immerhin zu den Top 10 auf Chinas Exportagenda) eingehen können. Von hier aus lässt sich später gemeinsam darüber diskutieren, ob und inwiefern diese Arbeitsverhältnisse tatsächlich so anders, fremdartig und unvergleichbar sind, wie dies in der Presse hierzulande oft erscheint.

Doch nun zum eigentlichen Thema: Als was wird China begriffen?

Einsteigen möchte ich mit einem Bonmot einer Teilnehmerin, die in ihrem Reisebericht (s. auch Eva Maria Bruchhaus in dieser Broschüre) meinte, ihre größte Erkenntnis sei die Einsicht, dass sich die BRD und China gar nicht vergleichen ließen – allein wegen der Größe des Landes und der Zahl der EinwohnerInnen – bekanntlich ist ca. jeder fünfte Mensch auf der Erde (1,3 Mrd.) chinesischer Herkunft.

Klammern wir das Problem von Gleichheit und Vergleichbarkeit hier zunächst ein, denn tatsächlich lassen sich »Größen« ja relativ einfach vergleichen, so steht diese Aussage für den Eindruck von Befremdung und Fremdheit, den unsere Kollegin dadurch für sich auflöste, dass sie für sich beschloss, China künftig mit Europa zu vergleichen, um so anhand der Unterschiedlichkeit der Verhältnisse etwa zwischen Palermo und Lappland eine Übersetzung für die Verschiedenheit der Verhältnisse innerhalb Chinas zu finden.

Fremdheit und Befremden sind allerdings nichts Neues: Mit der korrekten Bezeichnung des selbst ernannten Reichs der Mitte taten sich bereits die in China als Barbaren geltenden Römer schwer. Sie brauchten eine Weile, um herauszufinden, dass sich unter den verschiedenen Namen, die ihnen ihre Gesandtschaften übermittelten, ein und die gleiche Region verbarg. An dem Problem der Bezeichnung hat sich bis heute wenig geändert, auch wenn China schon längst nicht mehr nur als Herkunftsland der Seide firmiert. Es scheint vielmehr, dass sich das Problem der Benennung potenziert, je bunter und vielfältiger die Warenwelt, »made in China«, wird und nicht zuletzt, je mehr China in den Augen der Wirtschaftsauguren und ihrer -krieger nicht nur verlängerte »Werkbank der Welt« ist, sondern die Vermarktung und Realisierung des Mehrwerts selbst in die Hand nimmt und damit zum Konkurrenten im »globalen Exportwettkampf« wird. Möglicherweise ist das wachsende Interesse an China überhaupt nur auf die Wahrnehmung bzw. Konstruktion einer solchen, vermeintlich neuen Bedrohungssituation zurückzuführen.

Zum Verhältnis von Markt und Staat, oder: vom »Spiel« der Bezeichnungen

Dem »Spiegel« etwa erscheint China als »funktionierender Kommunismus«, und im »Weltkrieg um Wohlstand« müsse, so Gabor Steingart, gegen den neuen Feind im Osten ein transatlantisches Bündnis geschmiedet werden (Nr. 1/2007). Der »Spiegel« setzt dabei in altbewährter Manier Kommunismus mit Planwirtschaft gleich, obwohl es in China seit den Privatisierungen Ende der 70er Jahre nicht mehr oder weniger »Plan-Kennziffern« gibt als etwa in der EU. Nach diesem Kriterium wäre etwa der Lissabon-Prozess der EU ein zutiefst kommunistischer Vorgang.

Im Supplement der Zeitschrift »Sozialismus«[2] verteidigt Joachim Bischoff die »sozialistische Marktwirtschaft« chinesischer Prägung gegen diejenigen, die darin einen weiteren »peripheren Neoliberalismus« (Mario Candeias, zit. nach Bischoff, S. 1), einen »vom Staat diktatorisch durchgesetzten Brutalkapitalismus« (Wolfgang Müller, zit. nach Bischoff, S. 6) oder auch einen »Staatskapitalismus« (Urs Schoettli, zit. nach Bischoff, S. 2) sehen. Sein Argument gegen die Interpretation von Candeias: Es gebe in China keine Hegemonie der Finanzmarktakteure, und es fehle an Strukturen neoliberaler Gouvernementalität, d.h. an dem verinnerlichten alltagsweltlichen Prinzip des »Führe Dich selbst«, das er offenbar hierzulande verwirklicht sieht. (Bischoff, S. 2)

Gegen Müller ebenso wie gegen Schoettli, die beide mit der – von Bischoff geteilten – Annahme eines »Primats der Politik« arbeiten, wendet er zugleich ein, dass es sehr wohl Elemente von Marktwirtschaft und rechtsstaatlichem Schutz von Eigentumstiteln in China gebe. Und eben dieses Primat der Politik in Form einer »flexiblen staatlichen Steuerung bei weitgehender Autonomie der Unternehmen und des Marktprozesses« (z.B. makroökonomische Kontrolle der Finanzmärkte, Bekämpfung der Armut mittels dosierter Einführung von Marktelementen, Leistungsprinzip bei der Entlohnung etc.) (Bischoff, S. 29) ist es auch, die Bischoff zu dem Schluss kommen lässt, dass dieses Modell grundsätzlich erfolgreich sein könne, sofern die Zivilgesellschaft mehr als bislang einbezogen werde. Bischoff geht es um die Frage, ob es »eine Entwicklungsperspektive der sozialistischen Marktwirtschaft gibt, die eine entwickelte »civil society« ermöglicht und damit auch in der Praxis der individuellen und sozialen Rechte eine politische Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsformation bietet«. (Bischoff, S. 25) Diese Möglichkeit sieht er gegeben: »Die faktische Pluralität von Eigentumsverhältnissen unter der Hegemonie des Gesellschaftseigentums ermöglicht eine größere Offenheit von Förderungs- und Entwicklungsmöglichkeiten im Gesamtreproduktionsprozess. (...) Soweit es gelingt, die Innovation und Kreativität der Beschäftigten freizusetzen, wird sich diese Form der gesellschaftlichen Produktion langfristig als die entwicklungsfähigere erweisen.« (Bischoff, S. 34)

Für Deng Xiao Ping war es bekanntlich egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, »Hauptsache, sie fängt Mäuse«. Damit war die rhetorische Gleichgültigkeit gegenüber unterschiedlichen Eigentumsformen (Kollektiv- vs. Privateigentum) sowie die reale Verabschiedung von Gleichheitsvorstellungen in Bezug auf Löhne und Reproduktionsansprüche der ArbeiterInnen

2 Joachim Bischoff: »Neoliberalismus in China!? Oder sozialistische Marktwirtschaft?«, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Nr. 10/2007, Hamburg 2007.

und Bauern ausgesprochen und die 1978 beschlossene Phase der »vier Modernisierungen« eingeleitet.[3] Angesichts solcher Gleichgültigkeiten gegenüber der Frage der formalen Eigentumsverhältnisse selbst innerhalb Chinas will ich mich an diesem Spiel der Globalbezeichnungen hier zunächst auch nicht weiter beteiligen. Es handelt sich dabei um ein Problem, das nicht originär mit China anfängt oder zusammenhängt, sondern auf hiesige Debatten über die Möglichkeiten der Epochalisierung historischer Phasen und auf die Schwierigkeiten politologischer Systemvergleiche zurückverweist. Hier wäre eine genauere Diskussion über das Verhältnis von Privateigentum, Rechtsstaatlichkeit und der Rolle des Staates in kapitalistischen Gesellschaften notwendig, die Aufschluss geben müsste, ob das Verhältnis von Staat und Kapital so äußerlich gedacht werden kann, wie dies in der Rede von »Marktwirtschaft« vs. »Staatskapitalismus« zum Ausdruck kommt. Oder anders: Lässt sich die Frage der Emanzipation reduzieren auf die Anteile öffentlichen, d.h. bezogen auf China: staatlichen, Eigentums im Mix »pluraler Eigentumsformen« und eine darauf basierende »regulierte, gesteuerte Entwicklung der organisierten Arbeit«, die »schließlich in eine Überwindung der Mangelökonomie münden soll«, um dann das Prädikat »sozialistische Marktwirtschaft« zu tragen? (Bischoff, S. 16) Oder war mit dem Begriff des Sozialismus nicht mehr und Komplexeres gemeint?

Statt also auf das formale Kriterium der Eigentumsformen will ich im Folgenden auf die Situation derjenigen eingehen, deren »Innovation und Kreativität«, wie Joachim Bischoff schreibt, »freigesetzt« werden sollen. Gerade wenn wir über Vergleichbarkeiten reden wollen, auch im Interesse der Überwindung von Mythologisierungen, scheint mir dabei ein Blick auf die Situation der WanderarbeiterInnen hilfreich. An ihr kann deutlich werden, dass die Durchsetzung von Lohnarbeitsverhältnissen, die wenigstens Vertragsfähigkeit und -förmigkeit voraussetzen, sowie die rechtliche Gleichstellung von WanderarbeiterInnen und ortsansässigen ArbeiterInnen durchaus einen Fortschritt gegenüber personalen Abhängigkeitsverhältnissen darstellen können, ohne dass dies mit der Verwirklichung eines im emphatischen Sinne bürgerlich-demokratischen Staates, mit Freiheit von politischer Repression und Aufhebung eines Ein-Parteien-Systems verbunden wäre. Der Blick auf deren rechtliche und ökonomische Situation erlaubt es insofern, Rückschlüsse auf die Frage der historischen Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse zu ziehen. Denn: Von was und zu was werden diese WanderarbeiterInnen freigesetzt, d.h. befreit?

Der Prozess der Entstehung, des Werdens einer Arbeiterklasse ist relativ gut untersucht am Beispiel Englands. Das Resultat: Handwerker, Bauernfamilien, kleine Manufakturbetriebe verloren ihre Existenz und gewannen eine doppelte Freiheit: frei von Produktionsmitteln, frei zum Verkauf der Ware Arbeitskraft. Voraussetzung dieser Freiheit war auch die Auflösung personaler, d.h. feudaler Abhängigkeitsverhältnisse. Dieser Prozess der Proletarisierung und der ursprünglichen Akkumulation ging bekanntlich nicht sehr friedlich vor sich, war mit Enteignungen, Raub, den »Enclosures of the Commons« (Einhegungsbewegungen des Gemeineigentums) etc. verbunden und hatte entsprechende Wanderungsbewegungen – auch hier vor allem in die großen Städte, aber auch in die USA und nach Festlandeuropa – zur Folge. Interessant

3 Modernisiert werden sollten die vier Bereiche der Landwirtschaft, der Industrie, von Wissenschaft und Technik sowie der Verteidigungspolitik. Insgesamt ging es darum, mehr privatwirtschaftliche Initiative zuzulassen bzw. zu fördern, auch wenn dies zunächst vor allem über *Joint Ventures*, die partielle Freigabe von Preisen und die Differenzierung von Löhnen bei weitgehender Beibehaltung formalen Volkseigentums, d.h. von der Partei bestimmter Definition der und Verfügung über die Nutzungsbedingungen des Eigentums erfolgte.

scheint mir nun die Frage, inwiefern bzw. wie dieser gewaltförmige Prozess zusammen hängt mit der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit, die einerseits moderne, privateigentümliche Verfügungs- und das heißt immer auch Ausschlussformen garantiert, in denen die Freiheit des Einzelnen immer *gegen* andere, also exklusiv und nicht assoziativ gedacht ist, andererseits eine Reihe bürgerlicher Freiheits- und Schutzrechte garantiert, die einen politischen Rahmen für die »souveränen, vertragsschließenden Marktsubjekte« bieten. Es ist, kurz gesagt, die Frage, inwieweit Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zusammen hängen, oder, in Marx'schen Worten: Was verbindet den Bourgeois als Wirtschaftssubjekt mit dem Citoyen als politischem Staatsbürger? Vor diesem Hintergrund ließe sich dann m.E. auch genauer über die Frage diskutieren, ob und inwiefern wir es in China mit Emanzipationsprozessen zu tun haben – und für wen. Im landläufigen Verständnis liberaler Staatsvorstellungen resultieren demokratische Freiheiten notwendig aus Privateigentümlichkeit und »freien Märkten«.

Ein typischer Vertreter dieser Position ist Thomas Heberer, Vorstandsmitglied des Asienhauses Essen: »Mit dem Beschluss des XIV. Parteitags ..., wurde die Privatisierungspolitik offiziell abgesegnet ... Gleichwohl verlangen die Einführung einer solchen Wirtschaftsform und deren Funktionsfähigkeit sowie die Steuerung von Wirtschaftsprozessen zunehmend ein funktionierendes Rechtssystem, die Errichtung eines Sozialsystems und die Absicherung von Eigentum. Rechte und rechtliche Institutionen für den ökonomischen Bereich sind eine erste Stufe für weitergehende Rechte, weil sich dadurch ein Bewusstsein von der Notwendigkeit der Absicherung von Rechten herausbildet, das sich zunehmend hinentwickelt zu einem Bewusstsein von der Notwendigkeit der Absicherung auch politischer Rechte.« (Thomas Heberer, zit. nach Bischoff, S. 31)

Doch wenn China einerseits als liberaler Staat mit freien Märkten, d.h. als kapitalistischer Staat, beschrieben wird, stellt sich die Frage, wie es um die rechtliche und politische Liberalität andererseits steht. Lässt sich für China ein Zusammenhang, wie er von Thomas Heberer angedeutet wird, zwischen den zivilisierenden ›Kräften‹ der freien Märkte mit rechtlicher Souveränität der BürgerInnen im Sinne ihrer Vertragsfähigkeit oder mit politischen Freiheitsrechten oder gar sozialen Rechten feststellen? Schöttli argumentiert umgekehrt damit, es könne sich in China nicht um eine »Marktwirtschaft« handeln, weil eine rechtsstaatliche Ordnung fehle (vgl. Bischoff, S. 2). Welcher Zusammenhang besteht also zwischen marktwirtschaftlicher Ordnung und demokratischen Rechten bzw. demokratischem Bewusstsein?

Für die diesbezügliche Entwicklung in China orientiere ich mich im Folgenden an der Darstellung von Richard Walker/Daniel Buck.[4] Sie skizzieren drei Wege, auf denen die Proletarisierung und das, was sie als ursprüngliche Akkumulation behaupten, verläuft (vgl. Walker/Buck, S. 42):

- Über die Situation der Bauern und die Änderung der Eigentumsstrukturen auf dem Land
- Über den Niedergang der Staatsunternehmen (*Danweis*) vornehmlich in den Städten und die damit verbundene Erosion sozialer Sicherungssysteme (»eiserne Stühle« = Posten; »eiserne Reisschüssel« und »eiserne Löhne« = Kündigungsschutz, Lohngarantien, betriebliche Versorgungsansprüche bei Kinderbetreuung, Wohnungssuche,

4 Richard Walker/Daniel Buck: »›The Chinese Road‹. Cities in the Transition to Capitalism«, in: New Left Review, July/August 2007.

Blick aus dem Hotel auf eine U-Bahn-Baustelle in Shenzhen.

Kantinenessen etc., aber auch im Alter, bei Krankheit etc.)

- Über das Ende der *Township and Village Enterprises* (TVEs), die – noch unter Mao angedacht (»auf zwei Beinen gehen« in Abgrenzung zum Entwicklungsmodell in der Sowjetunion) – dann in den 80er Jahren zur Industrialisierung und Entwicklung der ländlichen Regionen führen sollten.

Zu a) Änderung der Eigentumsstrukturen auf dem Land

Land war ist und ist formal per Verfassung immer noch gesellschaftliches bzw. »Volkseigentum«, de facto jedoch Staatseigentum. Nach wie vor kann und darf Land also nicht privat verkauft oder angeeignet werden. Gleichwohl hat sich ein primärer (Verkauf und Transfer zwischen Staats-Institutionen) und ein sekundärer Markt für Landbesitz herausgebildet: Seit 1986 kann Land verpachtet werden (mittlerweile bis zu 70 Jahre lang), und diese Pachttitel dürfen seit 1991 wiederum weiterverkauft oder -verpachtet werden, auch an Privatunternehmen.[5] Die Kontrolle darüber haben in der Regel die Kommunen, die untereinander in Konkurrenz um die Anwerbung von Investoren stehen und dabei relative Autonomie bei der Steuer- und Abgabenpolitik als Investitionslenkungsinstrument haben.

5 Quinglian He: »China in der Modernisierungsfalle«, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, S. 80 sowie S. 93.

»Enteignungen«, oder in chinesischer Terminologie: »Verpachtungen« haben dazu geführt, dass Millionen Menschen auf dem Land ihre Existenzgrundlagen verloren haben (z.b. durch den Bau von Staudämmen, Industrieanlagen, den Straßenbau etc.)

Hinzu kommt, dass mit dem Ende der Ära Maos auch das definitive Aus für alle Formen ›kollektiver‹ ländlicher Produktion verbunden war. Bauern haben seit Ende der 70er Jahre Anspruch auf private Bewirtschaftung von einem bis eineinhalb Mu (1 Mu = 0,65 Hektar Land) pro Haushalt. Das ermöglicht mehr oder weniger eine Form von Subsistenzproduktion – mit allen Problemen landwirtschaftlicher Produktion auf kleiner Stufenleiter.

Zu b) Niedergang der Staatsunternehmen

Entscheidend für den Bedeutungsverlust und die damit verbundenen Entlassungen bei den *Danweis (State Owned Enterprises, SOE*; Staatsunternehmen) war die 1986 endgültig beschlossene Trennung von formalem Eigentumstitel und Managementfunktionen in den *Danweis*. Vorausgegangen waren die Zulassung von Privateigentum bzw. privater Investitionen von ausländischem Kapital ab 1982 sowie die Aufhebung der Preisbindung von Gütern, zunächst auf dem Land 1982 und dann auch in den Städten 1984. Dies hat dazu geführt, dass heute nur noch etwa die Hälfte der industriellen Produktion von Danweis erbracht wird, genossenschaftliche Formen (auf der Basis von Verpachtung) haben einen Anteil von etwa 40 Prozent und private Unternehmen von knapp 10 Prozent (Bischoff, S. 24; vgl. auch die Schaubilder zur regionalen Verteilung von Staats- und privaten Unternehmen im folgenden Beitrag). Die Danweis und Genossenschaften stehen damit unter dem gleichen Konkurrenzdruck und den gleichen Verwertungszwängen wie die privaten Unternehmen. Eine der Folgen waren massenhafte Entlassungen, d.h. Freisetzungen von Arbeitskräften – bis heute.[6]

Zu c) Niedergang der ländlichen Industrie

In den 90er Jahren gab es rund 25 Mio. Township and Village Entreprises (TVEs) mit etwa 100 Mio. Beschäftigten, die ca. 40 Prozent des gesamten Outputs im produzierenden Gewerbe erwirtschafteten (vgl. Walker/Buck 2007, S. 43). Diese Firmen, die Ende der 70er Jahre nach der Abschaffung des Staatseigentums an Land im Rahmen einer Strategie zur ländlichen Entwicklung zugelassen wurden, hatten eine soziale Versorgungsfunktionen, vergleichbar derjenigen der *Danweis*; als Zulieferer zugleich oft abhängig von den größeren Staatsunternehmen, waren sie auch von deren Niedergang entsprechend betroffen.[7] Hinzu kam die Sogwirkung, die die Gründung der Sonderwirtschaftszonen zunächst im Süden (in Folge von Dengs »Reise in den Süden«) und später auch entlang der Ost-Küste entfaltete. Dieser Sog betraf nicht nur aus- und später auch inländisches Kapital, das sich in den Sonderwirtschaftszonen auf »Rentensuche« (He, S. 57) bei der Umwandlung von Staatseigentum in Form von Land und Unternehmen in Privateigentum bzw. private Nutzungsrechte machte, sondern vor allem auch die ArbeiterInnen, die sich auf den Weg in die Boomtowns machten.

---

6 Walker/Buck sprechen von einer Halbierung der Beschäftigung in den Danweis zu Anfang der 2000er Jahre; von 70 Prozent sei der Anteil der bei städtischen Staatsunternehmen Beschäftigten auf ca. 33 Prozent zurück gegangen, dies habe eine Freisetzung von 30–40 Millionen Beschäftigten zur Folge gehabt (vgl. S. 43).

7 Es existieren zwar keine veröffentlichten Daten über den aktuellen Stand, doch gehen Walker/Buck davon aus, dass »Tausende dieser Firmen bankrott gingen« und »Millionen von Beschäftigten« auf dem Land freigesetzt und zur Reservearmee wurden (vgl. S. 44).

Diese Veränderungen lassen sich, so Walker/Buck, als Freisetzungsprozess, also als Proletarisierung beschreiben, die große Ähnlichkeiten zur Phase der ursprünglichen Akkumulation in England aufweise. Einschränkend ist jedoch zum einen zu bemerken, dass damit noch nicht geklärt ist, als was dann die Beschäftigten in der Zeit vor den »großen vier Modernisierungen« 1978 zu begreifen wären. Der Vergleich mit den Formen der Leibeigenschaft bzw. des Abgaben-Pachtsystem feudaler Prägung im europäischen Mittelalter ist hier problematisch, insofern die Mao-Ära zwar auf das chinesische Clan-System aufsetzte, dieses zugleich jedoch in die Form der Volkskommune zu pressen suchte. Zum anderen ist dieser Prozess weder abgeschlossen, noch zeigt er sich in allen gesellschaftlichen Bereichen auf gleichem Niveau. Meine vorläufige Gegenthese wäre, dass wir es in China mit einer spezifischen Form ursprünglicher Akkumulation zu tun haben, die anhält und für weite Teile des Landes noch aussteht, zugleich jedoch neben bereits sehr entwickelten Varianten kapitalistischer Akkumulation besteht.

Quinglian He spricht ebenfalls von einer Phase anhaltender »ursprünglicher Kapitalakkumulation« (S. 48), die sie aber im Wesentlichen über das Phänomen des (staatlich und unternehmerisch organisierten) Raubs bzw. der Enteignung (insbesondere von Land) und der Korruption (bei der Vergabe von Land und von Eigentumstiteln für bzw. Nutzungsrechten an Aktiengesellschaften und umgewandelten Staatsunternehmen) beschreibt. Sie kommt zu dem Schluss, es handele sich in China um eine »Kapitalisierung der Macht« früherer Kader und Eliten bei gleichzeitig weitgehender Privatisierung von Eigentum – und entsprechend um »Marktwirtschaft plus totalitäre Politik« (He, S. 31).[8]

Im Unterschied zu Joachim Bischoff diskutiert sie jedoch weder die Phase vor den »vier Modernisierungen« als Bezugspunkt für einen wie auch immer bestimmten Sozialismus, sondern als autoritäres Regime; noch kann sie der – noch vorhandenen – staatlichen Kontrolle des Eigentums etwas Emanzipatorisches abgewinnen, insofern einerseits das Ausmaß an Privatisierung und andererseits die Ökonomisierung der Politik bzw. die »Kapitalisierung der Macht« zu weit fortgeschritten sei. Für die Gegenwart hält sie fest: »Nach der Machtübernahme durch Hu Jintao kann man in der Regierungspolitik der KP Chinas zwei sehr widersprüchliche Tendenzen beobachten: Die Parteiarbeit wandte sich nach links, die ideologische Kontrolle wurde erheblich verschärft, die politischen Begriffe kehrten immer mehr zurück zum Sprachstil der Mao-Zeit. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik hielt sich hingegen rechts.« (He, S. 43)

Die mit diesen sehr unterschiedlichen Interpretationen chinesischer Verhältnisse verbundenen Differenzen und die darin zum Ausdruck kommenden unterschiedlichen politischen Perspektiven können hier nicht weiter verfolgt werden. Festzuhalten ist allerdings, dass die eingangs angeführten »Etikettierungen« die sozialen Dynamiken und Widersprüche der gesellschaftlichen Verhältnisse in China eher statisch auflö-

8 Die Phasen der ursprünglichen Akkumulation beschreibt sie wie folgt: »Historisch gesehen durchlief die ursprüngliche Kapitalakkumulation im gegenwärtigen China bisher folgende Stufen: Einzelbetriebe und vertragliche Übernahme von Ackerland; Firmengründungen (Produkt des zweigleisigen Preissystems); Umgestaltung der Unternehmen in Aktiengesellschaften (Aktienfieber); und schließlich Landeinhegungen (Immobilienfieber). Doch von allen Mythen der Reichtumsakkumulation war der verheißungsvollste, faszinierendste und glorreichste die »Einhegung«, denn bei dieser »fieberhaften« Bewegung konnte man sich nicht nur mit ein paar Millionen Yuan bereichern, wie in den »Fiebern« zuvor, sondern leicht 10 oder 100 Millionen verdienen.« (He, S. 102) Mit »Einhegung« ist hier die staatlich organisierte Vergabe von Nutzungsrechten an Land gemeint sowie die Umwandlung von Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften und die teils administrative, teils entgeltliche Vergabe entsprechender Anteilsscheine.

sen und der Ungleichzeitigkeit dieser Entwicklungen innerhalb Chinas schon insofern begrifflich nicht gerecht werden. Ob die These vom »starken Staat« mit einer »gesteuerten Wirtschaftsentwicklung« nicht eher der Propaganda der Regierung aufsitzt, wäre ebenso zu untersuchen wie die Frage, ob die Zunahme von Privateigentum notwendig auch eine Verbesserung rechtsstaatlicher Verfahren oder gar ein Mehr an Demokratie mit sich bringt und ob dies zugleich auch eine Verbesserung für die ArbeiterInnen zur Folge hat. Um sich hiervon wenigstens ansatzweise ein genaueres Bild machen zu können, wollen wir uns daher im Folgenden einige empirische Befunde jenes gigantischen gesellschaftlichen Umbruch- und Umbauprozesses etwas genauer anschauen. Ausgewählt haben wir dafür folgende Bereiche:

1. Chinas Wirtschaftswachstum
2. Regionale Unterschiede
3. Stadt-Land-Entwicklung
4. Soziale Unterschiede
5. Situation der Partei
6. Situation der ArbeiterInnen
7. Eindrücke aus Betriebsbesichtigungen – Beispiele

Metro in Shenzhen

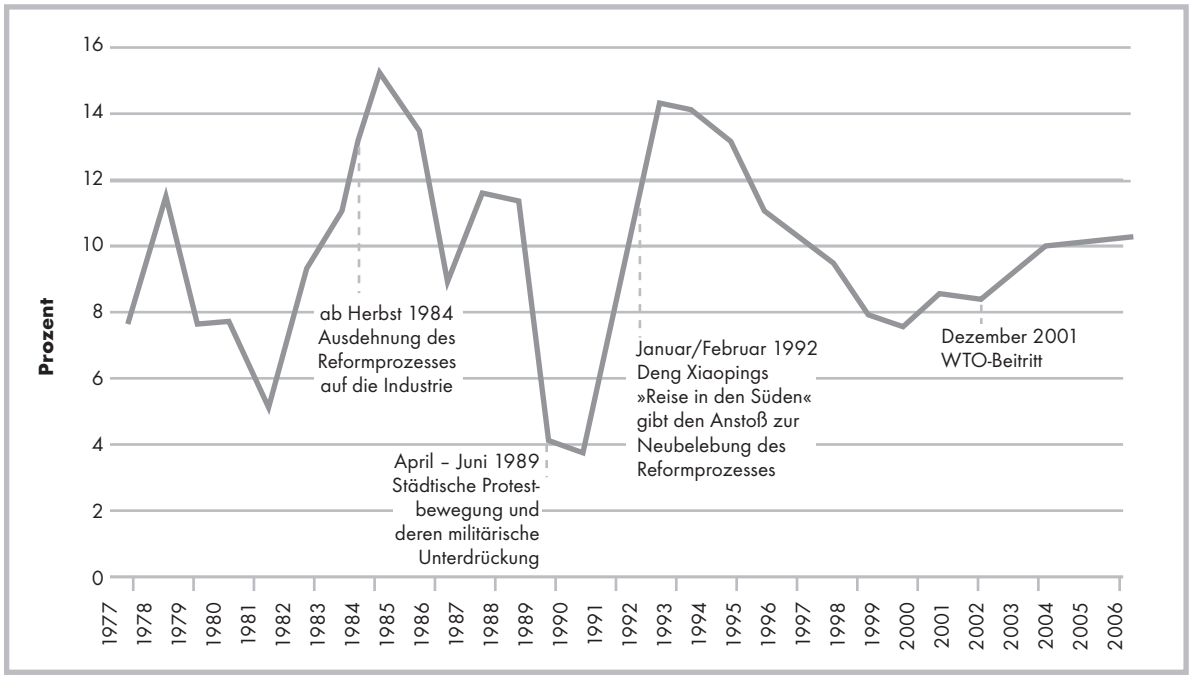
China in Zahlen und Daten

Slave Cubela / Kirsten Huckenbeck

Highway in Shenzhen

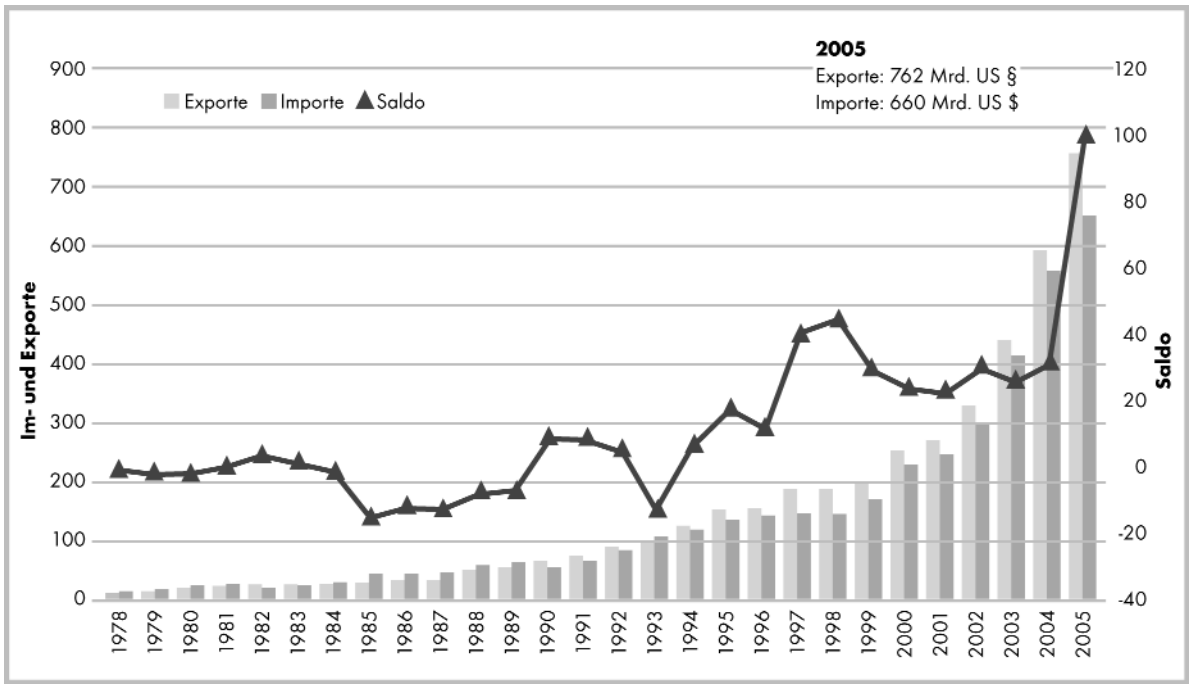
Chinas Wirtschaftswachstum

1 Wachstumsraten des Bruttoinlandprodukts (real, 1978 – 2005)



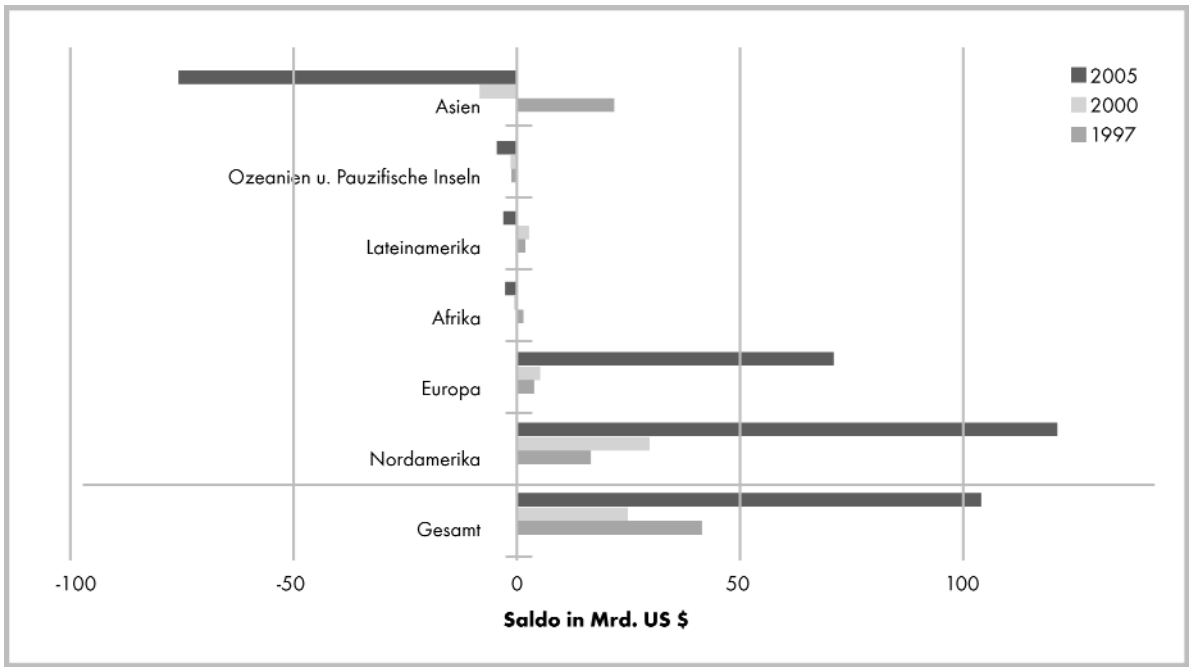
(Quellen: soweit nicht anders vermerkt, sind die Tabellen in diesem Teil der Broschüre dem »Länderbericht China« der Bundeszentrale für politische Bildung entnommen (Doris Fischer, Michael Lackner (Hrsg.), Bonn 2007; Tabelle 1 ebd., S. 256)

2 Entwicklung des Außenhandels (Mrd. US $)



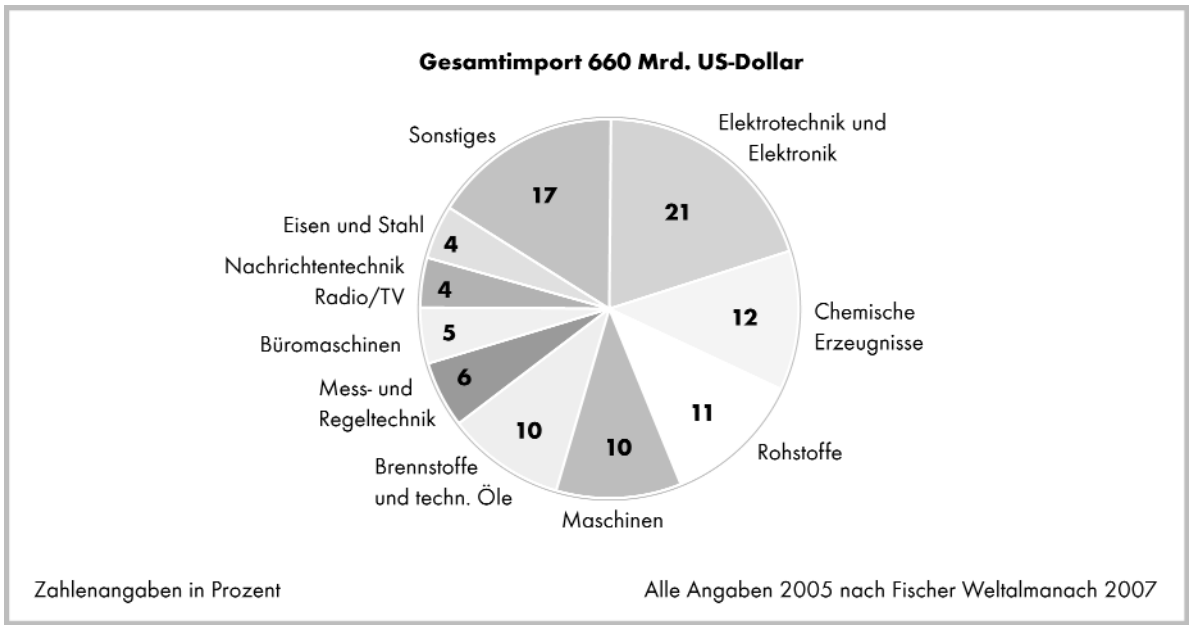
(Quelle: Länderbericht, S. 340)

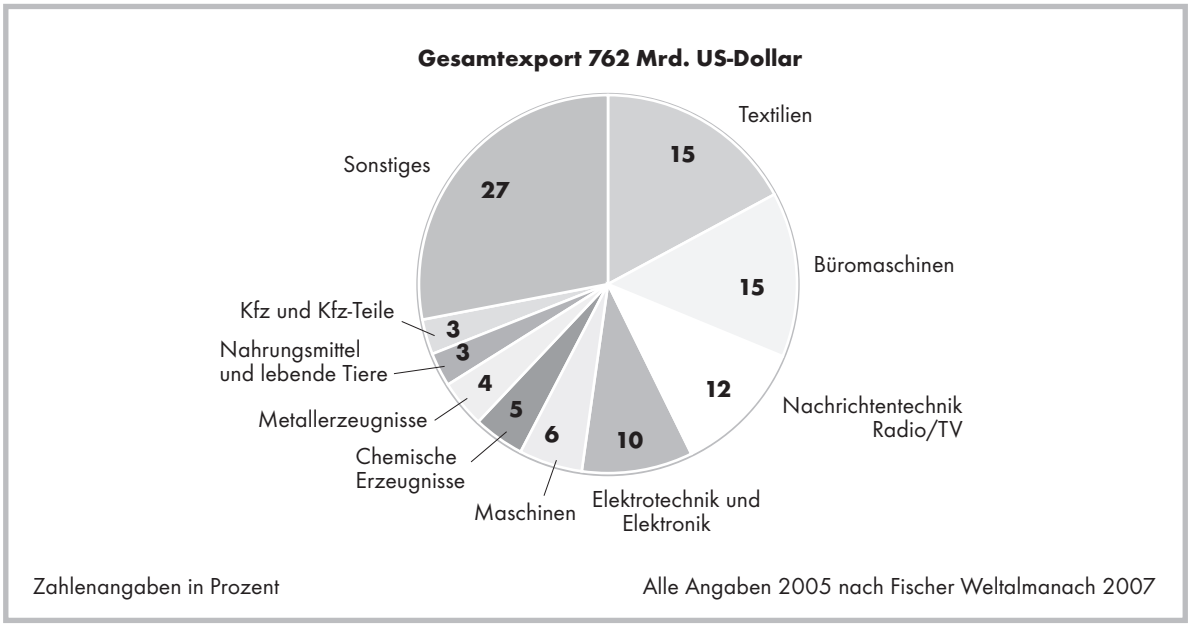
3 Handelsbilanzsaldo nach Regionen (Mrd. US $)



(Quelle, Länderbericht, S. 341)

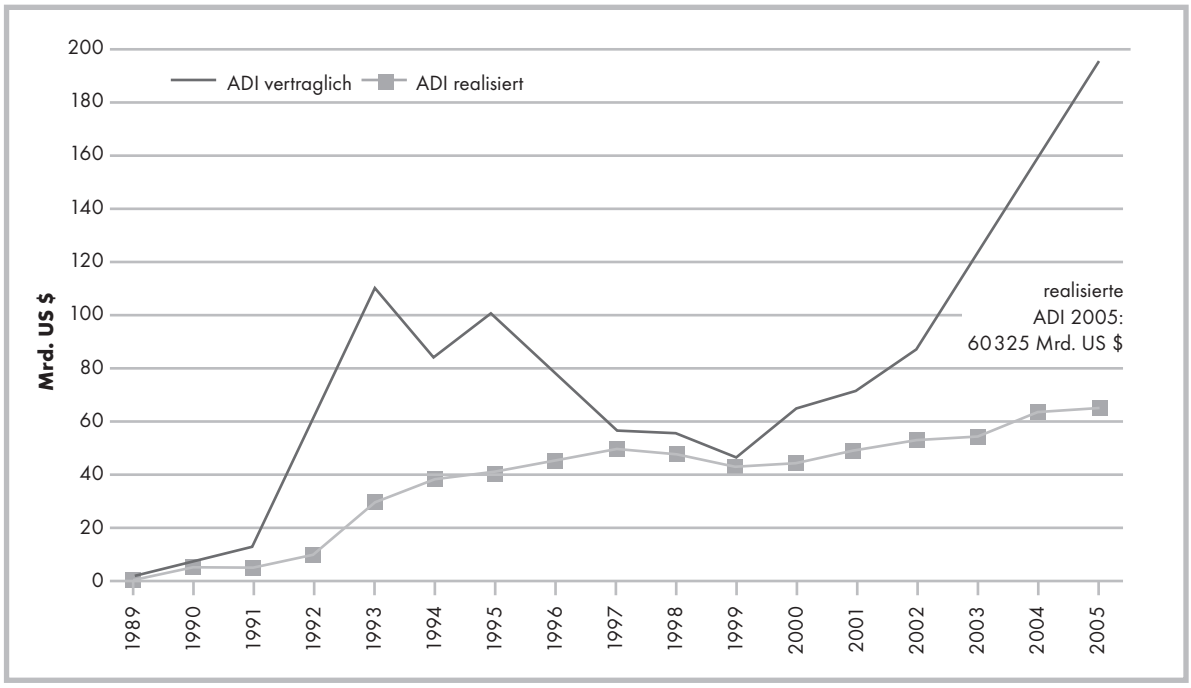
4 Struktur der chinesischen Importe und Exporte





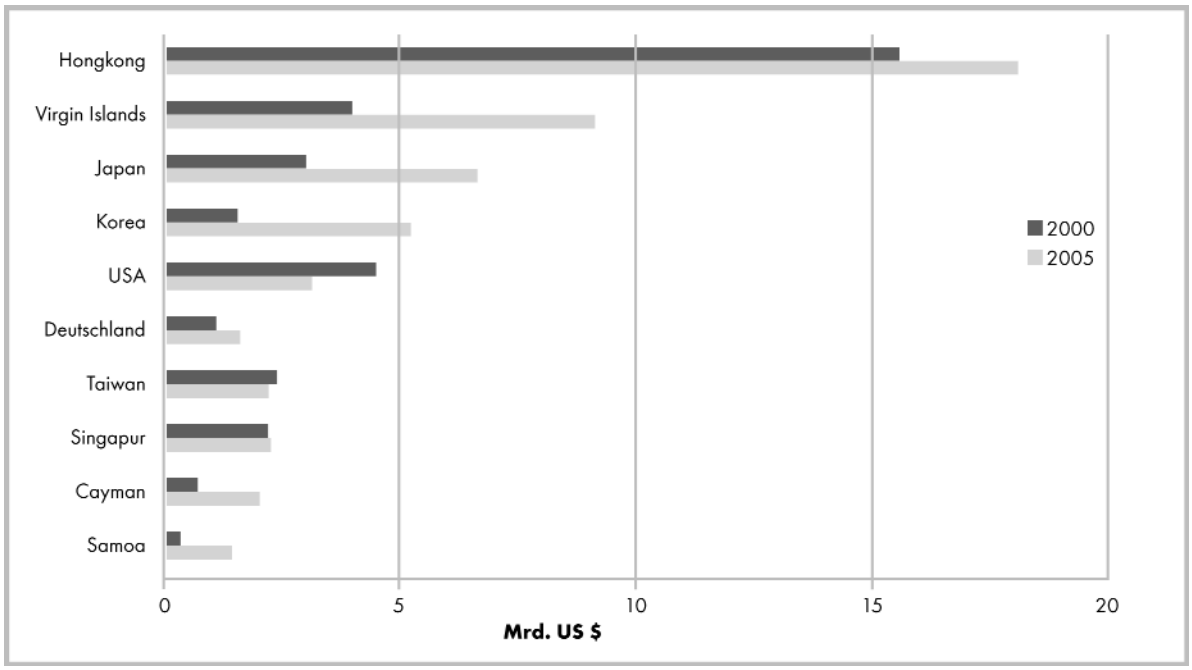
(Quelle: Fischer Weltalmanach 2007)

5 Entwicklung ausländischer Direktinvestitionen in China (Mrd. US $)



(Quelle: Länderbericht, S. 343)

6 Wichtigste Herkunftsländer von ausländischen Direktinvestitionen (ADI) 2005



(Quelle: Länderbericht, S. 345)

Zur Erläuterung:

Die besondere Rolle Hongkongs und der Virgin Islands als Herkunftsländer ausländischer Direktinvestitionen in China liegt daran, dass viele Drittländer ihre Investitionen nach China über Hongkong und die Virgin Islands abwickeln, indem sie z.B. zunächst dort Niederlassungen gründen.

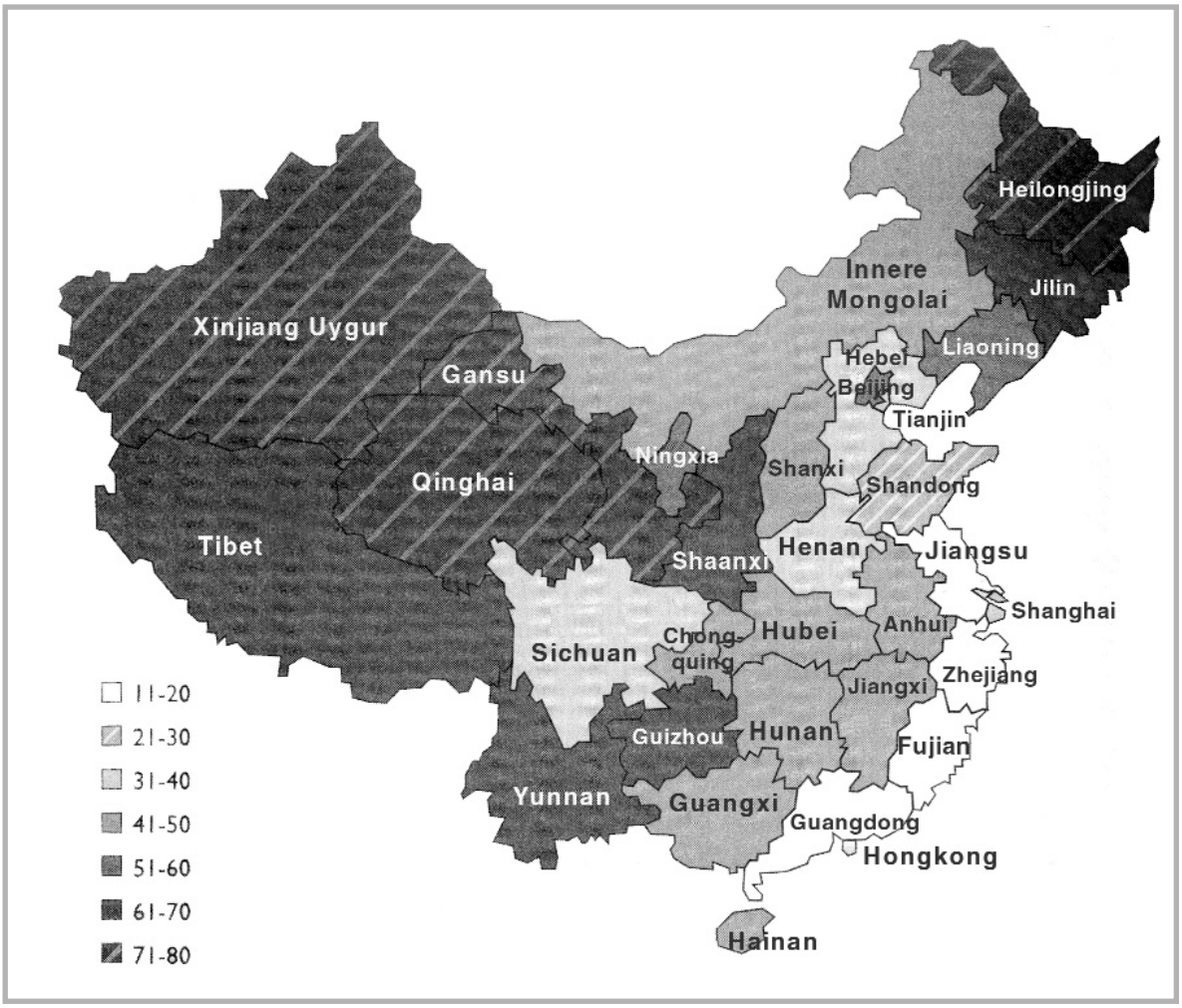
Regionale Unterschiede in China

1 Wirtschaftsräumliche Dreiteilung Ost-Mitte-West

Region	Ost	Mitte	West	Gesamt
Flächenanteil (in %)	13,5	29,9	65,6	100,0
Bevölkerungsanteil 1985 (in %)	40,9	35,5	23,6	100,0
Bevölkerungsanteil 2003 (in %)	50,3	23,2	26,5	100,0
Bevölkerungsdichte 1985 (E/km^2)	324,0	127,1	44,7	108,4
Bevölkerungsdichte 2002 (E/km^2)	391,2	158,5	54,6	123,8
Bruttoinlandsprodukt (in %)	61,3	24,2	14,5	100,0
Pro-Kopf-Einkomen (yuan) 2003 (in %)	48,7	22,4	34,9	100,0

(Quelle: Länderbericht, S. 42)

2) Anteil der Staatsunternehmen an der Industrieproduktion (2003)



(Quelle: Länderbericht, S. 260)

Stadt-Land-Entwicklung in China

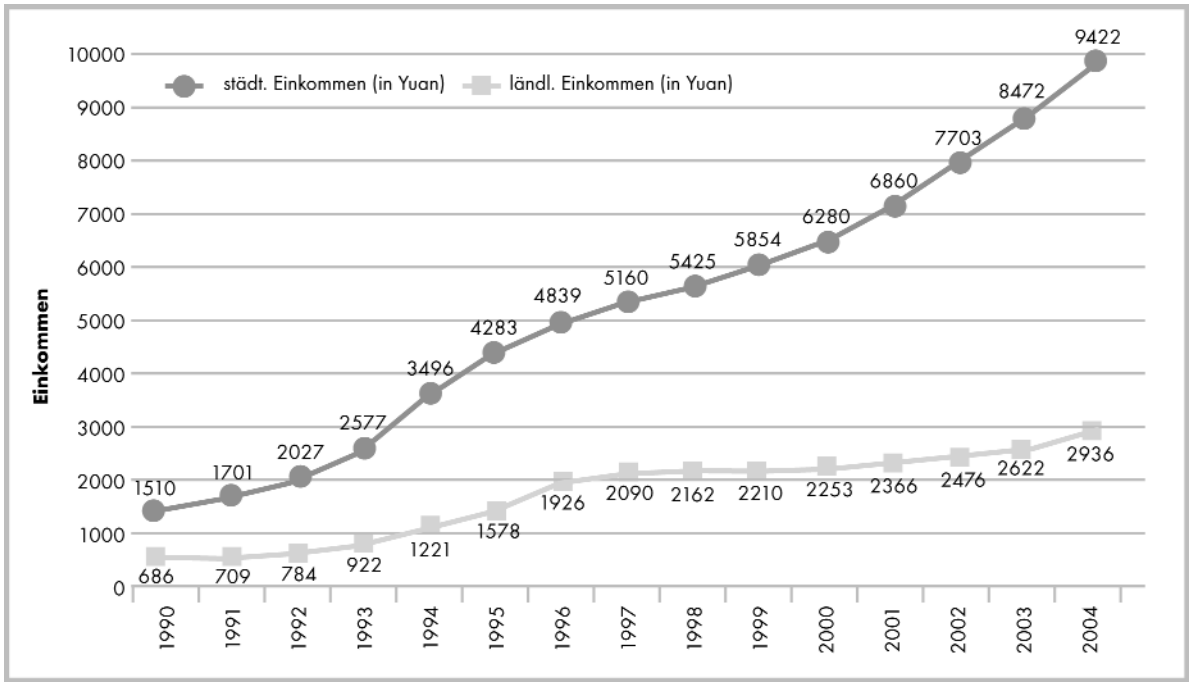
1 Urbanisierung (1951 – 2003)

	Stadtbevölkerung (Mio.)	Zuwachs[1] %	Urbanisationsrate[2] %
1951	66,32		11,8
1957	99,49	7,0	15,4
1960	130,73	9,5	19,7
1962	116,59	-5,6	17,3
1970	144,27	2,7	17,5
1978	172,45	2,3	17,9
1986	263,66	5,5	24,5
1996	373,04	3,5	30,5
2003	523,76	4,3	40,5

1 durchschnittlicher jährlicher Zuwachs seit dem vorher angegebenen Jahr.
2 Anteil an der Gesamtbevölkerung.

(Quelle: Länderbericht, S. 67)

2 Auseinanderentwicklung der städtisch-ländlichen Einkommen Chinas (1990 – 2004, in Yuan)



(Quelle: Länderbericht, S. 465)

Soziale Unterschiede in China

1 Die Veränderung des Gini-Koeffizienten in Stadt und Land in den letzten 23 Jahren in China

Jahr	Persönliches Einkommen der städt. Einwohner	Persönliches Einkommen der Landbevölkerung	PPS-Stichprobe der Chin. Volksuniversität
1978	0,15		
1982		0,22	
1986	0,19	0,30	
1988		0,34	
1990	0,23	0,31	
1994	0,37	0,411	0,434
2001	0,458		
2004	über 0,4		

(Quelle: Qinglian He: »China in der Modernisierungsfalle«, Bonn 2006, S. 276)

2) Gini-Koeffizient verschiedener Länder 2007/2008

China	**0,469**
Japan	0,249
Deutschland	0,283
Indien	0,368
USA	0,408
Mexiko	0,461
Brasilien	0,570
Südafrika	0,5708

(Quelle: Human Development Report 2007/2008)

Zur Erläuterung:
Der Gini-Koeffizient oder auch Gini-Index ist ein statistisches Maß, das vom italienischen Statistiker Corrado Gini zur Darstellung von Ungleichverteilungen entwickelt wurde. Der Koeffizient kann als Kennzahl für die Ungleichverteilung von Einkommen oder Vermögen eingesetzt werden. Er wird besonders in der Wohlfahrtsökonomie verwendet. Der Wert kann beliebige Größen zwischen 0 und 1 (bzw. 0 und 100 Prozent) annehmen. Je näher der Gini-Koeffizient an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit (zum Beispiel einer Einkommensverteilung).

Die Partei

- Mitglieder: ca. 73 000 Mio. (in 2007)
- Parteivorsitz (und zugleich Generalsekretär des ZK): Hu Jintao
- Seit 2002 sind Privatunternehmer als Parteimitglieder zugelassen: Sie gelten als »Unternehmer mit roter Kappe« (gemäß Jiang Zemins Doktrin der »drei Vertretungen«, der zufolge die Interessen der »fortschrittlichen Produktivkräfte«, der »fortschrittlichen Kultur« und der »breiten Masse« vertreten sein sollten, vgl. He, S. 15).
- Parteimitglieder genießen rechtlich einen Sonderstatus, etwa vergleichbar der hiesigen Immunität. So hat die Regierung zwar einerseits dazu aufgefordert, Korruption stärker zu ahnden (auf Korruption steht in China oft immer noch die Todesstrafe), doch werden solche Fälle vor parteiinternen Kommissionen ›vorverhandelt‹, bevor es überhaupt zu einer ›öffentlichen‹ Gerichtsverhandlung kommt.
- Gewählt werden lediglich die Mitglieder der Straßenkomitees, die nach wie vor den Alltag stark kontrollieren. Alle andere Parteifunktionen werden ›von oben‹ vorgeschlagen / gewählt und ›von unten‹ ggf. bestätigt.

Situation der ArbeiterInnen in China

Zahlen zur Situation der Arbeiter in China zu finden ist aus verschiedenen Gründen sehr schwierig, d.h. auch die folgenden Zahlen sind mit Vorsicht zu behandeln. Folgt man jedoch dem »Länderbericht China« der Bundeszentrale für politische Bildung, dann gilt es, Folgendes festzuhalten:

- Die *Zahl der Arbeitskräfte in China* hat sich von 401,52 Millionen im Jahre 1978 auf 758 Millionen Arbeitskräfte im Jahr 2005 fast verdoppelt. (Länderbericht China, S. 287)
- Die Zahl der *Wanderarbeiter in China* beläuft sich auf ca. 100 – 140 Millionen im Jahr 2007. (Ebd., S. 291), das sind ca. 12-15 Prozent der Gesamtarbeitskraft Chinas.
- Eine OECD-Studie kam 1999 auf eine verdeckte *Arbeitslosigkeit* von 275 Millionen Arbeitskräften in China, also auf eine Arbeitslosenquote von ca. 30 Prozent. (Ebd., S. 290). Die gleiche Quelle verweist jedoch auch auf alternative Schätzungen, die die Arbeitslosenquote 2002 bei nur 13 Prozent sehen (Ebd., S. 289)
- Waren 1978 alle städtischen Beschäftigten in Staats- und Kollektivbetrieben beschäftigt, so hat sich das Verhältnis nach 1990 fast umgekehrt, denn 2005 sind nur noch 23,7 Prozent der *städtisch Beschäftigten im staatlichen Beschäftigungssegment* beschäftigt. (Ebd., S. 287)

Einige andere interessante Details zur Situation der Arbeiter in China haben wir im Folgenden aus verschiedenen Quellen zusammengestellt:

- Nur ein Fünftel der Beschäftigten in Privatunternehmen haben einen *Arbeitsvertrag*. (Der Tagesspiegel, 12.6.2008), so dass ihnen jede rechtliche Grundlage zur Klage fehlt.
- Der durchschnittliche *Stundenlohn* eines chinesischen Arbeiters beträgt im Schnitt umgerechnet gerade einmal 60 US-Cent: Sogar im »Billiglohnland« Mexiko verdient ein Arbeiter im Durchschnitt vier Mal so viel, und in den USA verdient ein Fabrikarbeiter nach einer Vergleichsstudie der Federal Reserve Bank 16 Dollar die Stunde. (Manager-Magazin, 27.11.2003)
- *Chinas Wanderarbeiter* werden nicht nur schlecht bezahlt, sondern warten häufig

noch vergeblich auf ihren Lohn. Schätzungsweise 20 Milliarden Yuan (2 Milliarden Euro) seien im vergangenen Jahr nicht ausbezahlt worden, berichtete das nationale Wirtschaftsforschungsinstitut nach Angaben der Tageszeitung »China Daily«. In einer Umfrage habe ein Viertel der 3 288 befragten Wanderarbeiter angegeben, nicht voll bezahlt worden zu sein. Eine andere Erhebung einer Denkfabrik des Arbeitsministeriums ergab, dass Arbeitgeber allein den 700 000 Wanderarbeitern auf den Baustellen der Hauptstadt Peking bis zu 3 Milliarden Yuan (300 Millionen Euro) Verdienst vom vergangenen Jahr schuldeten. Die Summe aller nicht ausgezahlten Löhne dürfte sich in den vergangenen Jahren auf 100 Milliarden Yuan (10 Milliarden Euro) addiert haben. (Vgl. FAZ, 17.8.2005)

- Bislang gelten in weiten Teilen des Landes (mit Ausnahme einiger Provinzen – am prominentesten etwa Guangzhou – in denen eine partielle Angleichung der Rechte erfolgt ist) *unterschiedliche Rechte für Wanderarbeiter und Stadtbewohner* basierend auf dem *Hukou-System*, das noch unter Mao geschaffen wurde, um Wanderungen der Bauern in die Städte zu unterbinden; dieses beinhaltet eine Meldepflicht und bindet sämtliche Sozialleistungen an den registrierten Wohnort. Es besteht eine Registrierungspflicht, die mit hohen Gebühren verbunden ist und die – je nach Region – unterschiedlich ausfallen. In Shenzhen lagen sie bei etwa 400 Yuan und wurden vor kurzem gesenkt, um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen. Künftig sollen alle Beschäftigten, incl. der WanderarbeiterInnen, die gleichen Arbeitsrechte und Rechte auf gewerkschaftliche Interessenvertretung haben (nicht allerdings die gleichen Ansprüche auf Sozialversicherungen. Meist können WanderarbeiterInnen lediglich Rente, Unfall, Arbeitslosigkeit – privat – abschließen, die Registrierten dagegen diese drei Versicherungen zzgl. Krankenversicherung und Mutterschaftsschutz)
- Mit dem Bedeutungsverlust der Staatsbetriebe ist das auf dem *Herkunftsprinzip basierende soziale Sicherungssystem (»Hukou«)* in China *zerbrochen*. Wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, ist es China bis zum heutigen Tag nicht gelungen, diesen Bruch zu kitten, so dass das Land und damit insbesondere die chinesischen Arbeiter vor einer prekären und ungewissen sozialen Zukunft stehen (vgl. Frederike Wesner: »Soziale Sicherung in der VR China. Bestandsaufnahme und Perspektiven«, Dezember 2005, http://library.fes.de/pdf-files/iez/50292.pdf).
- Chinas staatlicher *Gewerkschaftsverband* (AFCTU) hatte 2007 150 Millionen Mitglieder (Die Zeit, 18.10.2007). Allerdings sind in ihm vornehmlich Arbeiter aus den Staatsbetrieben organisiert. Es gibt keine unabhängige Gewerkschaftsvertretung von Arbeiterinteressen (d.h. keine Koalitionsfreiheit), und de facto liegt oftmals eine personale Identität zwischen Gewerkschafts-, Partei- und Managementfunktionen in den Betrieben vor (s. dazu auch die Beiträge zum neuen Arbeitsrecht in diesem Heft)
- Gleichwohl gab die chinesische Regierung für 2005 rund 87 000 *»mass incidents«* an (Friedel Hütz-Adams / Südwind e.V.: China, Indien, Brasilien und Südafrika: »Vom Nord-Süd- zum Arm-Reich-Gegensatz in Handels- und Finanzfragen«, 2007, S. 37). Dabei muss es sich nach unseren Auskünften jedoch nicht unbedingt um »wilde Streiks« handeln, auch das Einreichen von Petitionen, Proteste anlässlich von Enteignungen etc. gelten ebenfalls als »mass incident«.
- Im Sinne einer harmonischen Betriebsführung werden die Funktionen der Betriebsleitung, des Parteifunktionärs und des Gewerkschaftsvorsitzenden im Betrieb (sofern es eine Betriebsgewerkschaft gibt) oft

in einer Person wahrgenommen. Zum *Selbstverständnis* eines solchen *Gewerkschaftsfunktionärs* die folgende Aussage eines Betriebsleiters, der zugleich Vorsitzender der Betriebsgewerkschaft war. Aufgabe der Gewerkschaft sei es:

– die Verwaltungsqualität im Betriebs zu effektivieren und zu fördern (1 x im Jahr findet eine Betriebsversammlung für sämtliche Beschäftigten, einschließlich Management, statt, auf der Probleme besprochen werden, vor allem aber auch Prämierungen für »Modellarbeiter« vorgenommen werden)
– Überwachung des Arbeitsschutzes
– Überwachung der Zahlung von Sozialabgaben
– Harmonie im Betrieb schaffen: Arbeits- und Qualitätswettbewerb fördern, Verbesserungsvorschläge prämieren, Produktivität steigern: »Je höher der Wasserstand, desto besser schwimmt das Boot«

WanderarbeiterInnen in Shenzhen (1. Reisestation)

- *Die* Boomtown, mit der »alles« anfing: ca. 12 Mio. EinwohnerInnen, davon 30 Prozent Registrierte, 70 Prozent WanderarbeiterInnen.
- Shenzhen, ursprünglich ein Fischerdorf gegenüber von Hongkong, war die erste der vier Sonderwirtschaftszonen in China, deren Einrichtung 1979 im Zuge der Privatisierungspolitik beschossen wurde. Die Stadt ist heute etwa 50 km lang und 8 km breit. Es ist kein Anfang und kein Ende zu erkennen. Shenzhen versucht derzeit, die »alten«, arbeitsintensiven und ökologisch belastenden Industrien an den Rand zu drängen und neue High Tech-Industrie im Stadtkern anzusieden, darunter vor allem auch Bio- und Gentechnologie sowie Pharmazeutika (es gibt so gut wie keine Beschränkungen hinsichtlich der Experimente).
- Mindestlöhne: von 690 auf 810 Yuan erhöht in 2006.
- Ca. 60 Prozent aller ArbeiterInnen in Shenzhen haben nach Angaben der NGOs, mit denen wir sprachen, keinerlei Sozialversicherung. Die BewohnerInnen sind durchgängig sehr jung, Ältere sind nicht zu sehen.
- WanderarbeiterInnen leben oft nach dem »3 in 1-System«: Fabrik, Lager, Wohnheim auf dem Gelände. Die WanderarbeiterInnen erhalten Abzüge vom Lohn für Unterkunft, Wasser, Strom, Verpflegung oder auch für Fehlverhalten in der Produktion. Typisch ist eine 40 qm-Wohnung, die von vier Leuten bewohnt wird und ca. 400 Yuan kostet. Oft wohnen jedoch auch 6–8 Leute in einer Wohnung.
- Als Freiheit erscheint es, außerhalb der Fabrik leben zu können, wenngleich auch hier aufgrund der langen Arbeitszeiten an ein Verlassen des Viertels (hier: Fuyong, »ewiges Glück«) kaum zu denken ist, die Nachtmärkte sind für viele die einzige Möglichkeit, sich zu versorgen. Unsere GesprächspartnerInnen haben berichtet, dass einige der ArbeiterInnen von dem wenige Kilometer entfernt liegenden Meer nichts wissen.
- Zum Problem formal freie Lohnarbeit: Ein Wechsel des Arbeitsplatzes sei oft unmöglich, weil die Unternehmensleitungen den Ausweis oder Löhne einbehalten. Insofern handelt es sich um Lohnsklaverei.
- Einstellungskriterien in der Elektronikindustrie (Bsp. Epson, bestätigt durch NGOs): 18–24 Jahre, weiblich, unverheiratet, Kinder unerwünscht.
- Zugleich gibt es einen massiven Handel mit gefälschten Papieren, egal für was. Werbung dafür war z.B. direkt gegenüber auf der anderen Straßenseite zu sehen.

Betriebsbeispiele

Honda (Guangzhou):

- 1998 als Joint Venture eines staatlichen Betriebs und eines ausländischen Investors gegründet
- Gilt als produktivste Autofabrik Chinas (Jahresproduktion: 360 000 Autos)
- 6 600 Beschäftigte in beiden Werken.
- Durchschnittsalter: 23 Jahre
- Lohn für Montagearbeit: 2 800 Yuan
- Lohn für Management: 5 000 Yuan (alle Angaben: Hermann G. Abmayr, FR, 23. April 2007 und Informationen des für die Fabrik zuständigen Parteisekretärs)
- Die Betriebsgewerkschaft versteht sich als »Bridge between Management and Employees« und tritt für »Harmony and Efficiency« ein. Im Sinne eines »proaktiven Managements« hält sich die Gewerkschaft zugute, für die Beschäftigten außergewöhnliche Freizeitleistungen geschaffen zu haben. In Nebengesprächen erfahren wir, dass dies wohl eher auf die äußerst sensiblen Beziehungen zwischen einem japanischen Multi und den chinesischen Partnern zurückzuführen ist. Konsequent ist bei Honda der Begriff »Arbeiter« durch »Associates« ersetzt, vergleichbar hiesigen Broschüren großer Autokonzerne. In einem Agitprop-Film über das Unternehmen, der uns vom zuständigen Parteisekretär vorgeführt wird, erfahren wir, worum es den Honda-Associates zu gehen hat: »The Joy of Buying«, »The Joy of Selling«, »The Joy of Creating«.

Grand View Plaza (Guangzhou):

- Eröffnet 2005 als angeblich größte Shopping Mall in Asien
- Rund 30 000 Beschäftigte, ca. 1 000 Einzelgeschäfte als Mieter der Mall
- Von den 30 000 Beschäftigten seien etwa 4 200 Gewerkschaftsmitglieder.
- Mitglied kann man erst nach einem halben Jahr Betriebszugehörigkeit werden, was viele Beschäftigte nicht erreichen. Der vergleichsweise hohe Anteil – gerade angesichts der Fluktuation und der Häufigkeit von Teilzeitbeschäftigung – von Gewerkschaftsmitgliedern resultiert noch aus der Zeit, als der Mall-Betreiber ein *Joint Venture* mit chinesischer Beteiligung hatte, also aus den Anfangszeiten der Privatisierung. Die Tendenz ist abnehmend.

Mattel (Shenzhen):

- Ca. 2 000 Beschäftigte beim örtlichen Zulieferer in Shenzhen.
- Im Sommer 2007 gab es einen Skandal wegen toxischer Spielzeuge. Die damit verbundene Kaufzurückhaltung westlicher KonsumentInnen hat dazu geführt, dass seitdem keine Überstunden mehr gemacht werden. Incl. Überstunden haben die ArbeiterInnen 1 100 Yuan verdient, jetzt noch ca. 700.
- 80 Prozent wohnen auf dem Fabrikgelände, für die Unterkunft muss in diesem speziellen Fall nichts gezahlt werden, aber für Wasser und Strom 60 Yuan. 100 fallen für Internet und Telephon an, weitere 100 für Kleidung. Für Verpflegung, Zigaretten (bei den Männern), teure Billardspiele geht so viel drauf, dass nicht mehr daran zu denken sei, etwas zu sparen, so die Äußerungen von MitarbeiterInnen der Workers Centers.
- Mit ihren 700 Yuan Grundlohn liegen die Beschäftigten des Zulieferers unter dem regionalen Mindestlohn.
- Mattel schiebt die Verantwortung für die vergifteten Produkte auf den Zulieferer ab. Das Monitoring-Unternehmen ICCA, das den Code of Conduct überwachen soll, ist auf Initiative mehrerer Unternehmen gegründet worden. Rechtlich ist Mattel mit

dem Nachweis eines unabhängigen Monitorings aus dem Schneider.

Quanxin-Textilfabrik (Guangzhou):

- Anwesend sind die Direktorin der Fabrik, der Parteisekretär der Fabrik, der Vorsitzende und die zweite Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft, der Vorsitzende der Branchengewerkschaft aus Guangzhou, der Vorsitzende der Abteilung für internationale Kontakte der Branchengewerkschaft aus Guangzhou.
- In dem Werk – einem staatlichen Unternehmen ohne ausländische Kapitalbeteiligung – mit rund *1 000 Beschäftigten* werden laut Aussagen des Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaft Wirk- und Strickwaren sowie Oberbekleidung im weiteren Sinne hergestellt, außerdem gebe es eine Textildruckerei. Hergestellt würden rund 4 000 qm Stoff und etwa 8 Mio. T-Shirts, teils nach Auftrags-Vorlage, teils mit selbst entwickeltem Design. Rund 10 Mio. US$ Umsatz bringe der Export ein, das Unternehmen habe früh eine Lizenz zur eigenständigen Abwicklung von Im- und Exporten erhalten. Hauptmärkte seien die EU, USA, Japan und Südostasien.
- *Frauenanteil:* Rund 70 Prozent, Männer sind hauptsächlich im technischen bzw. Entwicklungsbereich tätig.
- *WanderarbeiterInnenanteil:* Rund 80 Prozent, vor allem aus anderen Provinzen
- *Altersverteilung in der Belegschaft:* zwischen 32 und 35 Jahre
- *Belegschaftsstärke/Fluktuation:* Auch nach Einführung der Marktwirtschaft habe es selten Entlassungen gegeben, erfahrene MitarbeiterInnen würden gebraucht. Nach Ende der jeweiligen Befristungen in den Arbeitsverträgen hätten alle die freie Wahl auf Vertragsverlängerung. Wenn es ausnahmsweise zu Entlassungen komme, würden Entschädigungen gemäß Arbeitsgesetz gezahlt.
- *Lohnhöhe:* Neu Eingestellte erhielten gemäß Mindestlohn in Guangdong während der Probezeit (3 – 6 Monate) rund 790 Yuan; danach erhielten Angestellte bis zu 2 000 Yuan auf Basis eines Zeitlohns, MitarbeiterInnen aus der Produktion 1 200 bis 2 000 Yuan auf Basis eines Stücklohns, beim Management werde abhängig von der Arbeitszeit gezahlt. Basis seien 8 Stunden Normalarbeitszeit, Überstunden würden nach Gesetz bezahlt mit dem 1,5fachen Stundenlohn an Wochentagen, dem 2fachen an Wochenenden und dem 3fachen an Feiertagen. Überstunden gebe es nur selten, d.h. im Falle von Auftragsspitzen.
- *Gewerkschaftlicher Organisationsgrad im Betrieb:* Nach einer Probezeit (die hier mit 2 – 3 Monaten angegeben wurde) sei ein Gewerkschaftsbeitritt möglich, der Beitrag betrage 2 Yuan pro Monat. Es gibt keine Angaben zum Organisationsgrad seitens unserer GesprächspartnerInnen.
- Auf Nachfrage nach den *Befristungen* wird mitgeteilt, dass bislang 1-, 3-, und 5-Jahresverträge vergeben würden. Beschäftigten, die älter als 40 Jahre seien, müssten unbefristete Verträge angeboten werden. Insgesamt gebe es in (ehemals) staatlichen Unternehmen starke Kontrollen, schlechte Arbeitsbedingungen seien daher unmöglich. Direktion und Management hätten zwar ein aktives Wahlrecht auf den Belegschaftsversammlungen, nicht jedoch ein passives.
- Die Gewerkschaft sei, so der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft, eine *»Brücke zwischen Betrieb und MitarbeiterInnen«*. Aufgabe der Gewerkschaft sei die aktive Teilnahme an der Unternehmenspolitik. Der Vorsitzende ist zugleich in der Betriebsleitung tätig.
- Die Gewerkschaft habe Einfluss auf Unternehmenspolitik und Management und sei für soziale Belange verantwortlich. Gewerkschaftliche Aufgaben seien:
  - *Verwaltungsqualität verbessern und Demokratie fördern.* Einmal pro Jahr

fänden Belegschaftsversammlungen statt, an denen alle – incl. Management und Partei – teilnähmen. Vorschläge des Managements in Bezug auf Personalentwicklung, Löhne, Investitionen müssten von der Belegschaftsversammlung abgestimmt werden.

– *Harmonie im Betrieb schaffen.* Das heiße: Arbeits- und Qualitätswettbewerb fördern, Vorschläge zur Effizienzförderung, zur Verbesserung der Produktqualität und »natürlich auch« der Einkommen. Vorbildliche ArbeiterInnen werden mit finanziellen Prämien belohnt.
– *Arbeitsschutz überwachen und verbessern.* Darunter falle auch die Überwachung der Qualität von Essen und Unterkunft. Die Betriebsgewerkschaft hält sich zugute, Duschen mit Solarenergie und Klimaanlagen eingeführt zu haben. Bei gutem laufenden Geschäft sei das Management offen für die Finanzierung solcher Aspekte der MitarbeiterInnenzufriedenheit.
– *Kontrolle der Sozialversicherungen und Wahrung der Interessen von MitarbeiterInnen:* Dabei werde ein beidseitiger Gewinn für Management und MitarbeiterInnen angestrebt. In dem Unternehmen seien gemäß geltendem Arbeitsrecht Tarifverträge abgeschlossen worden.
– Beziehungen zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen in *Harmonie* regeln – »under the loving care of government«. Eine gute Atmosphäre im Betrieb sei das Resultat der engen Kooperation mit dem Management. Bis auf Kleinigkeiten, die sich leicht lösen ließen, gebe es keine Probleme im Betrieb.

- Auf die Frage, ob und wenn ja welche Probleme es im *Übergang von den Staatsbetrieben zu Unternehmen der »gesteuerten Warenwirtschaft« bzw. zur »sozialistischen Marktwirtschaft«* gegeben habe, gab es verschiedene Antworten:
  – *Parteisekretär:* Alle Unternehmen hätten seit der Freigabe für den Markt die gleichen Probleme: Sie stünden unter Profitabilitätsdruck, dessen Auswirkungen vor allem die Löhne und den Arbeitsschutz beträfen. Seine Lösung: Je höher die Produktivität und je besser die Atmosphäre zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, desto höher die Löhne – oder: »Je höher der Wasserstand, desto höher schwimmt das Boot«. Zu den Voraussetzungen für eine »gute Atmosphäre« zählte er auch das Vorhandensein einer Gewerkschaft im Betrieb und die Befolgung der Arbeitsgesetze.
  – *Direktorin der Fabrik:* Ein wesentlicher Unterschied zu der Zeit vor Einführung der Marktwirtschaft bestehe darin, dass seitdem vor allem in privaten, aber auch in ehemals oder noch staatlichen Unternehmen keine Gewerkschaften mehr präsent seien. Das Arbeitsgesetz sehe zwar eine gewerkschaftliche Präsenz im Betrieb vor, in der Praxis fehlten diese jedoch oft. Sie verweist auf WalMart, wo es auf Druck des chinesischen Gewerkschaftsdachverbandes gelungen sei, WalMart zu zwingen, Gewerkschaften in den Niederlassungen zu akzeptieren.

WanderarbeiterInnen-Unterkunft in Fuyong (»Ewiges Glück«), Shenzhen

Bibliothek für die Beschäftigten bei Honda Guangzhou

»Baustelle China«

Fragebogen der express-Redaktion zu Eindrücken einer China-Reise

Mit der korrekten Bezeichnung des selbst ernannten Reichs der Mitte taten sich bereits die in China als »Barbaren« geltenden Römer schwer. Sie brauchten eine Weile, um herauszufinden, dass sich unter den verschiedenen Namen, die ihnen ihre Gesandtschaften übermittelten, ein und die gleiche Region verbarg.

An der Frage der Bezeichnung hat sich bis heute nichts geändert, auch wenn China schon lange nicht mehr nur als Herkunftsland der Seide firmiert. Es scheint vielmehr so, dass sich das Problem der Benennung potenziert, je bunter und vielfältiger die Warenwelt, made in China, wird – und nicht zuletzt, je mehr China in den Augen der Wirtschaftsauguren und ihrer -Krieger nicht nur billige und willige »verlängerte Werkbank« ist, sondern die Vermarktung und Realisierung des Mehrwerts selbst in die Hand nimmt und damit zum Konkurrenten im globalen Exportwettkampf wird.

Der »Spiegel« fragt reißerisch: »Funktioniert der Kommunismus doch?« (Nr. 1/2007) und schürt Ängste, indem er im »Weltkrieg um Wohlstand« ein transatlantisches Bündnis gegen den neuen Feind im Osten ausruft. Die chinesische Regierung, immerhin, gibt sich bescheidener und belässt es seit 1992 bei dem Titel »sozialistische Marktwirtschaft«. Ein gewaltiger Sprung, denn noch zehn Jahre zuvor nannte man das regierungsseitig »sozialistisch geplante Warenwirtschaft«. Solche, die des Lesens in ideologischem Kaffeesatz kundig sind, sehen darin einen Unterschied ums Ganze.

Im Supplement des »Sozialismus« (Nr. 10/2007) wiederum verteidigt Joachim Bischoff die »sozialistische Marktwirtschaft« chinesischer Prägung aufgrund ihres Primats der Politik gegen diejenigen, die darin einen weiteren »peripheren Neoliberalismus« (Candeias) oder »einen vom Staat diktatorisch durchgesetzten Brutalkapitalismus« (Müller) sehen.

Und bei der Vorbereitung einer dreiwöchigen Studienreise »Arbeitswelten in China«, die Peter Franke (Asienhaus Essen) und Wolfgang Schaumberg (ehemals Opel-Bochum) im September 2007 organisiert hatten und an der auch Mitglieder der express-Redaktion teilnahmen, stellte sich unter den TeilnehmerInnen die Frage, ob es sich in China nicht um eine spezifische, besonders erfolgreiche Variante des Keynesianismus handele. Wir halten uns vorerst zurück mit Globalbezeichnungen, denn eines war nach der Reise in Bezug auf alle gängigen Etikettierungen klar: »We now have reached a much higher level of confusion«, wie eine Teilnehmerin formulierte. Das ist eine gute Grundlage für einen genaueren Blick.

Insofern dokumentieren wir in dieser und den nächsten Ausgaben des express Beobachtungen, Eindrücke, Erfahrungen und vor allem: Irritationen von TeilnehmerInnen der Studienreise. Alle AutorInnen erhielten von uns einen kleinen Fragebogen, auf den sich die Beiträge beziehen.

I Mit welchen Fragen bist Du nach China gereist? Wo lagen die Schwerpunkte Deines Interesses?

II Welche Antworten hast Du durch die Reise, die Gespräche und Besichtigungen erhalten?

III Welche Fragen hast Du aus China wieder mitgenommen? Sind neue Fragen hinzu gekommen? Welche Widersprüche konntest/musstest Du wahrnehmen?

IV Wie würdest Du die Situation der staatlichen chinesischen Gewerkschaft beurteilen, a) in Bezug auf die Wanderarbeiter, b) in Bezug auf die Rahmenbedingungen und die Form der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und c) in Bezug auf ihre Rolle im Verhältnis Partei, Gewerkschaft, Kapital?

V Was würdest Du als aktuelle Hauptaufgaben bzw. Probleme der Gewerkschaften bezeichnen?

VI Wie schätzt Du die Situation in den ländlichen Regionen bzw. Provinzen bzw. die Perspektiven für deren Entwicklung ein? Wie würdest Du die Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Konzepte zur ländlichen Entwicklung beurteilen?

VII Welche Bedeutung hat die Geschlechterfrage vor dem Hintergrund der behaupteten Gleichberechtigung in Bezug auf die Wanderarbeiterproblematik bzw. der ländlichen Entwicklung? Welches Konfliktpotential würdest Du hier sehen?

VIII Welche Auswirkungen werden Deines Erachtens Entwicklungen in China auf die (Weiter-)Entwicklung des Kapitalismus haben?

(erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 10-11/07)

Tüten en gros und en detail in Guangzhou

Glücksbringer und Devotionalien in Dazhai (»Lernen von Dazhai«), Provinz Shanxi

»1,2,3,4 Maos on the cap«

Eva-Maria Bruchhaus auf Spurensuche im ›Musterländle‹ China

I Losgefahren bin ich mit einer immensen Neugier, mit einem Riesenspektrum an Erwartungen bzw. Fragen.

Aber es gab natürlich Schwerpunkte und Schlüsselfragen, die sich aus meiner Arbeitswelt herleiten, d.h. der Entwicklungspolitik und hier speziell ländliche Entwicklung, bäuerliche Landwirtschaft und die Situation der Frauen. Dabei muss ich ziemlich weit zurückgehen, bis Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre, also vor 1968. Ich lebte damals in Frankreich, wo in jenen Jahren mehr als in den USA und Europa – außer vielleicht in Großbritannien – über Entwicklungsmodelle und -strategien diskutiert wurde. Das hing mit dem so genannten »wind of change« zusammen, der auch in den ehemaligen französischen Kolonien wehte und zur Unabhängkeit führte. Der Kapitalismus erschien den wenigsten als geeigneter Entwicklungsweg, und das Industrialisierungsmodell der Sowjetunion hatte ebenfalls wenig Überzeugungskraft, während das chinesische Modell eine überwältigende Ausstrahlung besaß. Das lag sicher auch daran, dass die Chinesen zur nicht-weißen Welt gehörten: Falls es ihnen gelingen sollte, Jahrhunderte währendes Elend zu überwinden, dann hätte das gigantische Auswirkungen auf die ganze 3. Welt. Auch weil damit die Hoffnung verbunden war, dass der Kommunismus »in China vielleicht eine menschlichere Form annimmt als in der UdSSR«, wie es Pierre Moussa, Autor von »Les Nations Prolétaires« – eines der Standardwerke jener Zeit – ausdrückte.[1] Es gab also einen »Mythos China«, ehe es westeuropäische Maoisten gab.

Geografisch lag und liegt mein Studien- und Arbeitsschwerpunkt in Afrika. Deshalb interessierten und interessieren mich in diesem Zusammenhang vor allem folgende Fragen: Welche Rolle haben die Bauern in der chinesischen Revolution gespielt – waren sie Akteure oder Manövriermasse? Taugt die ländliche Industrialisierung, die nicht auf kapitalintensive Technisierung, sondern auf Einsatz geschickter menschlicher Arbeitskraft baut, als Entwicklungsmodell? Wie weit kommt eine selbstbestimmte Entwicklung ohne materielle Anreize aus, bzw. gibt es freiwillige, selbstbestimmte Arbeits- und Dienstleistungen zum Wohle der Gemeinschaft? Damit hängt auch die Frage nach der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Vergesellschaftung von Reproduktionsaufgaben zusammen. Auch diese Fragen hängen mit ziemlich weit zurückliegender Lektüre zusammen. Eines der Bücher, die wir Anfang der 70er Jahre verschlungen haben, war »Die Hälfte des Himmels – Frauenemanzipation und Kindererziehung in China« von Claudie Broyelle.[2] Auch hier wurden die Entwicklungen in China als beispielhaft dargestellt, nicht nur für die Länder der Dritten Welt, sondern auch für Europa.

II Es konnte nicht darum gehen, umfassende Antworten auf die oben genannten Fragen zu bekommen – dazu war die Reise viel zu kurz. Aber ich hatte gehofft, Hinweise auf zumindest Spuren der Veränderungen zu finden, die ein so gewaltiges gesellschaftliches Experiment, wie es die chinesische Revolution war, unweigerlich hinterlassen haben musste. Was ist

---

1 Pierre Moussa: »Les Nations Prolétaires«. Paris, PUF. 1959

2 Claudie Broyelle: »Die Hälfte des Himmels – Frauenemanzipation und Kindererziehung in China«, Berlin, 1973

bei dieser Spurensuche herausgekommen? Eigentlich nichts Substantielles. Ich denke, dass es sich vor allem um Spuren handelt, die, von außen unerkennbar, das Leben der Menschen bestimmen – und vielleicht merken sie es manchmal selbst nicht. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Kulturrevolution, die für uns eine der markantesten Etappen darstellt. Bei einem persönlichen Gespräch mit Zeitzeugen haben wir zwar erfahren, wie sie diese Periode damals erlebt haben, wie die Kulturrevolution ihre Lebensumstände geprägt hat. Aber was haben die Inhalte, die damals vermittelt wurden, in ihrem Denken und Fühlen heute hinterlassen? Das blieb für uns unsichtbar.

Die für uns sichtbaren Spuren dagegen sind eher befremdend, auch weil sie teilweise entfremdet sind. Z.B. die olivgrüne Maokappe mit den vielen Anstecknadeln, die mir ein Mitreisender geschenkt hat: ein typisches Souvenir, das die fliegenden Händler den Touristen anbieten. Beim Spazierengehen und Einkaufen wurde sie kaum beachtet, nur bei jungen Chinesinnen hat sie Aufsehen erregt und mir Sympathie eingebracht: »Oh, you have 1, 2, 3, even 4 Maos on your cap!«.

Weitaus verwirrender waren die Ergebnisse der Spurensuche in Dazhai, dem ehemaligen Musterdorf in der Provinz Shanxi. Lange Zeit galt es als das sozialistische Modell ländlicher Entwicklung. Die 400 Einwohner dieses Bergdorfs hatten 1964 unter der Anleitung eines der Ihren und mit dem Motto »eigene Kraft erneuert das Leben« Terrassen und Bewässerungskanäle gebaut, Obstbäume und Maulbeerbäume auf die Terrassen gepflanzt, Seidenraupen und Bienen gezüchtet. Aber getreu der damaligen Devise von der ländlichen Industrialisierung haben sie auch Bauxit abgebaut und eine Werkstatt für Landmaschinen eingerichtet. Davon haben wir nichts mehr sehen können. In den 60er und 70er Jahren war Dadzai eine der großen nationalen Pilgerstätten. Ministerpräsident Dzhou En Lai war öfter zu Besuch, oft mit hochrangigen internationalen Delegationen, wie in dem stattlichen Dorfmuseum mit endlosen Fotoreihen dokumentiert. Auch das Gästehaus, in dem die illustren Gäste untergebracht wurden, ist heute ein Museum. Jedes zweite Haus ist ein Andenkenladen, mit endlos laufenden alten Fernsehreportagen über die Kulturrevolution, in denen Videos, Anstecknadeln und die üblichen Devotionalien an die Touristen verkauft werden. Davon lebt Dadzai heute. Chen Yonggi, mit dem 1964 alles begonnen hatte, und der 1973 Mitglied des Politbüros der KPCh wurde, starb 1986 auf einer Staatsfarm in der Nähe von Beijing, wohin er 1984 verbannt worden war. Das Dorf hat ihm ein eindrucksvolles Totenmal errichtet, das offensichtlich viele Pilger anzieht. Über die Verbannung seines Vaters allerdings wollte oder konnte sein Sohn nicht reden.

III Das »Neue China« kann sicher kein Entwicklungsmodell für Länder der so genannte Dritten Welt sein. Darauf wird noch zurückzukommen sein, wenn es um die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus geht.

Ein wichtiges Element sozialistischer Entwicklungskonzeptionen ist die Solidarität und der freiwillige Einsatz – ohne materielle Anreize – zum Wohl der Gemeinschaft. Ich erinnere mich an zahlreiche Aussagen westlicher China-BesucherInnen aus den 70er Jahren, in denen die beispiellose Solidarität und Hilfsbereitschaft der ChinesInnen beschrieben wurde. Da wurde von selbstorganisierten Dienstleistungsbrigaden berichtet, die kochten, wuschen, unterrichteten, gegen ein ganz geringes Entgelt oder kostenlos. Uns sind keine Beispiele dieser Art begegnet, und es kann bezweifelt werden, dass sie den Wandel überlebt haben. Oft wiesen unsere chinesischen Gesprächspartner darauf hin, dass heute für alles bezahlt werden müsse, dass Geld die einzige Motivation für Leistung darstelle. Aber wir haben auch ein Beispiel für Solidarität angetroffen, bei der Initiative der WanderarbeiterInnen am Stadtrand von Peking, wo neben entlohn-

ten MitarbeiterInnen auch Freiwillige arbeiten, z.B. StudentInnen. Ich denke, das wäre auch ein Feld, das zu bearbeiten sich lohnen würde.

IV Bei der chinesischen Einheitsgewerkschaft handelt es sich um eine typische so genannte »Massenbewegung«, wie sie in allen Ländern mit autoritären Einparteienregierungen existieren: je eine Organisation für die Frauen, die Jugend, die Bauern und eben auch für die Arbeiter, die den Transmissionsriemen für die Anweisungen der Regierung in die Betriebe darstellen. Interessanterweise ist die chinesische Gewerkschaft nur in einem Bruchteil der Unternehmen verankert. Sie ist also nicht einmal ein Papiertiger und somit keine Gefahr für die Unternehmen. Insofern ist auch das Selbstverständnis der Gewerkschaften nicht erstaunlich, wie es uns in praktisch allen Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern begegnet ist: Sie verstehen sich als Brücke zwischen Arbeitskräften und Unternehmen bzw. Management. Teilweise ist das Management sogar Teil der Betriebsgewerkschaft. Hauptzweck der Gewerkschaft ist es, den Betriebsfrieden zu wahren. Zu diesem Zweck werden generell einmal im Jahr Personalversammlungen einberufen, auf denen die ArbeiterInnen und Angestellten – bei Honda heißen sie übrigens »associates«, also Partner, Teilhaber – Vorschläge, Klagen, Wünsche vortragen können, und wo der anwesende Chef Auszeichnungen und Preise verteilt. Es ist bezeichnend, dass – zumindest nach meinen Kenntnissen – kein einziger der Tausenden von Arbeitskonflikten, die in den letzten zehn Jahren stattfanden und weiterhin stattfinden, von der Gewerkschaft initiiert wurde. Das scheint logisch, da es kein Streikrecht gibt. Was wir dagegen gesehen haben – im Fall eines wilden Streiks in einem Zulieferbetrieb von Nokia in Shenzhen –, war, wie die Gewerkschaft auf den fahrenden Zug aufgesprungen ist und die Streikenden gerade mal mit einem Spruchband unterstützt hat. In diesem Fall ging es u.a. um die Durchsetzung der Forderung nach Auszahlung des Grundlohns von 70 Euro im Monat, wenn die Produktionsziele erreicht werden, und um die Nachzahlung von Nachtzulagen. Es handelte sich also um die Durchsetzung gesetzlich verankerter Forderungen, die sich eigentlich jede Gewerkschaft zu eigen machen sollte. Diese abwartende Haltung entspricht voll der offiziellen Gewerkschaftspolitik, wie uns auch in verschiedenen Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern bestätigt wurde.

Das Verhältnis Partei – Gewerkschaft – Kapital möchte ich mit den Worten der PR-Frau von Honda beschreiben, die uns informierte, dass die Beziehungen zwischen dem Unternehmen und der Gewerkschaftsvertretung im Betrieb »under the loving care of the government« stattfinden. Das ist sicher nicht immer und überall der Fall, aber so soll es offensichtlich sein. Wobei die liebevolle Fürsorge der Regierung offensichtlich mehr der Kapitalseite gilt. Das geht auch daraus hervor, dass in Fällen von Beschwerden bei den Arbeitsbehörden über die Verletzung von Arbeitnehmerrechten – vor allem bei Arbeitsunfällen – in der Regel die Unternehmensseite Recht bekommt und Strafen verhältnismäßig gering ausfallen. Das hängt damit zusammen, dass die Provinzregierungen von der Zentralregierung Planvorgaben erhalten, die das Volumen der Investitionen festlegen, die während des Planungszeitraums in der Provinz getätigt werden sollen. Da will man es sich verständlicherweise nicht mit den Investoren verderben.

V Hauptaufgabe ist in meinen Augen die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte, entsprechend dem kürzlich verabschiedeten Arbeitsvertragsgesetz, und zwar für alle Arbeitenden. Damit hätte die Gewerkschaft über Jahre hinaus genug zu tun. Da sie aber Teil des Systems ist, in dem Kapital und Regierung am selben Strang ziehen, wird die Bewältigung dieser Aufgabe zur Sisyphusarbeit, darin liegt m.E. das Hauptproblem.

Deshalb hat die Gewerkschaft auch kein Interesse an Selbstorganisation von ArbeiterInnen, weder auf betrieblicher noch außerbetrieblicher Ebene. Diese Initiativen werden eher von Nichtregierungsorganisationen (NRO) ergriffen bzw. unterstützt, die oft außerhalb der VR angesiedelt sind. Sinnvoll wäre es, diese Organisationen zu fördern, sowohl finanziell als auch durch Austausch, auch weil sie offensichtlich sehr viel mehr über die Globalisierungszusammenhänge wissen. Das befähigt sie auch eher als die Gewerkschaften, an Konzeption und Umsetzung solidarischer Aktionen mitzuarbeiten. Nehmen wir den Giftskandal bei der Spielzeugproduktion. Hier wurden von den Gewerkschaften generell die Zulieferfirmen verantwortlich gemacht, aber es wurde meist versäumt, darauf hinzuweisen, dass die Auftraggeber, in diesem Fall die Firma Mattel, den Preis bestimmt, zu dem produziert werden muss. Diese Vorgaben der Auftraggeber gegenüber ihren Zulieferern haben nicht nur schädliche Auswirkungen auf die KäuferInnen, sondern auch auf die ArbeiterInnen in diesen Firmen. Dieses Problem könnte international eher mit NRO als mit der chinesischen Gewerkschaft thematisiert werden. Ähnlich verhält es sich aber auch umgekehrt: Unterstützung für am Rande der Legalität arbeitende Initiativen von WanderarbeiterInnen wie diejenige, die wir am Stadtrand von Peking besucht haben, kann kaum von deutschen oder anderen europäischen Gewerkschaftsverbänden erwartet werden, sie kommt vor allem von so genannten INGOs (internationalen Nichtregierungsorganisationen), wie in diesem Fall OXFAM.

Das liegt sicher auch daran, dass diese Organisationen oft ein umfassenderes und tieferes Verständnis von der Bedeutung und den Auswirkungen der Globalisierung haben als die Gewerkschaften, nicht nur in China. Letztere haben – wie die Arbeitgeberseite – meist nur die eigenen Löhne und Arbeitsbedingungen bzw. ihre Wettbewerbsfähigkeit im Blick. Bezeichnend dafür war auch die Antwort der Gewerkschaftssekretärin von Guangzhou (Kanton) auf die Frage, wie Gewerkschaften auf die Drohungen der Investoren reagieren sollten, ihr Unternehmen ins Ausland zu verlagern: »durch Qualifizierung, um in den verbleibenden Unternehmen Arbeit zu finden.« Ich denke, dass es vor allem deshalb so schwierig ist, gemeinsame solidarische Aktionen zu konzipieren. Wie kann man z.B. eine internationale Kampagne gegen Lohndumping erwägen, wenn zwischen den Löhnen in derselben Branche ein Unterschied von 1:10 und mehr besteht, ganz zu schweigen von den Arbeitsbedingungen? Das kann nur thematisiert werden, wenn alle anderen Aspekte auch berücksichtigt werden.

VI Besonders brisant erscheint mir die Frage nach der ländlichen Entwicklung, die sich ja vor allem deshalb aufdrängt, weil immer noch mehr als die Hälfte der chinesischen Bevölkerung auf dem Land lebt, während immer weniger vom Land leben können. Nach der Phase der ländlichen Industrialisierung, mit den dörflichen Stahlwerken und anderen innovativen, aber teilweise wirklichkeitsfremden Initiativen, gab es in den 80er Jahren die Politik der TVI (Township and Village Industries), deren hauptsächliches Ziel es war, für die ländliche Bevölkerung Lohnarbeit zu schaffen, als zusätzliche Einkommensquelle zur Landwirtschaft. Damit wurden die Kleinbauern zu Nebenerwerbslandwirten. Der Vorteil lag darin, dass sie beides zugleich machen konnten – und sie blieben in ihrer Umgebung. Das wiederum sollten sie ja auch: Das »Hukou«-System, also die Registrierung ›am Ort‹, auf der die Sozialversicherungen basieren, ist darauf zugeschnitten.

Es gibt offensichtlich immer noch solche TVI-Betriebe, doch die Politik setzte Anfang der 90er Jahre eindeutig auf kapitalintensive Investitionen in speziellen Wirtschaftszonen und Industrieparks im Süden und an der Ostküste. Diese »Reformen« bedeuteten nach Aussagen

unseres Gesprächspartners Prof. Wen Tiejun von der Renmin-Universität in Peking den Kollaps der TVIs und den Beginn der Arbeitsmigration. Die Arbeit kam nicht mehr zu den Arbeitskräften, sondern die Arbeitskräfte mussten sie oft Tausende von Kilometern weit entfernt suchen. Gleichzeitig verloren viele Bauern ihr bisschen Land durch Enteignungen ohne angemessene Entschädigung, für Infrastrukturvorhaben und Städtebau – und in jüngster Zeit z.T. wieder durch Industrieansiedlungen. Dies betraf in den letzten zehn Jahren 40 – 60 Millionen Bauern, und die Tendenz hält an: Erst am 15. Oktober 2007 ging die Meldung durch die Medien, dass die chinesische Regierung bis zu vier Millionen AnwohnerInnen des umstrittenen Drei-Schluchten-Staudamms zusätzlich zu den bereits 1,4 Millionen umsiedeln will. Viele von den umgesiedelten Bauernfamilien werden nicht wieder in der Landwirtschaft arbeiten. Sie können nur als Land- bzw. WanderarbeiterInnen ihren Lebensunterhalt verdienen.

Bereits heute gibt es 150 Millionen (manche nennen 200 Millionen) WanderarbeiterInnen in den Ballungszentren. Die Mehrheit von ihnen kommt vom Land, wo sie in der Regel ihre Familien zurücklassen. Die Landflucht erklärt sich einmal daher, dass das Land – eine Familie bewirtschaftet nicht einmal einen Hektar – nicht ausreicht, um eine Familie zu versorgen, und dass es auf dem Land immer noch kaum Gelegenheiten gibt, das zur Familienversorgung notwendige zusätzliche Geld zu verdienen. Die Regierungspolitik setzt auf großflächige Mechanisierung der Landwirtschaft. Das wird zur Konzentration in der Landwirtschaftsproduktion, zur Aufgabe der meisten kleinen Familienbetriebe und somit zu weiterer Abwanderung führen. Was wird aus den Hunderten Millionen WanderarbeiterInnen, die von einer Baustelle zur nächsten, als Hilfsarbeiter und Haushaltshilfen durch die Lande ziehen, weitgehend recht- und schutzlos? Professor Wen äußerte die These, in China habe sich das Industrieproletariat, d.h. die ehemaligen ArbeiterInnen in den staatlichen Industriebetrieben, zu einer neuen Mittelklasse entwickelt. Dafür gebe es ein neues Proletariat: ein duales, das aus den aus den Landgebieten migrierenden WanderarbeiterInnen und den zurückgebliebenen, gleichermaßen diskrimierten LandbewohnerInnen bestehe.

Und vor allem: Was wird aus den WanderarbeiterInnen und den Bauern, wenn sie alt sind? Nur die jungen WanderarbeiterInnen finden Arbeit, und sie haben kein Anrecht auf Altersversorgung, genausowenig wie die auf dem Land Zurückgebliebenen, weil davon ausgegangen wird, dass diese von ihrem Land leben können. Die Jungen werden die Alten nicht versorgen können, weil sie keine Arbeit mehr finden, und die Alten können nicht mehr vom Land leben, weil sie es verloren haben werden.

Darüber hinaus habe ich nicht den Eindruck, dass es ein spezielles Entwicklungskonzept für die ländlichen Gebiete gibt, zumindest gibt es keine Anzeichen für Vorstellungen und Planungen, die sich von der allgemeinen Entwicklung unterscheiden, die unter dem Motto »big is beautiful« zu stehen scheint. Das heißt konkret: Konzentration der Flächen und Betriebe, intensive Bewirtschaftung mit größtmöglicher Mechanisierung und massivem Einsatz von Chemiedünger und Pestiziden/Herbiziden. Die Folgen kennen wir aus eigener und anderer Erfahrung.

Wie könnte ein alternatives Konzept aussehen? Ich denke, die TVI waren eine gute Idee. Dadurch kamen zusätzliche Verdienstmöglichkeiten aufs Land, und es wurden ja hauptsächlich einfache Gebrauchsgüter produziert, die wiederum das Leben auf dem Land erleichterten. Die Menschen konnten in ihrer familiären Umgebung bleiben und damit auch ihre affektiven Bedürfnisse befriedigen.

Und die Idee einer menschenbezogenen ländlichen Entwicklung in China lebt weiter. Unser

Gesprächspartner Wen Tiejun ist überzeugt, dass es nur der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu verdanken sei, dass es möglich war, den Hunger zu besiegen. Außerdem sei die kleinbäuerliche Landwirtschaft umweltschonender als die großflächigen Monokulturen unter Einsatz von Mechanisierung, Chemiedünger und Pestiziden. Es sei auch demokratischer, wenn die Bauern und Bäuerinnen sich organisieren und selbst über ihre Produktionsweise und -ziele bestimmen könnten. Er selbst ist mit seinen Studenten in einer solchen Bewegung engagiert, die in die 20er-30er Jahre zurückreicht. Schade, dass wir das »Rural Reconstruction Center« nicht sehen konnten, wie ursprünglich vorgesehen, um uns ein Bild davon machen zu können.

Angesichts des äußerst robusten Kapitalismus, dem sich die chinesische Regierung verschrieben hat, besteht allerdings kaum Hoffnung, dass sich diese Vision einer menschen- und umweltgerechten ländlichen Entwicklung verwirklichen lässt. Die Frage, die mich am meisten beschäftigt, ist insofern die Systemfrage, aber ich denke, die muss am Ende gestellt werden.

VII Ich möchte hier mit einer Aussage des bereits erwähnten Buches von Claudie Broyelle »Die Hälfte des Himmels – Frauenemanzipation und Kindererziehung in China« von 1973 beginnen. Sie stammt aus dem Vorwort von Han Suyin, der damals bekanntesten chinesischen Autorin, die von der »tiefen Transformation« des Geschlechterverhältnisses in China spricht, vom »großen Sprung nach vorn der chinesischen Frauen«, in dem es nicht nur um »die Gleichberechtigung mit den Männern«, u.a. »wegen ökonomischer Vorteile« ging, sondern um eine andere, eine sozialistische Gesellschaft. Das wirft mehr als nur die Frage nach dem derzeitigen Stand der Gleichberechtigung auf. Dazu ist es sicher nützlich, zu den zwei wichtigsten Veränderungen zurückzugehen: zur rechtlichen Abschaffung von Diskriminierung und Missbräuchen in der Ehe und zur politischen Förderung der Geschlechtergleichheit im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich. Durch das »Gesetz über die Ehe« von 1950 wurden Bigamie und Konkubinat sowie Kinder- und Zwangsheirat verboten. Als Voraussetzung für eine Ehe galt – und gilt – das gegenseitige freiwillige Einverständnis, Scheidungen sind kostenlos. Parallel dazu führte die Partei eine Kampagne zur Gleichstellung im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich durch, die auch konkrete Angebote enthielt, z.B. Kinderkrippen, Schwangerschaftsurlaub, Ausbildung in bis dahin Männern vorbehaltenen Berufen, Aufstiegsmöglichkeiten im Betrieb und in der Partei. Eine komplementäre, in der damaligen Zeit als logisch und richtig erachtete Maßnahme, die uns heute als ungeheuerlich erscheinen mag, war die Zerschlagung der Familie als (Re-) Produktions- und Konsumptionseinheit. Das geschah vor allem durch Auslagerung von bis dato durch Frauen erbrachte häusliche Dienstleistungen und die Schaffung von landwirtschaftlichen Produktionsbrigaden. Diese Politik wurde damals auch von westlichen Feministinnen begeistert begrüßt und zur Nachahmung empfohlen.

Leider gab es auf unserer Reise keine Gelegenheit, auch nur ansatzweise zu überprüfen, was davon übriggeblieben ist. Dazu bräuchte es weitaus mehr Zeit. Gleichwohl fiel mir auf, dass unter den Kadern, die wir trafen – sowohl auf Gewerkschaftsseite, im Management, von der Partei und den NRO – viele kompetente, überwiegend jüngere Frauen waren, die meist auch recht selbstbewusst auftraten. In den Frauenmagazinen werden zahlreiche Beispiele von erfolgreichen Unternehmerinnen vorgestellt, und auch an den Universitäten unterrichten viele Frauen, allerdings weniger in Spitzenpositionen, und sicher auch in unterschiedlichem Maß, abhängig von den Fächern. In der Industrieproduktion finden sich nach Aussagen der Gewerkschaftsvertreter in Gouangzhou mehr Männer in höheren Gehalts- und Lohnstufen als Frauen. Durchschnittlich verdienen Frauen zehn Pro-

zent weniger als Männer und sind meist in arbeitsintensiven Industrien mit niedrigen Löhnen und in Teilzeit beschäftigt. Im Gegensatz zu den in den früheren Staatsbetrieben vorhandenen Kinderkrippen gibt es heute keine betrieblichen Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder, und die meist privaten Kindergärten kosten mehr oder weniger viel Geld, je nach Qualität und Angebot. Parallel dazu wächst der Bedarf der einkommensstarken Schichten an Dienstpersonal für den Haushalt. Um diesen Bedarf zu befriedigen, werden in einigen ländlichen Regionen für migrationswillige Mädchen Kurse für Hausmädchen angeboten, während die Männer Ausbildung in Wachdienst und Gartenpflege bekommen. Man kann es »kapitalistische Normalisierung« nennen, es laufen die gleichen Prozesse wie überall ab. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Entstehung – oder ist es eine Wiederbelebung? – von Wohnbezirken, in denen überwiegend »Konkubinen« reicher Geschäftsleute, oft aus Hongkong, wohnen.

Noch schwieriger ist es, die Situation auf dem Land einzuschätzen. Ich habe keine verlässlichen Angaben darüber, wie sich die WanderarbeiterInnen nach Geschlecht aufteilen. Nach unterschiedlichen Angaben sind zwischen 60 und 70 Prozent von ihnen Männer. In den besuchten Dörfern waren es auch fast ausschließlich die Männer, die abwanderten. Nach anderen Quellen nimmt jedoch der Anteil der jungen Frauen zu. Wahrscheinlich ist das unterschiedlich, je nach Region bzw. Nachfrage. Manchmal gehen auch Ehepaare gemeinsam auf Arbeitssuche, aber das dürfte eher die Ausnahme sein, weil ein Ehepartner das Land bestellen und die zurückgebliebenen Familienangehörigen versorgen muss. Dieser Prozentsatz dürfte jedoch mit zunehmender Landlosigkeit auf Grund von Umsiedlungen wachsen. Auf jeden Fall kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeitsbelastung des zurückgebliebenen Ehepartners durch produktive und reproduktive Aufgaben zunimmt, auch wenn ein Teil dieser Arbeit von den Großeltern übernommen werden kann. Falls diese jedoch zu Pflegefällen werden, wird die Arbeitsbelastung noch größer. Vom abgewanderten Ehepartner, der oft Tausende von Kilometern weit entfernt arbeitet und nur einmal im Jahr nach Hause kommt, meist zur Erntezeit, ist nur finanzielle Unterstützung zu erwarten, die allerdings den Löwenanteil des monetären Einkommens ausmacht. Das hat natürlich auch Folgen für die Beziehungen zwischen den Ehepartnern. In dem Film »Still Life« von Jia Zhang-Ke (der gerade in unseren Kinos läuft) stehen zwei Ehepaare im Mittelpunkt, deren Ehe durch die Migration zerbrochen ist. Es gibt zu denken, dass diejenigen in unserer Gesellschaft, die gleichzeitig die Notwendigkeit der Flexibilisierung der Arbeit unter dem Zwang der Globalisierung und die Notwendigkeit des Schutzes von Ehe und Familie predigen, darüber hinwegsehen, wie das Eine das Andere zerstört.

VIII Welche Auswirkungen werden die Entwicklungen in China auf den Kapitalismus haben? Eine schwierige Frage, der ich eine Gegenfrage entgegenstellen möchte: Was hat die Entwicklung in China mit Sozialismus zu tun? Denn die chinesische Führung behauptet ja, dass die derzeitige Entwicklung eine Phase auf dem Weg zum Sozialismus darstellt: Erst müssten die Mittel geschaffen werden, die später umverteilt werden können – was als »Sozialistische Marktwirtschaft« bezeichnet wird. Ich behaupte, dass das purer Etikettenschwindel ist. Das chinesische System ist ein eindeutig kapitalistisches, gekennzeichnet durch wachsende Ungleichheit, d.h. Verarmung auf der einen und Macht- und Geldkonzentration auf der anderen Seite. Das wird nicht durch Parteibeschluss umzukehren sein, wenn die Regierung bzw. die Partei entscheidet, dass der Zeitpunkt für die Umverteilung gekommen ist. Es ist diese gewollte Ungleichheit zwischen Land und städtischen Ballungs- und Wachstumszentren, zwischen bäuerlicher Bevölkerung und Wanderar-

beiterInnen einerseits und relativ gut bezahlten Fachkräften, aber vor allem Kapitaleignern mit Spitzengewinnen andererseits, die den chinesischen Entwicklungsmotor darstellt. Anders ausgedrückt: Es ist das Ausmaß an Ausbeutung unter der Führung der KPCh als kapitalistischer Staatsklasse, die wiederum eine stabile politische Lage garantiert, welche die chinesische Variante des Kapitalismus zu einer besonders erfolgreichen Form dieses Wirtschaftssystems macht. Letztendlich ist es die Macht der Partei, die den Unterschied zu den anderen kapitalistischen Volkswirtschaften ausmacht. Die Entscheidung des gerade abgeschlossenen Parteitags, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Zukunft auch soziale und Umweltfaktoren berücksichtigen soll, bedeutet keinen Richtungswechsel, sondern dient lediglich der Abfederung von wachsender Unzufriedenheit und Schäden, die das reibungslose Funktionieren des Systems beeinträchtigen könnten.

Eva-Maria Bruchhaus hat als Redakteurin im Afrikaprogramm der Deutschen Welle gearbeitet und war dann als Beraterin von Entwicklungshilfeorganisationen überwiegend in Afrika tätig. Jetzt ist sie im Ruhestand und im Vorstand von medica mondiale, einer Frauenorganisation, die sich für die Opfer von sexualisierter Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten einsetzt.

(erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 10-11/07)

Krankenstation in Liujiazhuang, Provinz Shanxi

Ganz gewöhnlicher Kapitalismus

oder: Was ist an Chinas Marktwirtschaft »sozialistisch«?, fragt Thomas Sablowski

I Mich haben unter anderem folgende Fragen interessiert:

1. Inwieweit ist China ein kapitalistisches Land? Welches Potential gibt es für eine sozialistische Entwicklung heute noch in der Kommunistischen Partei und in der Gesellschaft insgesamt?
2. Die Entwicklung der letzten Jahre war durch eine zunehmende Exportabhängigkeit gekennzeichnet. Wie sind die Aussichten für den Übergang von der exportorientierten Entwicklung zu einer stärker binnenmarktzentrierten Entwicklung? Ist so etwas wie eine nachholende fordistische Entwicklung möglich, die das ganze Land erfasst und sich nicht nur auf eine mehr oder minder breite Mittelklasse in den Städten beschränkt?
3. Wie sind die Aussichten für die Entwicklung einer unabhängigen Arbeiterbewegung? Gibt es Ansätze für die Entstehung dauerhafter Organisationen? Gibt es Ansätze für die Vernetzung von Kämpfen über einzelne Betriebe bzw. einzelne Orte hinaus? Können sich die Gewerkschaften von Staatsapparaten hin zu »echten« Interessenvertretungen der Lohnabhängigen entwickeln?
4. Welche Widersprüche bringt die gegenwärtige Entwicklung mit sich und an welchen Widersprüchen entzünden sich Kämpfe?
5. Welche Oppositionskräfte gibt es? Gibt es Ansätze einer linken Opposition?

II Mein Bild von China ist erheblich konkreter geworden, und ich habe im Einzelnen sehr viel gelernt. Generell stellt sich natürlich das Problem, inwieweit aus den Reiseeindrücken allgemeine Schlussfolgerungen gezogen werden können. In meiner Einschätzung, dass China heute ein kapitalistisches Land ist, bin ich mir jetzt aber noch sicherer als zuvor. Es handelt sich auch nicht um »Staatskapitalismus«, was immer das sein mag, sondern um ganz gewöhnlichen Kapitalismus. Die von der Kommunistischen Partei vorgenommene Selbstzuschreibung der »sozialistischen Marktwirtschaft« halte ich für ideologischen Humbug. Die Arbeitskraft ist in China weitestgehend Ware und wird zum Teil auf brutalste Weise ausgebeutet. Was an dieser Marktwirtschaft »sozialistisch« sein soll, bleibt schleierhaft. Was die Potentiale für eine sozialistische Entwicklung in der Kommunistischen Partei und in der Gesellschaft angeht, so bin ich jetzt noch skeptischer, als ich es vorher schon war. Mir scheint, dass sich die Konflikte innerhalb der Kommunistischen Partei im Wesentlichen zwischen einer »neoliberalen« und einer »sozialdemokratischen« Tendenz abspielen. Es gibt wohl noch eine kleine maoistische, traditionsorientierte Strömung, die aber marginal ist und deren Vertreter nach und nach wegsterben. Von einer modernen sozialistischen Linken innerhalb oder außerhalb der Partei konnte ich bisher nichts wahrnehmen.

Es gibt im Moment keine Anzeichen, dass die Tendenz zu einer zunehmenden Exportabhängigkeit der chinesischen Wirtschaft umgekehrt werden könnte. Die Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung bleibt sehr beschränkt. Zwar hat die Regierung ja angeblich das Problem der wachsenden sozialen Polarisierung zwischen Stadt und Land erkannt und einige Gegenmaßnahmen ergriffen, doch bezweifle ich, dass diese Maßnahmen die allgemeinen Trends umkeh-

ren. Einkommensgewinne für die Arbeiter hängen davon ab, ob sich unabhängige Gewerkschaften entwickeln, ob die Arbeiter erfolgreich für höhere Löhne streiken können usw. Danach sieht es im Moment nicht aus. Trotzdem beruht das chinesische Wirtschaftswachstum sicher nicht alleine auf dem Export. Alleine das Konsumpotential der städtischen Mittelklasse ist bereits gewaltig. Hinzu kommt die staatliche Nachfrage, die sich vor allem auf den Aufbau der Infrastruktur richtet (Straßenbau etc.). Zusammengenommen verleiht das dem Akkumulationsregime doch einige Stabilität.

Versuche von Arbeitern und Bauern, ihre Interessen zu artikulieren, stoßen auf äußerste Schwierigkeiten. Es gibt zwar täglich irgendwo kleine Streiks und Arbeitskämpfe, doch bleiben die bisher vereinzelt und lokal. Jeder Ansatz zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften wurde bisher im Keim erstickt. In der Provinz Guangdong gibt es vielleicht ein Dutzend NGOs, die sich der Interessen der Arbeiter annehmen und die am Rande der Legalität arbeiten. Die Nähe zu Hongkong und die Unterstützung durch NGOs in Hongkong spielt hier eine wichtige Rolle. In anderen Provinzen sieht es mit Versuchen der Organisierung noch wesentlich düsterer aus als in der Provinz Guangdong.

III Alle meine Fragen können nicht ein für alle mal beantwortet werden, sondern bleiben aktuell, da es sich um einen offenen historischen Prozess handelt.

IV Die staatliche chinesische Gewerkschaft ist ja vom Gewerkschaftsgesetz her auf eine Vermittlerrolle zwischen Kapital und Arbeit festgelegt. In gewisser Weise erinnert mich das an das deutsche Betriebsverfassungsgesetz und die widersprüchliche Aufgabenbestimmung der Betriebsräte. Sicherlich lassen die widersprüchlichen Bestimmungen des chinesischen Gewerkschaftsgesetzes einigen Spielraum für unterschiedliche Interpretationen und Selbstverständnisse von Akteuren in den Gewerkschaften. Wir haben mit Gewerkschaftern gesprochen, die sich eher als Interessenvertreter der Lohnabhängigen verstanden, und wir haben mit anderen gesprochen, die eher ein staatstragendes Selbstverständnis hatten. Ich wage jedoch die These, dass die staatliche Gewerkschaft sich nicht von selbst zu einer »wirklichen« Gewerkschaft entwickeln wird. Der Spielraum der Gewerkschaft hängt davon ab, wieviel Spielraum ihr die Partei- und Staatsführung gibt. Und dies hängt wiederum davon ab, wie stark der Druck von unten ist. In dem Maße, in dem sich Arbeiterkämpfe und Organisationsversuche von unten entwickeln, wird die Partei- und Staatsführung sicherlich versuchen, die staatliche Gewerkschaft in Richtung einer »wirklichen« Gewerkschaft zu entwickeln, um den Druck von unten zu absorbieren. Ohne Druck von unten wird sich jedoch gar nichts verändern.

Eine Vermittlerrolle in Arbeitskonflikten kann die Gewerkschaft auch nur dort spielen, wo sie präsent ist, d.h. in den staatlichen Unternehmen sowie in ehemals staatlichen Unternehmen, in denen sie sich gehalten hat. In neuen privaten Unternehmen ist die Gewerkschaft in der Regel nicht präsent.

Die Lage der Wanderarbeiter bleibt geprägt durch das Hukou-System, das sie an dem Ort, an dem sie arbeiten, von vornherein zu Bürgern zweiter Klasse macht. Hinzu kommt, dass die Gewerkschaft in den meisten Betrieben, in denen die Wanderarbeiter arbeiten, gar nicht präsent ist. Für mich ist nicht klar, inwieweit die Gewerkschaft überhaupt ein Interesse daran hat, Wanderarbeiter zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten.

V Meine Gegenfrage ist: Welche Gewerkschaften? Das Hauptproblem in China besteht darin, dass es Gewerkschaften im Sinne unabhängiger Interessenvertretungen der Lohnab-

hängigen nicht gibt. Die Hauptaufgabe in China besteht darin, die Koalitionsfreiheit, das Streikrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen überhaupt erst durchzusetzen. Die offiziellen Gewerkschaften sind nach wie vor Staatsapparate und nur dem Namen nach Gewerkschaften.

VI Wir haben einige Dörfer gesehen, aber es bleibt unklar, inwieweit die Situation dort für die Lage auf dem Lande insgesamt typisch ist. In den Dörfern, die wir gesehen haben, waren Fortschritte unverkennbar. Mir scheint, dass die wenigsten Haushalte auf dem Lande heute noch ausschließlich von der Landwirtschaft leben. Vielmehr werden Einkommen aus verschiedenen Quellen gepoolt. Die Haushalte auf dem Lande sind in der Regel halbproletarische Haushalte. Der Aufbau der Straßeninfrastruktur treibt den Proletarisierungsprozess rasch voran. Mit dem Hukou-System wird nach wie vor versucht, die Landflucht einzudämmen. Unklar bleibt für mich, inwieweit eine Industrialisierung auf dem Lande die Landflucht begrenzen und zu einer ausgeglicheneren Regionalentwicklung führen kann. Ich habe keine Vorstellung vom Potential der township and village enterprises (TVI), von denen oft die Rede ist. Eine richtige Auseinandersetzung um unterschiedliche Konzepte zur ländlichen Entwicklung konnte ich nicht wahrnehmen.

VII Ich denke, dass die Arbeit in der Stadt – trotz aller Ausbeutung und Unterdrückung – auch die Erfahrung möglicher Freiheit einschließt. Die WanderarbeiterInnen lernen andere Lebensverhältnisse kennen, erfahren, dass es Alternativen zu der Lebensweise auf dem Lande gibt. Viele werden nicht mehr aufs Land zurückkehren wollen, sondern in den Städten bleiben. Dies gilt sicher insbesondere für Frauen, die mit der Wanderarbeit auch ein Stück weit aus patriarchalischen Verhältnissen freigesetzt werden. China Daily meldete am 9. Oktober 2007, dass es in Guangzhou 300 000 weibliche Singles über 30 Jahren gibt, aber nur 200 000 männliche Singles. In dem Artikel wurde gemutmaßt, dass die Frauen zu beschäftigt und zu wählerisch geworden seien. Dies könnte ein Hinweis auf die aufbrechenden Widersprüche sein.

VIII Die »sozialistische Marktwirtschaft« in China erweist sich als Rettung für den globalen Kapitalismus – auf Jahrzehnte hinaus. Die Überakkumulation in den kapitalistischen Zentren würde sich noch viel gravierender darstellen, gäbe es China nicht. Der Kapitalexport nach China führt zu einer Steigerung der durchschnittlichen Profitrate, weil dort zumindest teilweise die gleichen Arbeitsprozesse wie in den Zentren, aber mit wesentlich höherem Ausbeutungsgrad stattfinden können. Überdies ist China auch als Absatzmarkt höchst bedeutsam. Alleine die heute existierende chinesische Mittelklasse mit mehreren hundert Millionen Menschen stellt einen Markt dar, der vom Potential her mit dem der USA oder der EU vergleichbar ist. Die Formierung einer Arbeiterbewegung in China und die Durchsetzung höherer Löhne könnte die Funktion Chinas als Absatzmarkt sogar noch verstärken. Andererseits verschärft sich das Problem der weltweit existierenden Überkapazitäten gerade durch den gewaltigen Investitionsboom in China weiter. Chinas Exportabhängigkeit ist in den letzten Jahren weiter angestiegen, d.h. die chinesische Industrie ist zunehmend auf die Absatzmärkte in den USA und den anderen Zentren angewiesen. Insofern werden die existierenden Widersprüche durch die chinesische Entwicklung auf höherer Stufenleiter reproduziert. Wenn die chinesischen Finanzmärkte weiter liberalisiert werden, können wir mit wachsenden Instabilitäten rechnen.

Thomas Sablowski ist Sozialwissenschaftler und lebt in Frankfurt a.M.

(erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 10-11/07)

Bergdorf Laojing, Provinz Shanxi

Unterweisungen zum Umgang mit Elektrizität in Laojing

Chinesisch-kanadisches Entwicklungsprojekt: eine Wasserstelle für das Dorf Laojing

Revolutionäre Harmonie

Bodo Zeuner schaut sich um auf der »Baustelle China«

I Ich wollte mehr über diesen sich in China neu entwickelnden Kapitalismus wissen: Wie wälzt er die Gesellschaft, die Arbeitswelten, die Sozialstruktur und die Kultur um? Wo liegen Widerspruchs- und Konfliktpotentiale? Welche Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat der Staat – anders als z.B. im russischen Kriminal- und Ausverkaufskapitalismus unter Jelzin – in der Hand behalten oder neu entwickelt? Gibt es vielleicht einen »Sino-Keynesianismus«?

Speziell interessierte mich die Interessenvertretung der abhängig Arbeitenden. Ich ging davon aus, dass es sich beim Allchinesischen Gewerkschaftsbund ACFTU um eine staatlich gelenkte Institution, um eine Massenorganisation der Einheitspartei, in den Betrieben auch um eine gelbe, weil von den Arbeitgebern direkt beherrschte Scheingewerkschaft handle, die nicht streiken darf und will und von der keinerlei ernsthafte und unabhängige Interessenvertretung zu erwarten sei. Andererseits hörte man von massenhaft punktuellen autonomen Streiks, Kämpfen und auch Kampagnen für ArbeiterInnenrechte, z.T. von NGOs unterstützt, die allerdings unterdrückt und durch den repressiven Staat an jeder Verallgemeinerung und Vernetzung gehindert würden. Ein brutaler Kapitalismus ohne Gewerkschaften also? Gewiss ist das möglich. NS-Deutschland und viele US-unterstützte Diktaturen haben es vorgemacht. Möglich ist das schon, aber, so meine Hoffnung und Hypothese, stabil und dauerhaft kann es nicht sein.

Ganz traditionell-marxistisch – und im Gegensatz zu dem, was die KPCh als ihren »Marxismus« ausgibt – bin ich davon ausgegangen, dass sich in China, vielleicht analog zur Industrialisierung und zum Frühkapitalismus im Westen, ein sich verschärfender Klassengegensatz auftut, der seine Ausdrucksformen sucht, zu denen auch Gewerkschaften gehören, die nicht hierarchisch dem Staat und/oder den Arbeitgebern unterstellt sind.

II Die kapitalistische Revolution in China hat stattgefunden und findet weiter statt, mit anhaltend atemberaubender Wachstumsdynamik und Gesellschaftsspaltung, aber es zeigen sich sehr deutlich soziale, kulturelle und politische Grenzen dieser Entwicklung. Es gibt eine Stimmung des »So kann es nicht weitergehen«, der Einsicht in die Notwendigkeit staatlicher und planerischer Einhegung des – vielleicht noch nicht vollständig – entfesselten Kapitalismus, des sozialen Ausgleichs, des Ausbaus von Arbeiterrechten, von Sozialversicherungen, von der Sozial- und Umweltverträglichkeit künftiger Investitionen. Das alles scheint die KP ja mit ihrem Slogan der »harmonischen Gesellschaft« zu meinen. Es gibt Lockerungen des von einigen Kritikern so genannten »Apartheidsystems« zwischen Landbewohnern und Städtern, wenngleich keineswegs eine Aufhebung der rechtlichen Spaltung zwischen den beiden Gruppen. WanderarbeiterInneninteressen in den Städten werden aber etwas stärker beachtet, und auf dem Land hat man uns interessante Entwicklungsprojekte gezeigt, mit Menschen, die zugleich hoffnungsvoll und unzufrieden, etwa mit ihrer Gesundheitsversorgung und den Bildungschancen ihrer Kinder, waren.

Die Landbewohner sind aber nicht abgekoppelt von den Informationen aus den Metropolen des Landes. Sie sehen fern, bekommen die scheußliche TV-Werbewelt ebenso mit wie politische

Leitlinien und Debatten. Die Landbewohner sind keine Analphabeten und auf Dauer auch keine genügsamen Dörfler. Ihren Ansprüchen auf Gleichbehandlung und Gleichstellung mit den Städtern wird sich jede Regierung zu stellen haben.

Inwieweit der Staat bzw. die KPCh in der Lage ist, den Kapitalismus sozial- und umweltverträglich einzuhegen und die gesellschaftliche Entwicklung zu steuern, dazu konnten wir in drei Wochen nur verstreute Indizien und Auskünfte einsammeln. Für mich ergibt sich ein wackeliges und uneinheitliches Bild mit vielen leeren Stellen.

Der Staat kann etwa in der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung, aber auch bei der Festsetzung von Höchstpreisen und Mindestlöhnen, bei der Erhöhung und Senkung von Steuern, bei der Ausweitung oder Einschränkung der Rechte von WanderarbeiterInnen, ganz offensichtlich regulierend und gestaltend eingreifen. Da fast alle inländischen KapitalistInnen Mitglied der KP sind, gäbe es auf diesem Wege auch Möglichkeiten der Einbindung der neuen Bourgeoisie – freilich ist ebenso das Umgekehrte denkbar: Die KP wird zu einer von der neuen Bourgeoisie beherrschten Partei, bzw. ihre führenden Kader gehen eine Symbiose mit dem Kapital ein, die mit dem Begriff »Korruption« gar nicht angemessen beschrieben ist: Eher geht es um die Privatisierung von Teilen des vormals öffentlichen Interessen verpflichteten Staatsapparats – wozu es bei uns und vor allem in den USA mit der Privatisierung auch zentraler Staatsaufgaben (Gefängnisse, Militär) bemerkenswerte Parallelen gibt. Dass in China dieser Korruptions- und Privatisierungsprozess nicht nur in etlichen Städten und Provinzen, sondern auch im Gesamtstaat schon so weit fortgeschritten ist, dass eine Instanz, die gemeinwohlorientiert agieren könnte, gar nicht mehr vorhanden ist, wie es einige Theorien der totalen und systemischen Korruption behaupten, das bezweifle ich.

Dass es eine Instanz geben muss, die für Gemeinwohl und Gerechtigkeit zuständig ist, gehört ebenso zur chinesischen wie zur europäischen Tradition des politischen Denkens. Und, das ist das bleibende Verdienst der kommunistischen Revolution von 1949: Die Herrschenden können sich dem Anspruch, dass letztlich alle ChinesInnen gleiche Lebenschancen haben sollen, nicht entziehen, auch wenn dem Deng'schen Heilsversprechen, dass, wenn »einige früher reich werden«, dies allen nütze, bislang noch ebenso grundlos geglaubt wird wie früher manchen Heilsversprechen Maos.

Insgesamt: Ich denke, dass sich in China nicht einfach eine Kopie des Weltkapitalismus oder gar des US-Modells, sondern ein spezifischer Sinokapitalismus entwickelt, bei dem staatliche Steuerung eine stärkere Rolle spielen wird als im Westen.

III Es gibt Widersprüche, denen man ein Sprengpotential zutraut, vielleicht sogar die Chance der dialektischen Entwicklung zu höheren Stufen – und es gibt schwer durchschaubare, komplexe Gegensätzlichkeiten, Ungleichzeitigkeiten, Ambivalenzen, aus denen man lieber keine Erwartungen und Prognosen ableiten sollte, weil man sie (noch?) nicht richtig verstanden hat. Die meisten meiner Wahrnehmungen gehören zur zweiten Kategorie.

Aber eine Erwartung habe ich in China erst gewonnen, und ich bin mir ihrer ziemlich sicher: China ist kein unterentwickeltes Land mehr, auch auf dem Lande nicht. Und das heißt: Wir haben nicht nur die chinesische Großstadtbevölkerung, die mit 500 Millionen Menschen schon zahlreicher ist als die Einwohnerschaft der ganzen EU, sondern auch die 800 Millionen Landbewohner als Weltbürger ernst zu nehmen und zu akzeptieren, ja zu begrüßen.

Anders ausgedrückt: Die Herrschaft des weißen Mannes ist – selbst im Rahmen eines globali-

sierten Weltkapitalismus – zu Ende. Das westlich-kapitalistische Weltsystem wird, gerade weil sich China ihm angeschlossen hat, China wegen dessen schierer Größe und dessen politischer Potenz nicht mehr zur Peripherie degradieren und dort halten können, wie dies viele Jahrzehnte mit Lateinamerika gelang, und wie es der europäische Imperialismus seit den Opium-Kriegen und den »ungleichen Verträgen« eben auch mit China ein Jahrhundert lang praktiziert hat.

1 300 Millionen ChinesInnen, das sind mehr als die Bevölkerung von Europa und Nordamerika, aber fast ebenso viele, wie noch einmal in Indien leben und ähnliches anstreben, haben sich aufgemacht, das materielle Lebensniveau der OECD-Bürger zu erreichen – mit Intelligenz, Anpassungsfähigkeit, Opferbereitschaft und (National-)Stolz. Die westlich-kolonialistische Erwartung, diese Menschen in Asien auf Dauer in einem Zustand bedürfnisarmer Abhängigkeit halten zu können, ist schon jetzt definitiv widerlegt.

Westliche Linke sollten sich über diesen Effekt der Globalisierung, über dieses tendenzielle Gleichziehen Chinas mit dem Westen eher freuen als erschrecken. Haben Linke nicht immer die Universalität der Menschenrechte gefordert, also gleiches Recht auf ein gutes Leben für alle Erdenbewohner? Nun gilt es mit diesem Prinzip ernst zu machen. Man stelle sich einen US-Präsidenten oder einen EU-Präsidenten vor, der in seiner ersten Regierungserklärung sagt:

»Das Ziel unseres Strebens nach Demokratisierung der ganzen Welt ist selbstverständlich die Gleichstellung aller Menschen auf dieser Welt, und deshalb richten wir uns darauf ein, dass in naher Zukunft in einer demokratischen Weltgemeinschaft bisher von uns wahrgenommene Führungsaufgaben auf Asien, insbesondere auf China und Indien, übergehen, weil dort mehr Menschen leben als bei uns und weil diese Menschen dieselben Menschenrechte haben wie wir. Wir werden alle Anstrengungen für einen friedlichen Übergang unternehmen und unsere Werte in eine demokratische Weltgemeinschaft, in der wir Anglo-Europäer eine Minderheit sind, einbringen.«

Undenkbar? – Aber erst wenn dies denkbar wird, nehmen wir die Menschenrechte als universale Rechte ernst. Demgegenüber sind die üblichen Menschenrechtsforderungen der Europäer gegenüber China, die sich meist auf ethnisch-religiöse Minderheiten (Tibeter, Uiguren) konzentrieren, nicht unberechtigt, aber niedrigrangig.

Das gilt allerdings nicht für die Forderung nach dem, was die Deutschen »Rechtsstaatlichkeit«, die Angelsachsen »rule of law« nennen. Hier geht es um ein System, ja um einen staatlichen Apparat, der überhaupt erst durchsetzt, dass das Recht gilt, dass Menschen zu ihrem Recht kommen. Dazu bedarf es unabhängiger Gerichte und Ermittlungsbehörden und der Geltung des Rechts gegenüber allen, auch gegenüber staatlichen Funktionären und gegenüber denen, die durch Reichtum mächtig sind.

Soweit wir etwas darüber erfahren konnten, existiert in China kein »rule of law«, und die Chancen dafür sind angesichts des Primats der Machtsicherung der KP auch nicht gut.

Richter sind nicht unabhängig, sondern Weisungen von Partei/Staat unterworfen. Außerdem sind sie schlecht bezahlt und deshalb korrumpierbar. Schließlich unterliegen 72 Millionen Parteimitglieder überhaupt nicht der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Sie können erst strafrechtlich verfolgt werden, wenn eine Ordnungskommission der Partei dies genehmigt. Da fast alle Inlandskapitalisten Mitglieder der KPCh sind, genießen sie diese zusätzliche Immunität gegen Strafverfolgung – auch bei Verstößen gegen das Arbeitsrecht. So berichtete uns dies Jutta Lietsch, die deutsche Journalistin in Peking, an unserem letzten Aufenthaltstag. Dadurch ver-

stand ich besser, wie es möglich ist, was uns permanent von allen Gesprächspartnern gesagt wurde: Unsere Gesetze sind hervorragend – aber leider stehen sie nur auf dem Papier und begründen keine durchsetzbaren Rechte der Individuen.

Ganz glauben wollte und will ich das nicht. Berechenbare Verhältnisse und Gesetze, die durchsetzbare subjektive Rechte schaffen, gehören überall auf der Welt zu den unverzichtbaren Rahmenbedingungen kapitalistischer Akkumulation. Das war auch im NS-Reich so: Kapitalist A konnte, wenn es um Eigentumsrechte und Zahlungsverpflichtungen ging, gegen Grundbesitzer B und Lieferanten C sowie Kreditgeber D vor Gericht klagen, und dabei ging es rechtsstaatlich-berechenbar zu. Diese rechtsstaatliche Berechenbarkeit galt aber nicht, wenn der politisch oder rassisch Verfolgte gegen willkürliche Inhaftierung und Drangsalierung klagte. Es gab einen »Doppelstaat«, »Rechtsstaat« für das Kapital, Willkürstaat für die Bevölkerung, so hat der berühmte NS-Forscher und Politologe Ernst Fraenkel es für NS-Deutschland analysiert.

Ist das China von Deng, Jiang und Hu auch ein solcher Doppelstaat, der nur für Kapitalisten und Investoren, nicht aber für die Arbeiter, für die Normalbürger Rechtssicherheit garantiert? Man darf hoffen, dass es sich bei der gegenwärtigen Doppelstaatlichkeit um eine Übergangsphase zu mehr Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit für alle handelt.

Warum?

Erstens weil die herrschende Ideologie in China, vor der die herrschende Parteiführung sich legitimieren muss, anders als im mörderisch-rassistischen deutschen Nationalsozialismus, eine Ideologie der Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen ist. Rechtssicherheit nur für die Reichen – das untergräbt die Legitimität, ohne die keine Parteiherrschaft Bestand haben kann.

Zweitens weil durch den wachsenden Wohlstand jedenfalls im oberen Drittel der Gesellschaft eine neue Mittelschicht mit rechtstaatlich-demokratischem Anspruchsniveau entstanden ist. Dass man sich auf die Geltung und Durchsetzbarkeit von Gesetzen nicht verlassen kann, ruft übrigens mehr Empörung hervor, als die Tatsache, dass es an einer Parteienkonkurrenz bei Wahlen fehlt.

IV + V Die staatliche Gewerkschaft, die ACFTU, ist ein bemerkenswerter Papierdrache. Nein, kein Papiertiger im Mao'schen Sinne – das hieße ja einfach nur: Fiktion, Bluff. Nein, die ACFTU steht auf dem Papier als Gewerkschaft. Er ist aber leider kein Drachen. Denn Drachen sind nach chinesischem Verständnis starke, in gutem Sinne wirkende Lebewesen. Aber was ist die ACFTU?

Die ACFTU will, wie jede gute Gewerkschaft, die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter vertreten. Das war unter Mao – wie auch überall im staatskommunistischen Osteuropa seit Lenin – kein Problem: Da ja schon die kommunistische Staatspartei eine Arbeiterpartei war, brauchten sich die Gewerkschaften dieser Partei nur unterzuordnen – als ihre »Massenorganisation«. In den Betrieben gab es eine Leitungs-Troika aus Betriebsleiter, Gewerkschaftssekretär und KP-Sekretär. Unter Deng, also mit den seit Ende der 70er Jahre begonnenen »Reformen«, entstand ein Kapitalismus, den die KPCh bis heute sich selbst und der Bevölkerung als Marktwirtschaft ohne Klassengegensatz zu verkaufen versucht. Das ist offensichtlicher Unfug und widerspricht selbstverständlich allen Erkenntnissen von Karl Marx, auf den die KPCh sich ansonsten immer noch beruft.

Was machen aber nun staatsparteigesteuerte Gewerkschaften in einem Kapitalismus ohne offiziell anerkannten Klassengegensatz, der von brutalster Ausbeutung lebt? Wo sie es können, also in Staatsbetrieben und in Joint Ventures mit hohem Staatsanteil, setzen sie einfach die Troi-

ka-Tradition fort. Das gibt es zum Teil als Personalunion: Derselbe Mann, manchmal auch dieselbe Frau, ist zugleich Personalchef, Parteisekretär und Gewerkschaftschef in einem Unternehmen. In Gesprächen mit GewerkschafterInnen in Kanton (die Stadt Kanton/Guangzhou hat so viele Einwohner wie das größte deutsche Bundesland Nordrhein-West-falen) lernten wir aber auch interne Unzufriedenheit mit der Troika-Tradition kennen. Gewerkschaftsfunktionäre sagten uns etwa:

- Gewerkschaften sollten sich stärker auf die Seite der Arbeitenden stellen und nicht nur eine Vermittlerrolle in Arbeitskonflikten spielen.
- Wenn ArbeiterInnen streiken, dann sollten die Gewerkschaften deren Forderungen ernst nehmen und vertreten. Streiks sind zwar nicht ausdrücklich erlaubt, aber auch nicht ausdrücklich verboten. Manchmal können sie nützlich sein für die Unterstützung der Forderungen der Gewerkschaften.
- Mitglieder des Managements sollten keine führenden Positionen in den Gewerkschaften mehr bekleiden dürfen.
- Die Gewerkschaften müssen gleichermaßen die städtischen ArbeiterInnen und die WanderarbeiterInnen vertreten.

Solche Forderungen klingen für uns zunächst grotesk: Ist es nicht von vornherein Aufgabe der Gewerkschaften, auf der Seite der Arbeitenden zu stehen und Streikforderungen nicht nur aufzugreifen, sondern selber Streiks zu führen? Für eine parteigesteuerte Massenorganisation allerdings sind solche Perspektiven fast schon revolutionär. Im Übrigen sollten sich deutsche GewerkschafterInnen nicht aufs hohe Ross setzen. Manche der Kantoner Forderungen wären auch für deutsche Betriebsratsfürsten, die ihre Rolle als Sozialpartner und Co-Manager verinnerlicht haben, ein harter Brocken.

Andererseits wurden wir in Peking davor gewarnt, die gegenwärtigen Gewerkschaften als wirkliche Interessenvertretung, oder auch als auf dem Wege dazu befindlich, anzusehen – und zwar von renommierten WissenschaftlerInnen, die über industrial relations in China forschen und publizieren. Einer brachte es im small talk auf den Punkt: »Our unions are a fake!« – ACFTU als Mogelpackung also. Dafür spricht, dass uns Juristen der ACFTU in Peking auf die Frage, ob die Gewerkschaften nicht auch in China ein Streikrecht benötigten, zur Antwort gaben, man habe hier ja eine herrschende Partei, die letztlich alle Konflikte zum Besten der Gesellschaft entscheide und löse, so dass Streiks nicht erforderlich seien.

Ich finde es richtig, dass der Weltgewerkschaftsbund die ACFTU, solange dessen Führung von der Partei gesteuert wird und kein Streikrecht haben will, nicht als Mitglied aufnimmt. Andererseits sollten Reformansätze in Richtung auf echte Gewerkschaften von den europäischen Gewerkschaften differenziert unterstützt werden. Denn auch wenn es in der Volksrepublik China noch keine organisierte Arbeiterbewegung gibt – die ArbeiterInnen lassen sich längst nicht mehr alles gefallen: Sie bewegen sich.

Kann diese Bewegung zu mehr internationaler Solidarität führen? – Sie könnte und sollte, aber der Weg dorthin ist steinig und weit. Denn anzuerkennen ist, dass die niedrigeren Löhne für die chinesischen KollegInnen ein komparativer Wettbewerbsvorteil sind, der ihnen nicht genommen werden darf. Das Gefälle kann nicht eingeebnet werden, und es ist mit weiteren Verlagerungen arbeitsintensiver Produktion nach China zu rechnen. Andererseits artikulieren ChinesInnen selber zunehmend Ansprüche nach besserem Leben für alle, nach gerechterer internationaler Verteilung der Profite und binnennationaler Verteilung der Wachstumserlöse. Das heißt: Eine Verminderung des Gefälles und eine Durchsetzung internationaler Kernarbeitsnormen liegt auch in ihrem Interesse.

Eine Schlüsselszene unserer dreiwöchigen Erkundungen in China war für mich das Treffen mit VertreterInnen der mittleren ACFTU-Ebene (LeiterInnen von Branchen- und Betriebsgewerkschaften) in Kanton. Gegen Ende des Erfahrungsaustauschs fragten wir nach dem möglichen Verhalten von Gewerkschaftern bei Produktionsverlagerungen aus Deutschland nach China: Sollten sich in solchen Fällen die chinesischen und deutschen GewerkschafterInnen, vielleicht im Rahmen eines Weltbetriebsrats, zusammensetzen, gegenseitig informieren, gemeinsame Lösungen suchen? Eine chinesische Kollegin sagte, da ja klar sei, dass die ChinesInnen dabei die Gewinner, die Deutschen die Verlierer seien, habe es keinen Sinn, mit den Verlierern zu reden. Daraufhin riskierte einer von uns eine Provokation an der Grenze der Gasthöflichkeit: Was würden die chinesischen GewerkschafterInnen sagen, wenn die deutschen Gewerkschaften in einer solchen Situation zu einem Boykott chinesischer Waren aufriefen? Nach einigem Nachdenken gab es zwei Reaktionen:

1. Die Leiterin der internationalen Abteilung der Gewerkschaft bekannte sich zur internationalen Solidarität und schlug vor, dass in solch einem Falle für die Deutschen eben andere, höherwertige Arbeitsplätze, samt entsprechender Umschulung, geschaffen werden müssten.
2. Ein deutscher Teilnehmer sagte: Das Problem sei schwierig, weil es die Frage gerechter Verteilung betreffe. Er habe gehört, dass die nordamerikanischen Automobilarbeitergewerkschaften sich auf das Prinzip verständigt hätten, dass die Investitionssummen zwischen USA und Kanada entsprechend den Bevölkerungszahlen zu verteilen seien. Dasselbe Prinzip könnte doch auch für Europa und China gelten.

Beide Antworten scheinen mir vernünftig. In beiden Antworten steckt die Hoffnung auf eine Instanz, die die Ökonomie im Sinne vernünftiger Gemeinwohlziele zu steuern vermag – also das Gegenteil der herrschenden neoliberalen Marktreligion. Die zweite Antwort, die auch bei den ChinesInnen Erstaunen auslöste, aber nimmt unsere bewussten oder unbewussten kolonialistischen Denkprämissen aufs Korn. Gleichverteilung von Investitionen nach Bevölkerungszahl – das ist die ökonomische Operationalisierung eines Ziels, zu dem wir uns bekennen, ohne es bisher vollständig durchdacht zu haben: Universalismus der Menschenrechte, insbesondere der sozialen Menschenrechte.

VII Die Geschlechterfrage war in unserem Programm nicht ein eigenes Thema, sondern sollte eine Querschnittsfrage sein, was hieß, dass sie oft auch unterging. Dazu zwei widersprüchliche Impressionen:

1. Dass es bei der besonderen Ausbeutung der WanderarbeiterInnen noch spezifische Formen der Frauenunterdrückung gibt, wird jedenfalls von den NGOs der labour activists im Perlflussdelta seit einiger Zeit anerkannt: Es wurden besondere Abteilungen für die Beratung und das *empowerment* von Wanderarbeiterinnen eingerichtet.
2. Die Stadt-Land-Spaltung führt, verbunden mit dem Fehlen sozialer Sicherungssysteme, auch gesetzlich zu einer Diskriminierung von Frauen. Landbewohnern ist es, als Ausnahme von der Ein-Kind-Politik, erlaubt, ein weiteres Kind zu haben, wenn das Erstgeborene ein Mädchen ist. Der Grund: Mädchen sind, wie seit je in der chinesischen Tradition, für die Alterssicherung wertlos, weil sie nach der Heirat der Familie des Ehemannes zugehören. Nur Söhne sichern, mangels gesetzlicher Altersrente, ein Überleben im Alter.

VIII Die Frage ist zu groß und kommt mir zu früh. Der chinesische Kapitalismus ist krisenhaft wie jeder Kapitalismus. Trotz zu erwartender Rückschläge, Abstürze und Konflikte er-

warte ich keinen Trend zurück in Unterentwicklung und Bescheidenheit. China wird eine führende weltkapitalistische Macht sein, über deren nationale Steuerungsfähigkeit wir noch zu wenig wissen. Wie überall im globalen Kapitalismus verschärft sich auch in China die Spaltung in Arm und Reich, die Spaltung auch nach dem Besitz von Produktionsmitteln, also nach Klassen. Viel wird davon abhängen, ob die chinesische Arbeiterklasse ihre internen Abschottungen: Staatsbeschäftigte vs. Privatbeschäftigte, Stadtresidenten vs. Wanderarbeiter, zu überwinden in der Lage ist. Bisher gibt es dafür nur schwache Ansätze. Noch schwächer sind die Ansätze zu globaler Solidarität der vom globalen Kapitalismus zueinander in Konkurrenz Gesetzten. Gleichwohl: Hier liegt die einzig humane und vernünftige Perspektive.

Bodo Zeuner lebt in Berlin und ist Prof. a.D. für Politikwissenschaft

(erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 12/07)

»Lernen von Dazhai«:
Heimatmuseum in Dazhai

Kunstmarkt und Galerieviertel »798«
in Beijing

Mobiler Arbeitseinsatz im modernen Kapitalismus

Irmtraud Schlosser zur Situation von Wanderarbeitern in China

I Über China als Billiglohnland sehe und höre ich jeden Tag Neues in Zeitung und TV und zuweilen auch, unter welchen Arbeitsbedingungen die preiswerten Schuhe, T-Shirts und Spielzeuge hergestellt werden. Die Berichte über die Recht- und Wehrlosigkeit junger chinesischer Arbeiterinnen und Arbeiter, die, wenn sie krank oder verletzt ganz auf sich selbst gestellt sind, machten mich nachdenklich. Ich wollte mehr über die Arbeitsbedingungen in China erfahren. Insbesondere wollte ich wissen, wie Wanderarbeiter in den städtischen Produktionszonen leben und wie es in den Dörfern aussieht, aus denen sie kommen.

Den medial aufgebauschten Konkurrenzängsten wollte ich meine eigene Anschauung entgegensetzen. Was hat es also mit der »gelben Gefahr« auf sich, chinesische Lohnarbeit könne mittelfristig als Maßstab für europäische Lohnarbeit gelten? Bedingungslose Konkurrenz weltweit?

II China beeindruckt nicht nur durch seine modernen Großstädte, deren Hochhäuser mit unzähligen, wie Waben angeordneten Fenstern und Balkonen einen Eindruck des Lebens in hochverdichteten Megastädten vermitteln. Dass der Zuzug von so vielen jungen Menschen in die Städte, meist zwischen 17 und 20, selten über 30 Jahre alt, noch nicht zum Ende gekommen ist, ahne ich, als ich in Shenzhen und Guangzhou die vielen Baukräne sehe: noch mehr Hochhäuser, noch mehr Geschäftszentren in Granit, Marmor und Glas. Dazwischen immer wieder die älteren Fabriken, die zu Beginn der damaligen Sonderproduktionszone in den 80er Jahren entstanden. Schon lange reicht hier der Patz nicht mehr, neuere Produktionsstätten sind außerhalb der Stadt angesiedelt, die Werk- und Wohnbereiche dehnen sich mittlerweile 50 – 80 km weit in das Land aus. Der Boom scheint kein Ende zu nehmen.

Die Menschen in den Straßen der Stadt wirken sehr geschäftig. Angespannt warten sie auf die wenigen öffentlichen Busse, die, wenn sie kommen, total überfüllt sind. Die Menschen sind müde von der Arbeit und schlafen, wenn's sein muss, auch im Stehen. Autos bewegen sich üblicherweise im Schritttempo, denn es sind überall zu viele, die sich zugleich fortbewegen wollen.

Mich hat vor allem die große Zahl der Wanderarbeiter, ca. 200 Millionen, beeindruckt. Als »Wanderarbeiter« gelten in China Binnenmigranten vom Lande, die in den Metropolen nach günstigen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten suchen. Viele von ihnen leben in Unterkünften direkt auf dem abgezäunten Werksgelände. Andere wohnen in Hochhäusern in den Außenbezirken in der Nähe der Fabriken, wo sie sich zu mehreren eine Wohnung teilen, denn Mieten sind teuer. Wieder andere, vermutlich solche, die erst vor kurzem in die Stadt gekommen sind und noch keinen Anschluss an andere Wanderarbeiter gefunden haben, leben auf der Straße, sie tun sich zu kleinen Gruppen zusammen und übernachten vor den Eingängen größerer Geschäftshäuser oder in Parks. So haben wir es in Guangzhou und Shenzhen gesehen.

Wanderarbeiter, auch wenn sie im Besitz einer offiziellen Arbeitserlaubnis durch die Arbeits-

behörde sind, haben weniger Rechte als lokal ansässige Arbeiter und haben auch die schlechteren und gesundheitsgefährdenden Jobs. Ihre soziale Sicherung ist unvollständig, da sie keine Arbeitslosen- und Rentenversicherung abschließen können. Zwar ist es seit 2006 möglich, sich gegen Krankheit und Unfälle zu versichern, und Frauen erhalten auch Mutterschutz. Aber nur die wenigsten nehmen diese Rechte wahr, weil sie Lohnabzüge vermeiden wollen. Die Anwartschaft auf Versicherung, die früher an den Betrieb bzw. an die Provinz gebunden war, kann jetzt, jedenfalls in einigen Provinzen, auf nachfolgende Beschäftigungsverhältnisse übertragen werden.

Wanderarbeiter sind also in vieler Hinsicht Arbeitskräfte zweiter Klasse. Sie arbeiten teilweise ohne Arbeitsvertrag und haben dann keine Handhabe, ihren Lohn einzufordern, wenn der Arbeitgeber ihn nicht oder zu spät auszahlt, wie uns mehrfach berichtet wurde. Immer wieder kommt es zu Streiks, weil Wanderarbeiter nur so Druck entfalten können, um ihre nicht oder nicht vollständig ausgezahlten Löhne einzufordern. In den staatlichen Produktionsbetrieben werden Wanderarbeiter vom ACFTU, der staatlichen Gewerkschaftsorganisation betreut. In den Staatsbetrieben arbeiten jedoch nur wenige Wanderarbeiter. Die große Zahl ist in Privatbetrieben tätig, fast ausschließlich ohne eigene Interessenvertretung, denn sie scheitert üblicherweise am Widerstand der Firmenleitung. Ordnungspolitisch zuständig für Wanderarbeiter sind die örtlichen Arbeitsbehörden, deren Personalausstattung eine funktionierende Kontrolle der Arbeitsbedingungen in den Privatbetrieben von vornherein ausschließt. Beschwerden über unzulässige Arbeitsbedingungen können Wanderarbeiter an die zuständige Behörde richten, aber nur in den wenigsten Fällen sind sie erfolgreich. Die Arbeitsbehörden haben üblicherweise wenig Interesse, Konflikte mit privaten Firmeneigentümern einzugehen.

Im Perlflussdelta haben wir mehrere NGO's kennen gelernt, die Wanderarbeiter in Rechts- und Gesundheitsfragen beraten. Die Mitglieder der NGO's, oft selbst ehemalige Wanderarbeiter, müssen ständig mit Repressalien rechnen, wie jüngst in der Stadt Longgang (unweit Shenzhen), wo das Beratungsbüro einer NGO durch unbekannte Schläger im November 2007 nicht nur verwüstet, sondern der Berater Huang Qingnan auch lebensgefährlich verletzt wurde (vgl. Bericht in express Nr. 12/2007).

Nach wie vor haben Wanderarbeiter kein Aufenthaltsrecht als Bürger der Stadt, sie werden als Arbeitskräfte kaum mehr als geduldet, und ihre Aufenthaltserlaubnis ist an die Beschäftigung im Betrieb gebunden. Ist diese abgelaufen, sind sie »sans papiers«. Als Bürger der Stadt gelten lediglich registrierte Einwohner mit dauerndem Aufenthalts- und Wohnrecht sowie dem Recht auf soziale (Alters- und Arbeitslosenver-) Sicherung. Nur die Kinder der Registrierten haben das Anrecht auf einen Platz in der Schule.

Die unzureichenden Rechte der Wanderarbeiter als Bürger und als Arbeitskräfte sind politisch gewollt. Der Hongkonger Publizist Au Loong Yu nennt die auf sozialer Unsicherheit beruhende gesellschaftliche Ungleichheit ein System der »Apartheid«, eine scharfe Trennung zwischen den als Bürgern registrierten Bewohnern und den nicht registrierten (legal und nicht legal arbeitenden) Wanderarbeitern. Dabei geht es nur vordergründig um die Furcht vor massiver Landflucht. Die findet ohnehin statt. Als Global Player hat China ein Interesse, das Lohnniveau im internationalen Konkurrenzkampf niedrig zu halten und soziale Unsicherheit in ihrer disziplinierenden Wirkung beizubehalten. Chinesische Wanderarbeiter und ihre rechtliche Diskriminierung sind also vorteilhaft für dauerhaft hohe Profite des in- und ausländischen Kapitals.

Die politisch verordnete Trennung der Städte und Dörfer spaltet die Bewohner in sozial, kul-

turell und ökonomisch getrennte Lebenswelten. Ist in den modernen Städten die Dynamik der Markt- und Konkurrenzbeziehungen bestimmend, fehlt diese auf dem Land fast gänzlich. Die Bauern können ihre Produkte selten selber auf dem Markt anbieten, wie wir beim Besuch von mehreren Dörfern im Kreis Zonquing, ca. 500 km südwestlich von Peking, erfahren konnten. Soweit wir gesehen haben, ist die Infrastruktur unzureichend, zuweilen fehlte der direkte Zugang zu Wasser und Verkehrsanbindungen (unterentwickelter öffentlicher Nahverkehr, viele Straßen werden z.Z. erst gebaut). Auf kleinen, von der Gemeinde zugeteilten Ackerflächen bauen die Bewohner der Dörfer überwiegend in Handarbeit Getreide und Gemüse an. Ein großer Teil der Ernte wurde bis vor wenigen Jahren zu staatlichen Festpreisen von den Behörden aufgekauft. Der Aufkauf entfällt heutzutage, jedoch werden Bauern durch ein umfangreiches Steuer- und Abgabensystem belastet, die Hauptursache für steigende Armut und Existenznot (vgl. dazu auch: Chen Guidi/ Wu Chuntao: »Zur Lage der chinesischen Bauern«, Frankfurt a.M. 2006).

Wir hatten den Eindruck, dass auf dem Land die Ein-Kind-Politik sehr freizügig gehandhabt wird. In den meisten Familien wächst nicht nur ein Kind auf, sondern zwei, drei oder mehr Kinder. Kinder sind hier immer noch die einzige Altersversicherung. Formell ist die Alterssicherung mit dem zugeteilten Stück Land abgegolten. Die Bewohnerschaft der Dörfer nimmt weiterhin zu, die Ackerfläche aber bleibt gleich. Die junge Generation ist deshalb zur Migration in die Städte gezwungen.

Wanderarbeiter sind das zentrale Bindeglied zwischen Stadt und Land, sie sind es, die Erspartes in die Dörfer zurückbringen, um die Lebenssituation dort erträglicher zu machen. Dennoch zwingen die Lebensverhältnisse auf dem Land sie dazu, in den Städten auf Dauer Fuß zu fassen.

Es gibt Hinweise auf einen Wandel in der Landwirtschaft.

1. Im Sinne einer endogenen ländlichen Entwicklung versteht sich ein Förderprogramm im Kreis Zonquing. Uns wurde über die großflächige Anpflanzung von Walnussbäumen berichtet, verbunden mit der Option, die Früchte auf dem Markt verkaufen zu können. Ihre Einkommenssituation, so hoffen die Bauern, verbessere sich, wenn sie über den Erlös der Nüsse auch selbst verfügen könnten. Bisher fehlen allerdings eigene Transportmittel, die Bauern haben keine Traktoren oder Autos, um selbst als Marktanbieter aufzutreten. Sie sind deshalb auf Aufkäufer angewiesen. Genossenschaftliche Vertriebssysteme für landwirtschaftliche Produkte müssten erst aufgebaut werden, betont auch Prof. Wen Tiejun, den wir in Peking zu Perspektiven der ländlichen Entwicklung befragten.
2. Die industrialisierte Agrarproduktion auf großen Flächen nimmt zu. Im Deal mit (korrupten) Dorfkadern pachten »Investoren« die parzellierten Flächen der Bauern. Die Intensivierung und Mechanisierung der modernen Flächenbearbeitung raubt den Bauern ihre spärliche Existenz und erzeugt ein weiteres Potential an Wanderarbeitern.

III Vor allem aus den Begegnungen auf dem Land habe ich erfahren, dass die chinesische Politik offenbar keine politische Lösung anstrebt, die Situation der Wanderarbeiter zu verbessern. Die gesellschaftliche Entwicklung Chinas bleibt offensichtlich zweigeteilt

- in eine Zone der prosperierenden Industrie in den Städten (hier leben ca. 30 Prozent der Bevölkerung), wo sich ein neuer Mittelstand herausbildet und
- in die Zone der ländlich-traditionellen Produktionsweise (hier leben ca. 70 Prozent der Bevölkerung), wo technischer Fort-

schritt und Wohlstand an der großen Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung vorbeigehen, die sozialen Auswirkungen der Globalisierung jedoch in vollem Umfang spürbar sind.

Die ländliche Entwicklung ist überwiegend auf Entfaltung endogener Kräfte angewiesen. Wie kann das gelingen, wenn zugleich der Großteil der jungen Generation abwandert?

Wie entwickelt sich die Situation der Wanderarbeiter weiter? Im Besuchszeitraum Herbst 2007 war die Nachfrage nach Arbeitskräften größer als das Angebot. Diese günstige Situation versuchen Wanderarbeiter für sich zu nutzen, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Jedoch sind sie nicht nur Repressalien der privaten Sicherheitskräfte der Unternehmen, sondern auch der Untätigkeit staatlicher Ordnungsbehörden ausgesetzt. Unterstützung von außen erfahren Wanderarbeiter deshalb bisher fast ausschließlich durch NGO's, die ihrerseits auf Solidarität und finanzielle Unterstützung von Menschen in der EU und/oder in den USA angewiesen sind.

Abzuwarten bleibt, ob das seit dem 1. Januar 2008 in Kraft getretene Arbeitsvertragsgesetz, in dem erstmals verbindliche Regelungen der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten formuliert werden, den Wanderarbeitern mehr Rechte und größere Sicherheit bringt. Entscheidend wird sein, wie viel politische Durchsetzungskraft die Wanderarbeiter durch kollektive Selbstorganisation entwickeln.

IV + V Zur Situation der chinesischen Gewerkschaften ist schon Wesentliches geschrieben worden (vgl. die Berichte von Eva Bruchhaus, Thomas Sablowski und Bodo Zeuner in dieser Broschüre). Eine förmliche Zusammenarbeit zwischen deutschen und chinesischen Gewerkschaften wird aus deutscher Sicht abgelehnt, da »Staatsgewerkschaften«, die nicht einmal ein Streikrecht wollen, keine richtigen Gewerkschaften seien. Aber auch aus chinesischer Sicht wird unsere Frage nach einem regelmäßigen Austausch eher mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Dass die weltweite Konkurrenz um Arbeitsplätze zunimmt, sehen chinesische Gewerkschaften mit Gelassenheit. Bei einem Treffen mit GewerkschafterInnen des städtischen ACFTU in Guangzhou hielten es unsere Gesprächspartner für eine Frage der Zeit, wann die chinesische Wirtschaftskraft die deutsche dominieren wird.

Gewerkschaften verstehen sich nicht als Vertreter der lohnabhängig Beschäftigten. Ihre Aufgabe liegt eher in der Stärkung der gesellschaftlichen »Harmonie«, wie uns in persönlichen und offiziellen Gesprächen mehrfach versichert wurde. Harmonie, so habe ich verstanden, bedeutet das Streben nach Frieden und Vermeidung von Konflikten in den sozialen und politischen Beziehungen. Und was Harmonie konkret bedeutet, bestimmt die Partei. So verwundert es nicht, dass einige unserer Gesprächspartner zugleich Betriebsvorsitzende der Gewerkschaft, Parteisekretär und Personalchef waren. Die Vorstellung, Solidarität von Menschen als Lohnabhängige zu organisieren und sie kollektiv durchsetzungsfähig zu machen, ist den chinesischen Gewerkschaften noch fremd.

Ein individuelles Rechtsverständnis, wie wir es in Europa kennen, haben wir in China nicht finden können. Dieser Mangel schließt daher auch die Möglichkeit einer auf individuellen Rechten beruhenden kollektiven Interessenvertretung aus.

VII Mir sind einige sehr eindrucksvolle Frauen in Erinnerung, selbstbewusste Frauen in verantwortungsvollen Tätigkeiten: als NGO-Aktivistin für Beratung und Unterstützung von Wanderarbeitern, als resolute Gewerkschaftssekretärin für internationale Beziehungen, als Fremdenführerin in Städten und kulturellen Einrichtungen. Aber mir sind zugleich unzähli-

ge Frauen begegnet, die nur dazu da zu sein schienen, mir die Tür aufzuhalten, meine Ankunft im Hotel angenehm zu gestalten, beim Essen mein Trinkgefäß ständig aufzufüllen, den hingeworfenen Dreck anderer, wie achtlos weggeworfene Zigarettenkippen, zu entsorgen. Diese immer freundlichen, dienstfertigen Frauen prägten das Bild der Frauen mehr als das der 23-jährigen Managerin in Leitungsfunktion im Honda-Werk von Guangzhou.

Die Regierungszeit von Mao hat den Frauen mit Sicherheit große Fortschritte gebracht und sie aus ihrer traditionell unterwürfigen und unwürdigen gesellschaftlichen Stellung befreit. Jedoch haben die Beobachtungen auf der Reise auch gezeigt, dass die Mehrheit der Frauen in China auch heute noch (?) oder wieder (?) in dienenden und unterwürfigen Tätigkeiten zu finden ist, die ihnen keine eigene materielle Existenzsicherung ermöglicht.

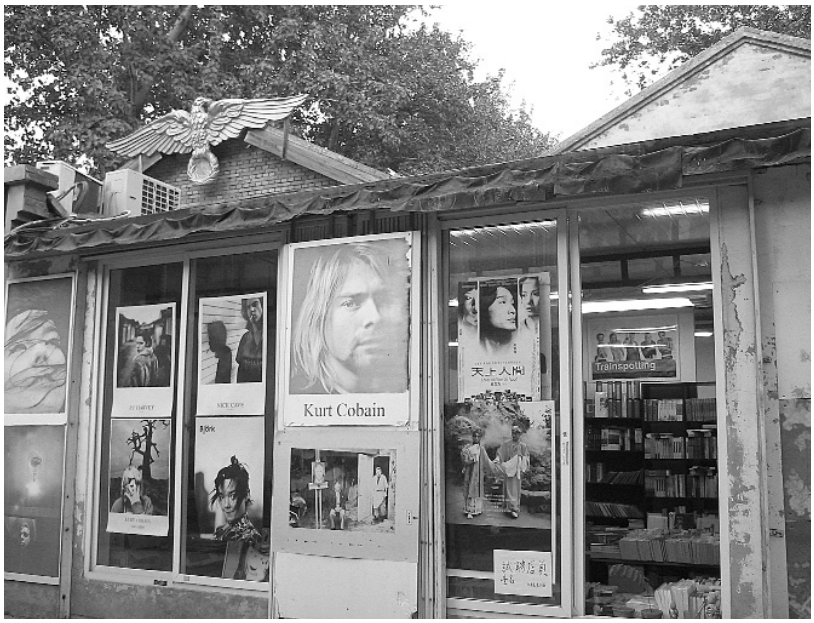
Wir haben beobachten können, dass es für Wanderarbeiterinnen keine Unterbringung für ihre (Klein-) Kinder gibt. Da sie durch extensive Arbeitszeiten hoch belastet sind, müssen sie ihren Arbeitspatz aufgeben, ihre Kinder im Dorf der Eltern lassen oder selbst ins Dorf zurückkehren.

Ich habe keine Gelegenheit gehabt, mit Frauen über diese Beobachtungen und allgemein über Geschlechterfragen zu diskutieren. Dazu fehlte nicht nur das Arrangement einer Begegnung durch die (männliche) Reiseleitung (die insgesamt ein hervorragendes Programm zusammengestellt hat). Es fehlte vor allem ein vertrauensvoller Rahmen für einen Austausch, der sich in dem kurzen Besuchszeitraum nicht ohne Weiteres herstellen ließ. Nach allem, was ich gesehen habe, vermute ich, dass bei Wanderarbeiterinnen die Widersprüche und Konflikte der kapitalistischen Ökonomie am härtesten zutage treten und selbstverantwortlich ausgetragen werden müssen.

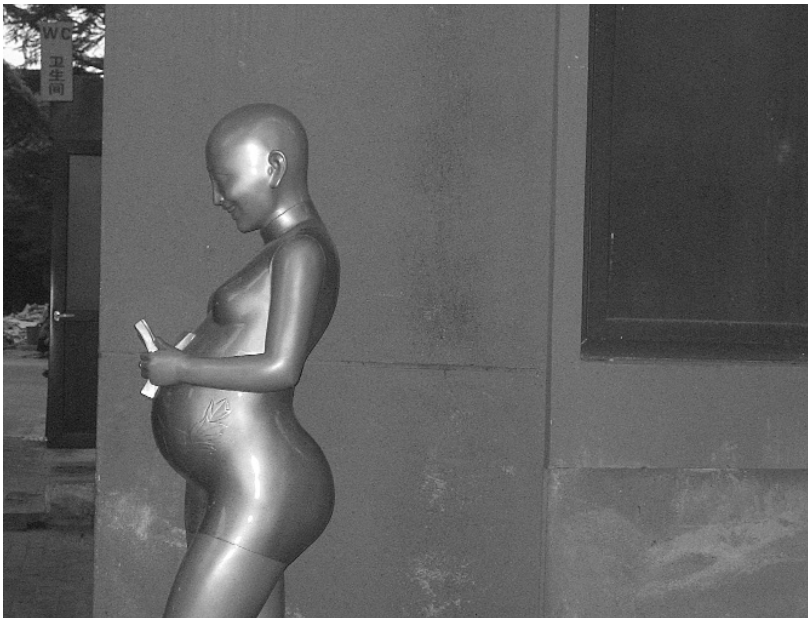
VIII »Wir werden Euch wirtschaftlich bald überholen«, sagte unser chinesischer Übersetzer einmal im Gespräch. Recht hat er. Nur wünschen wir uns, dass auch in China ein Interesse an der Regulierung der Arbeitsbeziehungen wächst. In letzter Zeit entladen sich unwürdige Arbeitsbedingungen und soziale Unsicherheit in spontanen Streiks, vor allem in den südlichen ehemaligen Produktionszonen. Eine Verstetigung des Austauschs zwischen Chinesen und Deutschen kann dazu beitragen, die Diskussion über internationale Arbeitsstandards und Menschenrechte voranzubringen.

Irmtraud Schlosser ist Sozialwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Arbeitssoziologie, solidarische Ökonomie und Kooperation Wissenschaft-Gewerkschaften am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin.

(erschienen im express, Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 1/08)



»Independent Scene« –
Kunstmarkt und Galerieviertel »798«
in Beijing



Chinas neues Arbeitsrecht

Kirsten Huckenbeck über Chinas Weg von der Lohnsklaverei zu »doppelt freien« Verträgen

Das neue Arbeitsvertragsgesetz der Volksrepublik China (PRC Labour Contract Law) wurde am 29. Juni 2007 verabschiedet und trat am 1. Januar 2008 in Kraft. Es bildet zusammen mit dem seit 1994 gültigen Arbeitsgesetz (Labour Law) den Kern des chinesischen Arbeitsrechts.
Im Folgenden haben wir die wichtigsten Regelungen in Kürze zusammengefasst:

Alt

Es gibt keine Vorschrift über schriftliche Arbeitsverträge – nach Angaben des ACFTU haben derzeit 80 Prozent aller ArbeiterInnen in China keinen Arbeitsvertrag (Die Zeit, 18. Oktober 2007). Befristete Arbeitsverhältnisse können beliebig oft wiederholt werden. Es gibt keine Regelungen zur zeitlichen Begrenzung von und zum Entgelt für Probezeiten. Kündigungen und Abfindungen sind unzureichend geregelt – oft verhindern ausstehende Löhne, dass Beschäftigte ihr Arbeitsverhältnis kündigen können. Umgekehrt binden Unternehmen Beschäftigte mittels so genannter »Wettbewerbsklauseln« für Träger von »Betriebsgeheimnissen« an sich und verhindern so die freie Wahl des Arbeitsplatzes.

Neu

Künftig sind individuelle Arbeitsverträge, die entweder befristet, unbefristet oder als Werkvertrag abgeschlossen werden können, spätestens vier Wochen nach Beginn eines Beschäftigungsverhältnisses zwingend vorgeschrieben, anderenfalls gelten automatisch vorhandene Kollektivverträge. Kann auf solche nicht zurückgegriffen werden, gilt der Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«.

- der Arbeitsvertrag nicht innerhalb eines Jahres schriftlich fixiert, so wird von einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis ausgegangen. Unbefristete Arbeitsverträge sind darüber hinaus spätestens nach zwei Befristungen bzw. zehn Jahren ununterbrochener Beschäftigungsdauer in einem Unternehmen vorgeschrieben.
- Die Dauer einer Probezeit wird künftig – in Abhängigkeit von der Gesamtlaufzeit des Vertrages – auf maximal sechs Monate begrenzt, es darf max. eine Probezeit vereinbart werden. Das Entgelt darf nicht unterhalb der regionalen Mindestlöhne liegen, es muss mindestens 80 Prozent des Gehalts für eine vergleichbare Festangestellten-Tätigkeit betragen.
- Beschäftigte, die über Personalvermittlungsagenturen eingestellt werden, müssen das gleiche Gehalt wie Festangestellte des Entleiherunternehmens erhalten. Die Vertragslaufzeit für Beschäftigte bei der Verleihfirma beträgt mindestens zwei Jahre, statt, wie bislang, ein Jahr.
- Ein Wettbewerbsverbot für Träger von »Betriebsgeheimnissen« darf künftig längstens zwei Jahre fixiert werden. Nur unzureichend wurde allerdings bestimmt, wer als Träger von Betriebsgeheimnissen gilt.
- Die Kündigung bedarf beidseits der Schriftform, bei Kündigungen durch den Arbeitgeber muss die gewerkschaftliche Vertretung im Betrieb informiert und – verbunden mit einer Korrekturmöglichkeit – hinsichtlich der Kündigungsgründe konsul-

tiert werden. Bei betriebsbedingten Kündigungen gilt das Prinzip der Sozialauswahl (Dauer der Betriebszugehörigkeit, Lebensalter, Unterhaltspflichten). Arbeitnehmer haben das Recht zu einer außerordentlichen Kündigung, wenn Vorschriften des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit verletzt werden, der Arbeitgeber gesetzliche Sozialversicherungsbeiträge nicht zahlt, der Arbeitsvertrag bzw. die Tätigkeit gegen geltendes Recht verstößt.
Bei ordentlichen Kündigungen durch den Arbeitgeber, außerordentlichen Kündigungen durch den Arbeitnehmer und einvernehmlichen Vertragsaufhebungen sind Abfindungen zu zahlen, deren Höhe sich nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit richtet. Ausgeschlossen sind Kündigungen, wenn der Verdacht auf eine berufsbedingte Erkrankung vorliegt und der Arbeitnehmer diesbezüglich unter Beobachtung steht oder wenn der Arbeitnehmer ununterbrochen 15 Jahre im Betrieb gearbeitet hat und fünf Jahre vor dem Renteneintrittsalter steht.

- Arbeitsverträge müssen Angaben enthalten, die eine eindeutige Identifikation des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers erlauben.

Bewertung

Zweifellos stellt das neue Arbeitsvertragsgesetz eine Verbesserung der individuellen Rechte der Beschäftigten dar, insbesondere hinsichtlich der arbeitsvertraglichen Gleichstellung der WanderarbeiterInnen. Von einem umfassenden Sozialversicherungsschutz sind diese allerdings nach wie vor aufgrund des Hukou-Registrierungssystems, das die Sozialversicherungen an den Herkunftsort bindet, ausgenommen. Offen bleibt, inwieweit die Staatsgewerkschaft ACFTU und ihre betrieblichen Gliederungen in der Lage sind, diesen Prozess zu unterstützen. Auf dem Papier standen auch vor Verabschiedung des neuen Arbeitsvertragsgesetzes bereits eine ganze Reihe von Rechten (5-Tage-Woche, 40-Stundenwoche, max. 36 Überstunden pro Monat und maximal drei Überstunden pro Tag, geregelte Überstundenvergütungen etc.). Und seit einer Revision des Arbeitsrechts in 2001 hat die Gewerkschaft auch das Recht auf Tarifverträge. Doch Repräsentanz und Einfluss der Gewerkschaft sind auf die schwindende Zahl ehemaliger Staatsunternehmen (Danweis) beschränkt, ihr Einfluss in Privatunternehmen ist äußerst begrenzt. Zudem steht ihr Selbstverständnis als Massenorganisation der Partei der Idee einer unabhängigen Interessenvertretung im Wege, und die Rechte der Gewerkschaften als Interessenvertretungen selbst sind äußerst restringiert. So fehlt den Beschäftigten das Recht auf Koalitionsfreiheit – unabhängige Gewerkschaften sind nach wie vor verboten – und der Gewerkschaft ein entscheidendes Mittel, um ihre Interessen durchzusetzen: Das Streikrecht wurde 1982 aus der Verfassung gestrichen und ist auch jetzt nicht wieder eingeführt worden.

Kirsten Huckenbeck

(erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 12/07)

Breaking or Taking the Law

Studie des Dagongzhe Workers Center zur Umsetzung des Arbeitsvertragsgesetzes in China

»Der weite Weg zur doppelt freien Lohnarbeit«, so könnte man die nachholende Modernisierung chinesischen Arbeitsrechts charakterisieren, und so wurde die Einführung des Arbeitsvertragsgesetzes Anfang 2008 auch und selbst von KritikerInnen in China diskutiert. Ob auf den Prozess der massenhaften Freisetzung von vor allem ländlicher Arbeitskraft nun wenigstens auf formal-juristischer Ebene auch dementsprechende Voraussetzungen für den Verkauf der Arbeitskraft geschaffen werden, z.B. in Form eines Rechts auf einen Arbeitsvertrag, das haben die KollegInnen des Dagongzhe Workers' Centre in Shenzhen in einer Studie untersucht. Sie sind der Frage nachgegangen, wie das Arbeitsvertragsgesetz umgesetzt wird, ob und inwiefern sich dadurch die Situation der Beschäftigten verbessert hat. Wir freuen uns umso mehr, die Zusammenfassung ihrer Rechercheergebnisse hier dokumentieren zu können, als das Zentrum, das sich um die Betreuung von WanderarbeiterInnen kümmert, im letzten Jahr mehrfach attackiert und dessen Leiter Huang Quingnan von bestellten Attentätern schwer verletzt wurde (s. dazu Bericht in express Nr. 12/2007). Dank zahlreicher Spenden, auch von express-LeserInnen, konnten die Operationen von Huang Quingnan bezahlt werden und das Zentrum seine Arbeit wieder aufnehmen.

Seit dem 1. Januar 2008 ist das »Arbeitsvertragsgesetz« der Volksrepublik China in Kraft. An ihm zeigt sich, dass und wie sich die Regierung eine Neujustierung der Arbeitsbeziehungen, die Sicherung bzw. Wahrnehmung der Rechte und Interessen der ArbeiterInnen vorstellt.

Seither sind einige Monate verstrichen, und es ist an der Zeit nachzufragen, ob die Rechte und Interessen der ArbeiterInnen effektiv geschützt werden. Das Dagongzhe-WanderarbeiterInnenzentrum in Shenzhen hat daher gemeinsam mit mehreren Organisationen eine Erhebung durchgeführt, für die ArbeiterInnen in verschiedenen Gegenden von Shenzhen (Stadt) befragt wurden, um sich ein Bild von den Auswirkungen des Gesetzes zu machen. Von 380 Fragebögen wurden insgesamt 320 ausgefüllt zurückgegeben. Zusätzlich wurden mit zehn ArbeiterInnen Tiefeninterviews durchgeführt. Aufgrund der Ergebnisse können wir zusammenfassend sagen, dass das ungleichgewichtige und für die ArbeiterInnen zuweilen schädliche Machtverhältnis zwischen ArbeiterInnen und ArbeitgeberInnen weiterhin fortbesteht. Auch nach der Implementierung des Vertragsgesetzes verschließen sich einige ArbeitgeberInnen vor der Tatsache, dass ein neues Gesetz gilt, und erfinden neue »Tricks«, um dieses zu umgehen.

Im Folgenden eine Zusammenfassung der schwerwiegendsten Verstöße:

I. Alle Arten eigentümlicher Arbeitsverträge

Englischsprachige Verträge

Einige ArbeitgeberInnen übersetzen die Arbeitsverträge ins Englische, wohlwissend, dass einfache ArbeiterInnen nicht Englisch lesen können. So sagte beispielsweise der für eine mit ausländischem Kapital betriebene Spielzeugfabrik arbeitende Herr Yu: »Als wir den Vertrag unterzeichnen wollten, kannten die meisten ArbeiterInnen deren englischen Inhalt nicht, daher weigerten wir alle uns zunächst, die Verträge zu unterschreiben. Später zwang uns das Management zu unterzeichnen; sie sagten, der Vertrag gelte für ein Jahr (die tatsächliche Dauer betrug zwei Jahre), und wir könnten jederzeit kündigen. Die meisten ArbeiterInnen unterschrieben daraufhin, ich aber nicht, weil ich den Vertrag nicht lesen konnte.«

Zwei Verträge gleichzeitig

Herr Pan, gelernter Elektriker in einem Hongkonger Unternehmen, erklärt: »Das monatliche Grundgehalt in der Fabrik ist auf 1500 Yuan (10 Yuan = ca. 1 Euro; Anm. d. Red.) festgelegt. Die Firma zwang mich allerdings, zwei identische Verträge zu unterschreiben, wobei in jedem ein monatliches Grundgehalt auf 750 Yuan festgeschrieben ist. Insgesamt kommt also das Gleiche heraus. Andere TechnikerInnen mussten auch zwei Verträge unterschreiben.« Die Fabrik teilt die 1500 Yuan auf zwei Verträge auf und verwendet nur einen davon als offiziellen Vertrag. So kann sie Überstunden zum halben Satz verrechnen und spart einen bedeutenden Zuschlag zur Sozialversicherung. Seit Inkrafttreten des Arbeitsvertragsgesetzes neigen Unternehmen dazu, diesen »Trick« anzuwenden und so die Überstundenzahlungen für ihre ArbeiterInnen zu reduzieren.

Sechs Tage die Woche, 6,7 Stunden am Tag

»Wie viele Stunden arbeiten Sie laut Vertrag pro Tag?« Auf diese Frage antworten die ArbeiterInnen für gewöhnlich mit Verdruss. »Die rechtliche Richtlinie ist auf eine Fünf-Tage-Woche mit einem Acht-Stunden-Tag festgelegt. Die Unternehmen teilen die vierzig Stunden aber auf sechs Tage auf, so dass die tägliche Schicht 6,7 Stunden lang ist. So bekommen wir keine Überstundenzulagen für die 6,7 Stunden, die wir samstags arbeiten.« Diese Praxis zeigt, dass einige Unternehmen versuchen, das Gesetz zu ihren eigenen Gunsten auszulegen, um Überstundenzulagen zu sparen, obwohl die meisten ArbeiterInnen hart dafür arbeiten, Überstundenzulagen zu bekommen.

Unvollständige oder unausgefertigte Verträge

Von den für die Studie ausgewerteten Verträgen weisen 3,8 Prozent den Arbeitsort nicht aus, und 10,6 Prozent enthalten keine klare Arbeitsplatzbeschreibung. Manche ArbeiterInnen berichten, dass ihnen ein leeres Blatt zur Unterschrift vorgelegt wurde, und 5,9 Prozent der Verträge sind nicht ausgefertigt. Für die Beschäftigten ist es ziemlich riskant, unausgefertigte oder unvollständige Verträge zu unterschreiben.

Manche ArbeitgeberInnen verdeckten sogar den Inhalt der Verträge, so dass nur der Abschnitt sichtbar war, auf dem die ArbeiterInnen unterschreiben sollten. Herr Sun, der in einer Kunststofffabrik arbeitet, berichtet: »Die Firma verdeckte den Inhalt der Verträge und forderte uns auf, einfach zu unterschreiben. Zuerst haben wir uns alle geweigert zu unterschreiben, weil wir das unzumutbar fanden. Doch eine Woche später sagte das Management, dass von denjenigen, die sich weigern zu unterschreiben, einen Monat der Lohn einbehalten wird, also waren wir gezwungen, zu unterschreiben.«

Unterschiedliche Firmenlogos auf den Arbeitsverträgen

Im Tiefeninterview berichtete der 28-jährige Herr Li: »Seit Januar wurden uns in der Fabrik Verträge zum Unterschreiben gegeben. Sie haben uns sogar unbefristete Verträge angeboten. Doch wir haben die Firmenzeichen von zwei verschiedenen juristischen Personen auf den Verträgen gesehen, deshalb weigerten wir uns alle, die Verträge zu unterschreiben. Daraufhin gab die Firma eine Mitteilung heraus, dass alle ArbeiterInnen, die die Verträge bis zum 31. Januar nicht unterschrieben hätten, unbezahlten Urlaub nehmen müssten. Später drohte die Firma den ArbeiterInnen, sie ohne Abfindung zu entlassen, wenn sie die Verträge nicht unterschrieben. Letzten Endes haben bis auf 23 alle ArbeiterInnen die Verträge unterschrieben.«

Dass eine Firma mehrere »Tochtergesellschaften« eintragen lässt, ist eine relativ übliche Praxis. Wenn eine Tochtergesellschaft in irgendeiner Weise gegen Verträge verstößt und die ArbeiterInnen dies vor Gericht bringen, lässt die Muttergesellschaft einfach die betreffende Firma austragen und transferiert die ArbeiterInnen zu einer anderen Tochtergesellschaft.

II. Missbrauch und Manipulation der Betriebsvorschriften

Drastische Preiserhöhungen für Verpflegung und Unterkunft

Die Erhebung zeigt, dass 22,2 Prozent der ArbeiterInnen eine Erhöhung der Preise für Verpflegung und Unterbringung hinnehmen mussten. Frau Yang, die in einer Spielzeugfabrik arbeitet, sagte verärgert: »Unsere Essensrechnungen sind auf bis zu 250 Yuan monatlich gestiegen. Wir haben gehört, dass der Mindestlohn erhöht wurde und uns die ArbeitgeberInnen deshalb mehr für Unterbringung und Verpflegung in Rechnung stellen würden. Jetzt haben wir weniger Überstunden, dafür eine höhere Rechnung für Essen und auch noch erhöhte Strafen. Wie kommt es eigentlich, dass unsere Regierung die Kantinenpreise nicht mehr reguliert?«

Wachsende Listen von Strafpunkten

22,3 Prozent der ArbeiterInnen gaben in der Erhebung an, dass der Katalog von Verfehlungen, für die eine Strafe zu zahlen ist, ausgeweitet und die Bußgelder erhöht wurden. 52 Prozent der ArbeiterInnen sagten, dass sie diese Vorschriften nicht billigen. So Herr Sun, ein Stanzer, der in einem Metallbetrieb arbeitet: »Unsere Betriebsvorschriften sehen 50 Yuan Strafe für einen unbedeutenden Fehler vor; das beinhaltet z.B., eine Minute zu spät zur Arbeit zu kommen oder eine verbale Auseinandersetzung mit den AufseherInnen zu führen. Für schwerwiegendere Fehler, wie mit dem Management zu streiten, geht die Strafe auf bis zu 200 Yuan hoch. Die Fabrik verschickt häufig Abmahnungen, und jede Abmahnung kostet uns 50 Yuan. Die zweite Abmahnung bedeutet dann die Kündigung ...«

III. Verschleppte Umsetzung des Arbeitsvertragsgesetzes

Immer noch viele Beschäftigte ohne Arbeitsverträge

Gerade in kleineren bzw. ausschließlich lokal tätigen Unternehmen gibt es noch immer einen Mangel an Arbeitsverträgen. 73,4 Prozent der ArbeiterInnen gaben in der Erhebung zwar an, einen Vertrag unterschrieben zu haben (auch wenn sie – wie bereits erwähnt – alle möglichen Schwierigkeiten damit haben), doch 26,6 Pro-

zent der ArbeiterInnen arbeiten noch immer ohne Verträge. In 41,9 Prozent der ausschließlich lokal tätigen Unternehmen und in 35,8 Prozent der Kleinunternehmen, d.h. solchen mit weniger als 1000 Beschäftigten, werden den ArbeiterInnen keine Verträge angeboten. Von den größeren Fabriken, d.h. solchen mit mehr als 1 000 ArbeiterInnen, sind es nur 6,1 Prozent, in denen die ArbeiterInnen keine Verträge haben.

Löhne unter dem Mindestlohn

Die Erhebung zeigt, dass 28 Prozent der Verträge Löhne unter 750 Yuan monatlich bieten, 51,6 Prozent bieten Löhne zwischen 750 und 1200 Yuan. Beginnend mit dem 1. Oktober 2007 wurde der Mindestlohn in den Außenbezirken Shenzhens auf 750 Yuan festgelegt und zum 1. Juli 2008 auf 900 Yuan erhöht. Die gesetzlichen Mindestlöhne stellen die unterste Grenze dessen dar, was die ArbeiterInnen zum Leben brauchen. Viele Fabriken halten nicht einmal diesen Standard ein, wie können sie da von einer »persönlichen Entwicklungsmöglichkeit« für die ArbeiterInnen sprechen?

Diskrepanzen zwischen Verträgen und Realität

Als wir die ArbeiterInnen fragten: »Gibt es Diskrepanzen zwischen den Verträgen und der Realität am Arbeitsplatz?«, gab eine Mehrheit von 63,83 Prozent an, dass ihre Arbeitszeiten nicht mit den vertraglich festgesetzten übereinstimmen. 4,26 Prozent gaben an, nicht an dem im Vertrag festgesetzten Ort zu arbeiten, und 3,19 Prozent erklärten, dass die Firmennamen abweichend seien. Verschiedene andere Diskrepanzen machen 11,7 Prozent aus.

IV. Gesellschaftliche Anstrengungen notwendig

Die Erhebung zeigt, dass für 79,2 Prozent der ArbeiterInnen die Situation in den Fabriken nicht zufriedenstellend ist. Sie zeigt auch, dass das Arbeitsvertragsgesetz weiterer und verbesserter Implementierung bedarf.

1. Umgehung ist keine Lösung

Anstatt die technischen Kenntnisse, die Kreativität und Leitungskompetenzen der ArbeiterInnen zu fördern und so den Betrieb aufrecht zu erhalten, werden die Löhne der ArbeiterInnen gekürzt bzw. Überstundenzuschläge vermieden. Das heißt, tendenziell werden ArbeiterInnen zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit ausgebeutet. Längerfristig ist dies keine tragfähige Strategie für die Firmen, früher oder später werden sie entweder von der Regierung bestraft werden oder aber ArbeiterInnen verlieren, d.h. unter Arbeitskräftemangel leiden. Zur Zeit fehlen in Shenzhen nachweislich 740 000 Arbeitskräfte. Das ist eine Ermahnung an die Unternehmen, die ihnen deutlich machen müsste: Wenn sie weiter wachsen wollen, müssen sie sich dem Gesetz beugen und das Wachstum in die richtige Richtung bringen.

2. Rechte kennen und wahrnehmen

Es ist notwendig, dass ArbeiterInnen ihre Rechte kennen lernen und Methoden entwickeln, sich selbst zu schützen, um gegen ihre ArbeitgeberInnen, in Arbeitsbehörden und vor Gericht kämpfen und ihre Forderungen klar vorbringen zu können. Dies ist die einzige Möglichkeit, das Arbeitsvertragsgesetz in Gänze umzusetzen.

3. Arbeitsrechte – eine gesellschaftliche Angelegenheit

ArbeiterInnen schaffen gesellschaftlichen Reichtum, sie sind die treibende Kraft gesellschaftlicher Entwicklungen. Als Mitglieder dieser Gesellschaft haben wir alle die Pflicht und

die Verantwortung, das Arbeitsrecht und die Arbeitsbedingungen von ArbeiterInnen genau zu verfolgen. Wenn die ArbeiterInnen den Unterhalt für ihr Leben nicht verdienen können, wird sich dies definitiv auf die Stabilität und die Entwicklung der Gesellschaft auswirken. Und wenn die ArbeiterInnen ihre Fähigkeiten nicht entwickeln und ausweiten können, wird das ebenso die Entwicklung der Gesellschaft als Ganze einschränken.

4. Regierungsaufgaben

Die Erhebung hat klar gezeigt, dass in hohem Ausmaß selbst bei unterschriebenen Verträgen rechtswidrige Praktiken fortbestehen. Wenn wir nicht auf die Erfahrungen der ArbeiterInnen hören und uns nur auf die Anzahl der unterschriebenen Verträge konzentrieren, führt dies eindeutig zu einer Fehleinschätzung. Die ArbeiterInnen wissen am besten über die illegalen Praktiken in den Unternehmen Bescheid. Die Regierung sollte der tatsächlichen Situation der ArbeiterInnen daher mehr Beachtung schenken und auf deren Stimme hören. Gleichzeitig sollte die Regierung Organisationen wie die Gewerkschaft, den Frauenverband und andere Gruppen darin bestärken, ihre Funktion bei der Förderung, Vermittlung, Erleichterung und Beaufsichtigung des Arbeitsvertragsgesetzes wahrzunehmen. In der Zwischenzeit könnte die Regierung klare finanzielle Anreize bieten, um soziale Gruppen und Einzelpersonen dazu zu ermutigen, die widerrechtlich handelnden Unternehmen zu melden.

Seit Inkrafttreten des Arbeitsvertragsgesetzes kam es häufig zu »Tricks« in Unternehmen. Diese Handlungen haben nicht nur das Recht der ArbeiterInnen untergraben, sondern sich auch über das Gesetz hinweggesetzt und es mit Füßen getreten. Angesichts einer derartigen Situation rufen wir die ArbeiterInnen dazu auf, sich mit dem Arbeitsrecht vertraut zu machen, rufen wir alle Bereiche der Gesellschaft auf, den Rechten der ArbeiterInnen volle Beachtung zu schenken, und rufen wir die Regierung auf, die Förderung, Beaufsichtigung und Durchsetzung des Arbeitsvertragsgesetzes zu stärken.

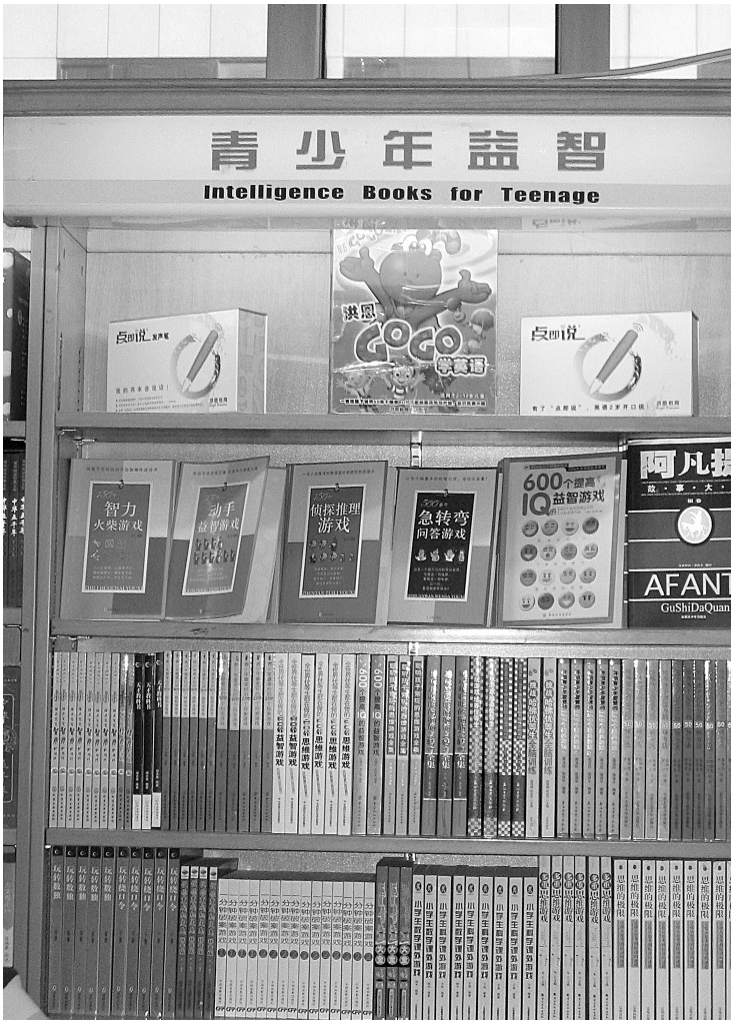
Eine vollständige chinesische Version dieses Berichts findet sich unter: www.ngocn.org

Weitere Informationen und Kontakt: workerempowerment@gmail.com.

Übersetzung ins Englische:
Workers Empowerment und IHLO
(Hong Kong-Vertretung des ICFTU)
Übersetzung aus dem Englischen:
Dagmar Fink

(erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 8/08)

Beijing: Buchhandlungssortiment



Verordnete Harmonie?

Perspektiven der Entwicklung von Kapital & Arbeit in China – ein Gespräch mit Chang Kai

Im folgenden Gespräch mit Chang Kai, Arbeitsrechtler an der Volks-Universität in Beijing und maßgeblich an der Entwicklung des neuen Arbeitsvertragsgesetzes beteiligt, wollten wir vor allem wissen, welche Perspektiven die chinesische Regierung mit den gesetzlichen Maßnahmen verfolgt und wie die Diskussion über mehr oder weniger staatliche Einmischung in die Arbeitsbeziehungen in China geführt wird. Die auch im Lichte aktueller Diskussionen in der BRD interessante Diskussion fand im Juni dieses Jahres statt und wurde von Siqi Luo ins Englische gedolmetscht.

KH: Sie waren als Teil einer Gruppe von wissenschaftlichen Beratern direkt an der Konzeption und Entwicklung des neuen Arbeitsvertragsgesetzes (Labour Contract Law) beteiligt, das Anfang 2008 in Kraft getreten ist und das seit 1994 existierende Arbeitsrecht (Labour Law) ergänzt. Daneben gilt seit 2001 ein eigenes Gewerkschaftsrecht (Trade Union Law), das zwar immer noch kein Streikrecht beinhaltet, allerdings ein Recht auf Kollektiv-Konsultationen und Tarifverträge. Wie würden Sie das neue Arbeitsvertragsgesetz im Vergleich zum geltenden Arbeits- und Gewerkschaftsrecht bewerten? Wie sehen Sie vor dem Hintergrund dieser drei Gesetze die Gewichtung von Individualrechten der Beschäftigten und den Rechten der Gewerkschaft als Interessenvertretung?

CK: Eine interessante Frage, die typischerweise von Gewerkschaftern bzw. Forschern aus dem Westen gestellt wird, denn diese Differenz zwischen den Rechten der Arbeiter und der Gewerkschaften ist nur vor dem Hintergrund der dortigen industriellen Beziehungen verständlich. Unter Bedingungen einer westlichen Marktwirtschaft sind Gewerkschaften aufgrund der Anerkennung von Kollektivverhandlungen und der Verbreitung von Tarifverträgen in der Regel die Hauptakteure.

Die Situation in China ist anders: Hier wurde zunächst versucht, die Gewerkschaften dazu zu bewegen und sie rechtlich darin zu unterstützen, aktiver zu werden, da bis dahin keine wirklichen Kollektiv- bzw. Gewerkschaftsrechte existierten. Charakteristisch für die Arbeitsbeziehungen in China sind vielmehr individuelle Beziehungen zwischen Arbeitern und Management. Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung dieser beiden Gesetze deutlicher.

Das Gesetz von 2001 war geprägt von der Idee, die Gewerkschaften als kollektive Interessenvertretungen zu stärken und ihnen bessere rechtliche Grundlagen für Kollektivverhandlungen und -verträge zu geben. Doch die Regelung der Beziehungen zwischen Management und Beschäftigten darf nicht allein von den Gewerkschaften abhängig sein. Wir brauchten also auch stärkere Individualrechte, wie sie jetzt im Arbeitsvertragsgesetz verankert wurden. Ein zentrales Problem für die chinesischen Arbeitsbeziehungen war die massive Verbreitung von befristeten Arbeitsverträgen, die zu einer Zunahme von Konflikten zwischen Kapital und Arbeit geführt hat. Hier versucht das Arbeitsvertragsgesetz zu einer Regulierung der Beziehungen zwischen Beschäftigten und Management innerhalb der jeweiligen Unternehmen, auf betrieblicher Ebene beizutragen.

Gleichwohl schließt es die Gewerkschaften

nicht aus; an vielen Stellen gibt es auch im neuen Arbeitsvertragsgesetz Regelungen, die nicht nur die individuellen Rechte, sondern auch die Rolle der Gewerkschaften als kollektive Interessenvertretungen stärken. So ist künftig zum Beispiel eine Unterschrift der Gewerkschaften bei der Unterzeichnung, bei der Aufhebung oder Kündigung von Arbeitsverträgen gefordert. Die grundsätzliche Aufgabe für die Gewerkschaften sollte aber darin bestehen, die Interessen der ArbeiterInnen wahrzunehmen und zu vertreten. Das Arbeitsvertragsgesetz beinhaltet deshalb auch Regelungen für die Kollektivverhandlungen und -verträge. Insofern sind die beiden Gesetze komplementär zueinander.

Das führt zur nächsten Frage: Welche Motivation und welche Ziele standen im Vordergrund, als die Debatten über die Notwendigkeit eines Arbeitsvertragsgesetzes begannen: Ging es um die fehlenden Rechte der ArbeiterInnen, um die ökonomischen Vorteile, die stabilere Arbeitsbeziehungen für Chinas Ökonomie haben können, oder überhaupt um die Herstellung gleicher Rechte innerhalb Chinas, weil dies eine stärkere staatliche Einflussnahme ermöglichen würde? Ich frage auch deshalb, weil uns im Rahmen unserer Arbeitsreise von Gesprächspartnern in China berichtet wurde, dass gewerkschaftliche und politische Funktionäre zum Teil den Überblick verloren hätten über die unterschiedlichen Regelungen, die zwischen verschiedenen Regionen Chinas, aber auch zwischen verschiedenen Unternehmen oder zwischen Betriebs- und Branchen-ebene existierten. Einige kritisierten, dass damit ein staatlicher Einfluss bzw. eine Kontrolle der Arbeitsbeziehungen erschwert, wenn nicht verunmöglicht werde. Könnte es also darum gehen, überhaupt einen stärkeren staatlichen Einfluss auf die Arbeitsbeziehungen zu gewinnen?

CK: Der Schutz bzw. die Kontrolle der Arbeitsrechte und die ökonomische Entwicklung der Unternehmen stehen aus meiner Sicht nicht im Konflikt miteinander. Natürlich stand bei der Entwicklung des Arbeitsvertragsgesetzes zunächst das Interesse, den ArbeiterInnen bessere Rechte zu geben, im Vordergrund. Gleichwohl halte ich dies nicht für den einzigen Beweggrund. Das Ziel dieses Gesetzes ist das, was wir »harmonische Beziehungen« zwischen Kapital und Arbeit nennen, oder in anderen Worten: die gleichzeitige Entwicklung von Arbeit und Kapital. Kurzfristig mögen die Unternehmen aufgrund des Arbeitsvertragsgesetzes höhere Kosten haben, doch langfristig betrachtet, können sie sich nachhaltiger und stabiler entwickeln als ohne dieses Gesetz. Denn der Hauptschub für die ökonomische Entwicklung kommt von den Arbeitern, ihrer Initiative und ihrem Verantwortungsbewusstsein. Wenn man unmotivierte Arbeiter oder ständige Konflikte im Betrieb hat, gibt es keine ökonomische Entwicklung für die Unternehmen. Selbst wenn einige kleine und mittlere Unternehmen das Arbeitsvertragsgesetz nicht mögen, weil sie nur ihre kurzfristigen Profite sehen, bietet dieses für die zukünftige Entwicklung die besseren Bedingungen. Die meisten größeren Unternehmen und diejenigen, die langfristig planen, sehen diesen Vorteil auch.

Auch in Europa wird eine Diskussion über die Frage einzelbetrieblicher oder gesamtwirtschaftlicher Ausrichtung der Interessenvertretungsstrukturen und -politik geführt, die letztlich bereits auf das 18. Jahrhundert und die Frage zurückgeht, ob, wieviel und welche staatlichen Rahmenbedingungen es für das Wirken der »invisible hand«, also der erhofften Entfaltung der Wohlfahrtswirkungen des freien Marktes braucht. Die eine Seite argumentiert, Wettbewerb als, bildlich gesprochen, »Motor« allgemeiner gesellschaftlicher Wohlfahrt funktioniere nur, wenn gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle herrschten; insofern bedürfe es eines starken Staats und staatlich gesetzter Rahmenbedingungen wie Rechtssicherheit, Rechtsgleichheit, Infrastrukturmaßnahmen etc. Die andere Seite argumentiert, dass nur eine möglichst flexible

einzelbetriebliche Orientierung der Interessenvertretung und der Verzicht auf flächendeckende Regeln zu einer Verbesserung der unternehmerischen Situation führe – im Kern ist dies das Argument: je weniger Staat und weniger allgemeine Regelung, desto besser für die Unternehmen. Hier geht es also sowohl um kurzfristige vs. langfristige als auch um einzelbetriebliche vs. volkswirtschaftliche Entwicklung.

Als wir die Gelegenheit hatten, mit Ihnen und Ihren KollegInnen an der Renmin-Universität in Beijing zu diskutieren, hatten wir den Eindruck, dass einige Ihrer KollegInnen ein solches Modell der überbetrieblichen Regulierung nicht favorisierten. Sie argumentierten, dass das japanische oder südkoreanische Modell der Arbeitsbeziehungen aufgrund seiner stärker einzelbetrieblichen Orientierung besser zu den chinesischen Bedingungen passen würde als das deutsche, das durch ein höheres Maß tariflicher und gesetzlicher Regulierung gekennzeichnet sei und einen starken Staat voraussetze. Würden Sie sagen, dass ein starker Staat Voraussetzung für ökonomische Wohlfahrt ist? Und wie bewerten Sie die Deregulierungspolitik und die Orientierung an einzelbetrieblichen Lösungen?

CK: (lacht) Die Diskussion über die Rolle des Staates und die Frage, welches Modell der Interessenvertretung angemessen sei, gibt es auch in China. Einige verweisen darauf, dass es selbst im Kontext des deutschen Systems der Interessenvertretung mit seinen ausgeprägten staatlichen und gesetzlichen Elementen mittlerweile eine Tendenz zur Deregulierung gäbe. Dabei gibt es meines Erachtens zwei Voraussetzungen in den deutschen Arbeitsbeziehungen dafür, dass diese Deregulierung überhaupt funktioniert: Das erste sind die klaren und relativ umfassenden gesetzlichen Rahmenbedingungen, das zweite die relativ starken Gewerkschaften. Insbesondere das System der Flächentarifverträge auf Branchenebene und das Mitbestimmungsgesetz sind hier die ausschlaggebenden Faktoren. Vor diesem Hintergrund ist es überhaupt erst möglich, dass der Staat zurücktritt und Arbeit und Kapital die Verhandlungen und Entscheidungen überlässt.

Doch die Situation in China ist vollkommen anders. Zum einen haben wir in China kein umfassendes Rechtssystem in Bezug auf die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital. Zum anderen haben wir zwar seit 1994 das Arbeitsrecht, doch dessen Umsetzung lässt zu wünschen übrig. Sowohl Legislative als auch Exekutive sind insofern defizitär. Hinzu kommt, dass die Rolle der Gewerkschaften problematisch ist. Sie sind weit davon entfernt, die Interessen der ArbeiterInnen zu vertreten. In vielen Unternehmen werden die Gewerkschaften durch das Management kontrolliert. Und die Entwicklung von Tarifverhandlungen und Tarifverträgen ist ebenfalls noch nicht sehr weit gediehen, so dass wir darauf nicht zählen können. Hier verändert sich derzeit zwar Einiges, doch wenn wir alle diese Probleme lösen wollen, müssen wir weiter denken. Meiner Einschätzung nach ist staatliche Macht hier ausschlaggebend. Ich würde sagen: Wir brauchen mehr statt weniger gesetzliche Regulierung. Wenn in der Zukunft beide Seiten, Arbeit und Kapital, entwickelter sein werden, könnte die einzelbetriebliche Orientierung wieder eine größere Rolle spielen. Doch wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt mehr Deregulierung zulassen würden, werden sich die Arbeitskonflikte verschärfen.

Um dieses Stichwort aufzugreifen: Welche Bedeutung hat der Aspekt der wachsenden Anzahl von »mass incidents«[1] für die neue Gesetzge-

1 Als »mass incidents« gelten »wilde Streiks« – also, da Streiks verboten, alle Arbeitsniederlegungen oder Protestmanifestationen am Arbeitsplatz oder darüber hinaus –, aber auch das häufig mit Enteignungen verbundene Einreichen von Petitionen, Demonstrationen und Protestaktionen aller Art, die statistisch erfasst werden.

bung? Hat die Zahl von 87 000 »mass incidents«, über die in den Medien hier für das Jahr 2005 berichtet wird, die Regierung beeinflusst – nach dem Motto: Wenn das nicht eskalieren soll, dann müssen wir etwas tun für die Verbesserung der Interessenvertretung?

CK: Als wir das Arbeitsvertragsgesetz entwickelt haben, sind wir von einer Flut von weiteren »mass incidents« innerhalb kürzester Zeit ausgegangen. Im ersten Quartal dieses Jahres hat sich beispielsweise in Shenzhen im Süden Chinas die Zahl der Protestaktionen verdoppelt. Dieses Phänomen hängt mit dem steigenden Klassenbewusstsein zusammen, das wiederum auch eine Folge des Inkrafttretens des neuen Arbeitsvertragsgesetzes ist.

In den meisten dieser Konflikte haben die Beschäftigten begriffen, dass die Unternehmen arbeitsrechtliche Bestimmungen verletzt haben, z.B. die Arbeitszeitbestimmungen oder die Überstundenbezahlung. Viele Beschäftigte ziehen jetzt vor die Gerichte und klagen gegen die Unternehmen. Mit anderen Worten: Die Zunahme von Arbeitskonflikten ist auch Ausdruck eines steigenden Rechtsbewusstseins, weil die Beschäftigten mit dem neuen Gesetz ein Instrument in der Hand haben, gegen illegale Praktiken der Unternehmen zu protestieren. Normalerweise erfüllen die örtlichen Behörden die Forderungen der Beschäftigten – sofern diese berechtigt sind. Üblicherweise sind es die Unternehmen, die gegen das Gesetz verstoßen, so dass es keinen Grund gibt, diese zu unterstützen. Wenn nun auch noch das Rechtsbewusstsein der Unternehmen zunimmt, ist davon auszugehen, dass die Zahl der Konflikte abnimmt.

Und, wie schon erwähnt, hat das Arbeitsvertragsgesetz darüber hinaus auch positive Auswirkungen auf das Klassen- und das Rechtsbewusstsein der ArbeiterInnen.

Das hört sich so an, als ob die Beschäftigten über das Arbeitsvertragsgesetz informiert seien und ihre Rechte kennen würden. Wie ist dies gelungen? Auch in Deutschland gibt es viele Menschen – vor allem in Kleinbetrieben, gewerkschaftlich nicht Organisierte, BerufsanfängerInnen, gering Qualifizierte etc. –, die ihre Rechte nicht kennen. Wie ist es gelungen, dass die Beschäftigten in China ihre Rechte kennen?

CK: Es ist das erste Mal in China, dass ein Gesetz derartig weit verbreitet und publiziert wurde – und dass es eine solche öffentliche Aufmerksamkeit erfahren hat. Als wir den Entwurf des Gesetzes fertiggestellt hatten, haben wir ihn publiziert und die Bevölkerung dazu aufgerufen, ihre Meinung zu dem Gesetzentwurf abzugeben. Darüber hinaus haben Staat und Gewerkschaften Informationen über das Gesetz verbreitet. Hinzu kommt, dass die zahllosen Debatten im akademischen Bereich, im Internet und in den Medien auch die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben. Wir dürfen hier den technologischen Vorteil der modernen chinesischen Gesellschaft nicht vergessen: Die Bevölkerung hat und verschafft sich Zugang zum Internet. Insofern ist dieses Gesetz sehr weit verbreitet – nicht nur unter Beschäftigten, sondern auch unter Unternehmern.

Siqi (gemeint ist die Übersetzerin des Gesprächs; Anm. d. Red.), Sie hatten in Ihrem Beitrag für den express (Nr. 12/2007) zu den vielfältigen Versuchen der Unternehmen, das Arbeitsvertragsgesetz zu umgehen, noch bevor es in Kraft getreten ist, Chang Kai zitiert, dass einige Unternehmen das Gesetz missverstanden hätten. So seien die Unternehmen vielfach davon ausgegangen, dass es künftig maximal zwei Befristungen in Folge geben darf. Dies sei von den Unternehmen so verstanden worden, als ob sie grundsätzlich nur noch unbefristete Verträge anbieten dürften. Das spricht nicht für einen hohen Grad an Informiertheit oder dafür, dass der Gehalt des Gesetzes verstanden worden ist. Wie ist es zu erklären, dass es zu diesen Umgehun-

gen kam? Oder in anderen Worten: Könnte es sein, dass es sich nicht um ein Missverständnis handelt, sondern um den gezielten Versuch der Umgehung?

CK: Das ist kompliziert. In einigen Fällen ist es sicher so, dass die Unternehmen das Gesetz bewusst missverstehen. Das ist wahrscheinlich überall auf der Welt ein Teil des Spiels zwischen Kapital und Arbeit. Sie haben keine rechtlichen Grundlagen für ihr Verhalten – sie wollen sich einfach nicht anders verhalten. Es gibt sicher viele Unternehmen, die versuchen, das Gesetz zu umgehen bzw. dessen Folgen aus dem Weg zu gehen. Daneben gibt es aber auch eine Reihe von Bestimmungen im Rahmen dieses Gesetzes, die nicht klar genug sind in ihren Anwendungsbezügen.

Könnten Sie ein Beispiel für solche Unklarheiten bzw. einen Nachbesserungsbedarf geben?

CK: Einige Bestimmungen sind einfach zu abstrakt, sie sind nicht klar genug hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit. Einige andere Bestimmungen sind noch nicht konsistent, es gibt noch Widersprüche zu den bisherigen oder in den neuen Formulierungen.

Vor dem Arbeitsvertragsgesetz gab es bereits das Arbeitsrecht von 1994. Auch dies enthielt eine Reihe wichtiger Bestimmungen wie z.B. die 5-Tage-Woche im Rahmen einer 40-Stunden-Woche, eine Begrenzung von Überstunden auf maximal 36 Stunden pro Monat und maximal drei pro Tag etc. Als wir im Rahmen unserer Rundreise, insbesondere in Betrieben im Süden Chinas, mit GewerkschafterInnen gesprochen haben, berichteten sie uns, dass das Gesetz zwar gar nicht schlecht sei, dessen Bestimmungen praktisch jedoch oft nicht umgesetzt würden. Sie führten an, dass die Gewerkschaften selbst oft zu schwach seien, weil ihr Einfluss sich meist auf die ehemaligen Staatsunternehmen, die Danweis, beschränke, während sie in der Privatindustrie oft gar nicht vertreten wären. Wer soll also für die Einhaltung des neuen Gesetzes sorgen? Welche Kräfte in der Gesellschaft sollten ein Interesse daran haben, dessen Umsetzung zu kontrollieren?

CK: Auch die Frage nach den Grenzen des 1994er Gesetzes ist keine einfache Frage. Ein Grund ist, dass die Adressaten, die rechtlichen Durchführungsbestimmungen und die Konsequenzen einer Nicht-Beachtung zu unklar waren. So gibt es zum Beispiel die Vorschrift, dass ein unterzeichneter Arbeitsvertrag vorhanden sein muss, aber das Gesetz sagt nichts darüber, was passiert, wenn der Vertrag nicht vorliegt. Es gab keine Sanktionen für die Durchführung. Im Arbeitsvertragsgesetz hingegen gibt es klare Verpflichtungen und klare Sanktionen, falls diese nicht eingehalten werden. So müssen die Arbeitgeber jetzt, falls sie nicht innerhalb eines Jahres einen unterschriebenen Vertrag vorlegen, den doppelten Lohn zahlen, und das Arbeitsverhältnis wird automatisch auf einen unbefristeten Arbeitsvertrag umgestellt. Diese Bestimmung ist einfach und effektiv. Jetzt sind es die Unternehmen, die sich beeilen müssen mit einem Vertrag – und nicht die Beschäftigten, die unter Druck stehen. Die Arbeitgeber stehen so unter Druck, das einige schon angerufen haben und wissen wollten, was passiert, wenn die Beschäftigten den Vertrag nicht unterschreiben wollen.

Ein anderes Beispiel sind die Entlassungen: Früher gab es keine Verpflichtung, Entschädigungen zu zahlen. Jetzt müssen sie die doppelte Entschädigungssumme zahlen – im Falle illegaler Entlassungen. Dieses Gesetz hat die Fähigkeit der ArbeiterInnen, ihre Rechte selbst zu schützen, gestärkt. Die ArbeiterInnen selbst sind es jetzt, die die wichtigste Kraft bei der Umsetzung des Gesetzes sind. Es ist darüber hinaus aber auch wichtig, die Möglichkeit und die Fähigkeit zur Umsetzung des Gesetzes in den Behörden und in den Gewerkschaften zu stärken.

Hat jeder Beschäftigte als Individuum das Recht, sich zu beschweren bei Verstößen gegen das Gesetz? Oder muss die Beschwerde über die Gewerkschaft vorgetragen werden? Und bei wem sind Verstöße anzuzeigen: vor Gericht, vor der Arbeitsbehörde, vor der Betriebsleitung?

CK: Grundsätzlich hat jeder einzelne Beschäftigte seit 1994 das Recht, sich zu beschweren. Sie können auf Basis des 1994er Arbeitsrechts zunächst das betriebliche Mediationsverfahren wählen, das in jedem Unternehmen angeboten wird. Sie können aber auch den Weg der betrieblichen Verhandlungen über die gewerkschaftliche Interessenvertretung wählen oder, falls dies scheitert, direkt vor Gericht gehen.

Ein Kollege von Ihnen, Wen Tiejun, schrieb über das Problem der Proletarisierung durch die MigrantInnen, die vom Land in die Städte gingen. Als wir mit ihm in Beijing sprachen, sagte er, es wäre nicht sinnvoll, den MigrantInnen vom Land die gleichen Rechte wie den registrierten StadtbewohnerInnen zu geben, also das Hukou-System aufzuheben, das die Sozialversicherungen an den Ort der registrierten Herkunft bindet. Das neue Arbeitsgesetz sagt, dass nun alle WanderarbeiterInnen am Arbeitsplatz die gleichen Rechte wie die registrierten StadtbewohnerInnen haben sollten. Wen Tiejuns These: Wenn alle LandbewohnerInnen die gleichen Rechte wie die StadtbewohnerInnen hätten, würden die Städte bzw. deren ökonomische Situation dies nicht verkraften. Seine Lösung: »Wir müssen Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Land bieten und den MigrantInnen am Ort ihrer Herkunft Möglichkeiten zu einer nachhaltigen Subsistenzwirtschaft eröffnen.« Wie beurteilen Sie die Aufhebung des Hukou-Systems, d.h. die Gleichberechtigung der MigrantInnen?

CK: Meine grundsätzliche Überzeugung ist, dass die MigrantInnen am Arbeitsplatz die gleichen Rechte haben sollten wie die ortsansässigen Beschäftigten. Wenn man jedoch die dualistische sozialversicherungsrechtliche Situation auf dem Land und in den Städten berücksichtigt, gibt es besondere Probleme mit der Renten- und der Arbeitslosenversicherung. Diese sozialversicherungsrechtlichen Unterschiede können wir nur mit der Regierung auf gesetzlichem Wege Schritt für Schritt versuchen abzubauen. Doch in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse der einzelnen Beschäftigten sollten gleiche Rechte am Arbeitsplatz gelten. Und es ist gut, dass es im Arbeitsvertragsgesetz auch keine Diskriminierung der MigrantInnen mehr gibt.

Sie haben den Slogan der »harmonischen Gesellschaft« erwähnt. Wie würden Sie die Situation der KP in der gegenwärtigen Situation nach den letzten beiden Volkskongressen beschreiben? Denken Sie, dass es dabei nach wie vor Bezüge zu einem wie auch immer inhaltlich bestimmten kommunistischen Selbstverständnis gibt, oder dass es eher darum geht, China im Rahmen eines globalen Standortwettbewerbs nach vorne zu bringen? Was ist mit der Rede von der »harmonischen Gesellschaft« gemeint?

CK: Der Slogan »harmonische Gesellschaft« ist auf pragmatisch-technische Gründe zurückzuführen. Kommunismus ist zwar der Bezugspunkt, doch es gibt bekanntlich keinen direkten Weg dorthin. Es handelt sich eher um eine Korrektur oder einen Ausgleich der voran gegangenen Phase, die wesentlich durch eine Orientierung an ökonomischem Wachstum geprägt war. Der Begriff der »harmonischen Gesellschaft« zielt auf eine soziale Balance in der Gesellschaft. Eine gesunde Gesellschaft beinhaltet sowohl ökonomisches Wachstum als auch soziale Gerechtigkeit. Die Regierung versucht, diese beiden Aspekte miteinander in Einklang zu bringen, das Arbeitsvertragsgesetz ist ein Ausdruck dessen.

Eine letzte Frage: In der Bundesrepublik wird

über die Frage diskutiert, ob Corporate Social Responsibility (CSR) bzw. überhaupt freiwillige Unternehmensvereinbarungen ein geeignetes Instrument zur Beeinflussung der Arbeitsverhältnisse sein können. In der IGM wird z.B. von Wolfgang Müller die These vertreten, dass deutsche ArbeiterInnen die Implementierung von CSR in China unterstützen sollten, weil dies im Sinne der anregenden Wirkungen eines »best practise«-Modells Auswirkungen auf die Universalisierung von Arbeitsstandards habe, solange Staat und Gewerkschaften zu schwach seien. Was denken Sie über das Verhältnis freiwilliger vs. gesetzlicher Auflagen für Unternehmen?

CK: In China gibt es keinen wirklichen Konflikt zwischen den beiden Ebenen, denn das Arbeitsvertragsgesetz beinhaltet alle Regulierungen, die auch in den CSR-Vereinbarungen formuliert werden. Umgekehrt: Wenn Unternehmen CSR oder andere freiwillige Unternehmensvereinbarungen abschließen wollen, können Sie das auf Basis des Arbeitsvertragsgesetzes tun und auch darüber hinaus gehen. Wir gehen davon aus, dass die treibenden Akteure der CSR-Bewegung die multinationalen Unternehmen sind. Sofern die vereinbarten Kodices zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten bzw. der ArbeiterInnenbewegung dienen, ist dies akzeptabel. Doch es ist absolut notwendig, dass CSR nicht kommerzialisiert, oder in andere Worten: als Alibi benutzt wird.

Dazu das Beispiel von Mattel: Mattel hatte Probleme mit Blei-verseuchter Farbe in Kinderspielzeug. Es gab viele Klagen über diese giftige Farbe, sowohl bei KonsumentInnen als auch bei ProduzentInnen, doch Mattel hat sich auf den Standpunkt zurückgezogen, dass die Zulieferer für diese Produktionscharge verantwortlich gewesen seien, und dass es eine eigene Zertifizierungsagentur gebe, die in diesem Fall versagt habe, weil sie die Zulieferer nicht ordentlich geprüft habe. Mattel behielt also eine weiße Weste, während der Zulieferer aufgrund der zurückgehenden Aufträge Leute entlassen hat – alles auf Basis eines zertifizierten CSR-Abkommens.[2]

CK: Wir haben diesen Fall, dass CSR als Werbung benutzt wird, oft. Das zeigt uns, dass kein Unternehmenskodex eine unabhängige ArbeiterInnenbewegung und starke Gewerkschaften ersetzt. Deshalb haben wir versucht, die betrieblichen oder unternehmerischen Anforderungen zur Unternehmensverantwortung auf gesetzlicher Ebene, d.h. im Arbeitsvertragsgesetz zu verankern.

Wir danken für dieses Gespräch – insbesondere auch der Übersetzerin, Siqi Luo.

Übersetzung aus dem Englischen: Kirsten Huckenbeck

(erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 10/08)

2 Vgl. Anne Scheidhauer: »CSR, CoC, prima Gesetze...«, in dieser Broschüre

Tongxin Shiyan Xuexiao (Bejjing):
WanderarbeiterInnenzentrum mit Schule für die Kinder ...

... und Nachtschule für die Eltern, Thema: ein Gedicht über das Frühlingsfest

CSR, CoC, prima Gesetze...

Anne Scheidhauer klagt: ...nur schade, dass Cadmium und Blei nicht lesen können – auch nicht in China. Zur Kampagne gegen »Gold Peak«

»Auch etwas Unsichtbares kann Dich krank machen. Ich fürchte, wer selbst keine Erfahrungen damit gemacht hat, kann das nicht verstehen. Das Wissen der meisten Beschäftigten ist begrenzt. Letztlich kannst Du nicht wissen, wie viele unsichtbare Gefahren an Deinem Arbeitsplatz lauern. Dein Boss weiß es, aber er wird es Dir nicht sagen!« Wang Fengping, Beschäftigte von Gold Peak und schwer krank aufgrund von Cadmium-Kontaminierung, in einem Blog-Eintrag vom 11. November 2007, aus dem Chinesischen ins Englische übersetzt von Spencer und Ye.[1]

Die Frage der Sicherheit von Spielzeug aus chinesischer Produktion hat im Laufe des Jahres 2007 hierzulande ungewöhnlich viel öffentliche Aufmerksamkeit erfahren, als unter anderen der Spielzeug-Multi Mattel Inc. wegen Sicherheitsmängeln und Rückrufaktionen seiner Markenprodukte »Made in China« in Verruf gekommen war, die Verantwortung postwendend an seine chinesischen Zulieferer abgeschoben hatte, sich später aber beim »chinesischen Volk« für diese pauschale Schuldzuweisung entschuldigen musste.

Aber wie sieht es eigentlich mit den Sicherheitsinteressen der Menschen an jenem anderen Ende der globalen Wertschöpfungskette aus? Etwa in China, der inzwischen hierzulande oft so betitulierten »Werkbank der Welt«: Der »Fall« Gold Peak Batteries International Ltd., über den wir im express bereits mehrfach berichtet haben (u.a. Nr. 12/2006 und 1/2007), ist nur eines von vielen Beispielen. Das Unternehmen produziert Nickel-Cadmium-Batterien (NiCd-Batterien). Diese haben weltweit zwar nur noch einen relativ kleinen Marktanteil, aber für die Verwendung in Spielzeug, Fotoapparaten, Akkuschraubern, schnurlosen Telefonen etc. immer noch Vorteile: Sie sind leistungsstark und vor allem preiswert. Nur ist Cadmium leider eine sehr giftige und für den Menschen in vielerlei Hinsicht extrem gesundheitsschädliche Chemikalie.

Die EU hat hierauf inzwischen mit einem weitgehenden Verbot reagiert (siehe Kasten 2). Die NiCd-Batterie ist also in Europa ein Auslaufmodell und wurde bereits in den letzten Jahren nach und nach durch andere Technologien ersetzt. In den USA hingegen fehlt eine entsprechende gesetzliche Regelung, und so verzichten zwar einzelne Unternehmen freiwillig auf NiCd-Batterien, doch diese machen immer noch drei Prozent des dortigen Batteriemarktes aus.[2]

Die Karriere der NiCd-Batterie ist beispielhaft für den Umgang der global operierenden Unternehmen mit gefährlichen Technologien, Umweltproblemen und arbeitsintensiver bis hin zu gesundheitsschädlicher Produktion: Sie exportieren sie. Sobald in den alten Industrieländern Schutzmaßnahmen für Beschäftigte bzw. ökologische Grenzwerte gesetzlich verankert oder die so genannten »externen« Produktionsfolgen –

1 Jane Spencer/Juliet Ye: »Toxic Factories Take Toll On China's Labor Force«, in: The Wall Street Journal Online, 15. Januar 2008; http://online.wsj.com/public/article_print/SB119972343587572351.html

2 Ebd.

wie bescheiden auch immer – bepreist und den Unternehmen in Rechnung gestellt werden, ziehen diese dahin weiter, wo menschliche und ökologische Ressourcen noch wohlfeil zu haben sind. Kostensenkung ist das oberste Gebot.

So landen giftige Chemikalien wie das Cadmium inzwischen meist nicht mehr in europäischen oder US-amerikanischen Körpern, Böden und Flüssen, sondern vernichten vorzugsweise anderswo Umwelt und Gesundheit der Menschen. In den Ländern der Ersten Welt muss sich bald niemand mehr mit diesen Altlasten gesundheitsschädlicher Produktion herumschlagen, denn das käme die Unternehmen viel zu teuer zu stehen: Teure Schutzvorkehrungen, Sanierungskosten, millionenschwere Entschädigungsprozesse und Imageverluste können – so das Kalkül, das leider allzu oft aufgeht – mit der Verlagerung »weit weg« in Zukunft vermieden werden.

In den USA selbst beispielsweise gibt es heute noch exakt zwei Unternehmen, die NiCd-Batterien herstellen – und das für hochspezialisierte Anwendungen wie z.B. in Flugzeugmotoren und unter strengen arbeits- und umweltschutzrechtlichen Auflagen.

Verseuchung

Auch in China gelten offiziell die Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation WHO für den Umgang mit Cadmium, und nicht in allen Fabriken wird dagegen verstoßen. Die leidvolle Erfahrung von Millionen Beschäftigten in Ländern rund um die Welt zeigt allerdings, dass die bloße Existenz von Gesetzen noch lange nicht bedeutet, dass diese auch zur Anwendung kommen, geschweige denn ihre Einhaltung wirksam kontrolliert wird.

So stellen Spencer und Ye[3] fest: »In China gibt es Dutzende massivst kontaminierte Cadmium-›Brennpunkte‹. Über zehn Prozent des chinesischen Ackerlandes sind mit Cadmium und anderen Schwermetallen verseucht, die so ins Essen der Menschen gelangen. In den vergangenen zwei Jahren hat eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien bedenkliche, stellenweise auch exzessive Mengen Cadmium in Obst und Gemüse von chinesischen Feldern nachgewiesen. Die Batterieindustrie ist dabei nicht der einzige Verursacher, aber ein zentraler.«

Während Umwelt und Menschen in den Produktionsländern geschädigt werden, waschen die auftraggebenden großen Konzerne ihre Hände in Unschuld. So z.B. der Spielzeughersteller Mattel Inc. im Zusammenhang mit einer der eingangs erwähnten Rückrufaktionen (Spielzeug mit stark bleihaltigem Anstrich, Pressemitteilung 14. August 2007): »Das Spielzeug wurde von einem Vertragsherstellerwerk von Mattel hergestellt, das einen weiteren Zulieferer mit dem Anstrich von Teilen des Spielzeugs beauftragt hatte. Obwohl der mit dem Anstrich beauftragte Untervertragsnehmer verpflichtet war, Farbe zu verwenden, die ihm direkt vom Vertragsherstellerwerk zur Verfügung gestellt wurde, verstieß er gegen Mattels Standards und verwendete Farbe eines nicht-autorisierten Dritt-Lieferanten.«

Aber gerade diese transnational agierenden Konzerne sind es, die ihre Zulieferer und Sub-Zulieferer mit immer härterem Druck auf die Preise in einen gnadenlosen Dumping-Wettbewerb hineintreiben, in dem diese nur überleben können, wenn sie ihrerseits jede nur denkbare Möglichkeit zur Kostensenkung ausloten. Ohne

3 Ebd.

Cadmium

Cadmium und seine Verbindungen sind als »sehr giftig« eingestuft; außerdem besteht begründeter Verdacht auf krebsauslösende Wirkung beim Menschen. Eingeatmeter cadmiumhaltiger Staub führt zu Schäden an Lunge, Leber und Niere. Cadmium hat keine Funktion im menschlichen Körper. Cadmiumstaub kann aber wie ein Schwangerschaftshormon wirken. Gemäß Chemikalienverbotsverordnung darf der Cadmiumgehalt in Kunststoffen 0,01 Gewichtsprozent (100 mg/kg) nicht überschreiten. Dieser Grenzwert gilt EU-weit.

In Arbeitsbereichen, in denen mit erhitzten Cadmiumverbindungen gearbeitet wird (Lötplätze und Cadmierbäder), ist für eine gute Durchlüftung oder Absaugung zu sorgen. Besonders Personen, die in Fabriken mit hohem Cadmiumausstoß arbeiten, sind erhöhten Gefahren ausgesetzt. Aber auch von wilden Müllplätzen und Metallwerken gehen Gefahren aus. Das Einatmen von Cadmium kann die Lungen ernsthaft schädigen und sogar zum Tod führen. Unfälle in der Industrie und jahrzehntelange Emissionen machen die realen Gefahren deutlich.

Symptome:
Durchfall, Magenschmerzen und heftiges Erbrechen; Nierenschädigung; Knochenbrüche; Schäden am Zentralnervensystem; Schäden am Immunsystem; Störungen in der Fortpflanzung und eventuell sogar Unfruchtbarkeit; Psychische Störungen; Mögliche DNA-Schäden und Krebsentstehung

(Quelle: Wikipedia; Stichworte: »Cadmium« und »Nickel-Cadmium-Akkus«)

über die tatsächlichen Geschehenisse im konkreten Fall urteilen zu wollen: Es wäre vor diesem Hintergrund stets eine zumindest ökonomisch rationale Entscheidung, die schöne, teure Farbe zu verkaufen und für die Produktion billigere zu benutzen, um das Überleben des Betriebes und der Jobs zu sichern.

Natürlich ist auch unter den Zulieferern der Typ des skrupellosen »Mitnehmers« verbreitet, den die auftraggebenden Konzerne wie in der Mattel-Pressemeldung generell unterstellen. Allerdings finden sich in solchen Fällen die Beschäftigten typischerweise eines Morgens plötzlich vor verschlossenen Toren, ohne Chance auf Zahlung noch ausstehender Löhne für manchmal mehrere Monate, die Fabrik ist ausgeräumt und ein paar Kilometer weitergezogen, wo sie die Produktion unter neuem Namen mit neuen Beschäftigten wieder aufnimmt und ab da unbehelligt weiterproduziert – bis zum nächsten Ärger mit lästigen Gewerkschaften oder Auflagen. Weniger typisch ist hingegen für solche Fälle von moralvergessener Selbstbereicherung, dass der Fabrikbesitzer am Ende Selbstmord begeht, wie im Fall eines der von der erwähnten Mattel-Pannenserie betroffenen Betriebe.

Den Zulieferern die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards abzufordern, die man zu Hause in Form von mit glücklichen Menschen bebilderten Hochglanzbroschüren unter den Stichworten »Company Code of Conduct« und »Corporate Social Responsibility«[4]

4 Company Code of Conduct (CoC): unternehmenseigener Verhaltenskodex; eine Art imagewirksame Selbstverpflichtung von Unternehmen auf soziale und ökologische Standards; Corporate Social Responsibility (CSR): angewandte soziale Verantwortung von Unternehmen

EU-Richtlinie zu gefährlichen Stoffen in Elektro- und Elektronikgeräten

Im Dezember 2002 hat der EU-Ministerrat eine Richtlinie (2002/95/EG) verabschiedet, deren Ziel es ist, die technische Nutzung von Cadmium zu reduzieren. Vorbehaltlich der Zustimmung des EU-Parlaments sollten die Mitgliedsstaaten innerhalb von zwei Jahren durch nationale Gesetze zunächst Nickel-Cadmium-Akkus verbieten. Auf Wunsch einiger Mitgliedsstaaten – darunter auch Deutschland – sollten jedoch unter anderem schnurlose Elektrowerkzeuge, so genannte Power Tools, von dem Verbot zunächst ausgenommen werden, weil »für Power Tools nicht sichergestellt ist, dass gleichwertiger Ersatz aktuell verfügbar ist«. 2006 hat das Europäische Parlament eine veränderte Version der Richtlinie (2006/66/EG) angenommen, die Batterien und Akkumulatoren mit mehr als 0,002 Gewichtsprozent Cadmium verbietet. Diese Richtlinie muss bis 2008 umgesetzt sein.

(Quelle: Wikipedia; Stichworte: »Cadmium« und »Nickel-Cadmium-Akkus«)

vor sich herträgt, während man gleichzeitig den Produzenten gegenüber die Abwärtsspirale der Preise weiter anheizt, ist ein Widerspruch in sich. Aus Perspektive der Konzerne ist es der logische Ausdruck einer perfiden Strategie der Gleichzeitigkeit von ausbeuterischer Realität und sauberem Image.

Aber Arbeitsschutz und Umweltschutz sind nicht zum Nulltarif zu haben! Ein ernst gemeinter Unternehmenskodex kostet Geld!

So lange sich diese Einsicht nicht herumgesprochen hat, werden die multinationalen Konzerne immer wieder versuchen, Schaden vom Unternehmensimage allein mit wohlfeilen Unschuldsphrasen und hübschen, bunten Prospekten abzuwenden.

Kampagnen

Gewerkschaften und Gruppen von AktivistInnen müssen in ihren Kampagnen zur Unterstützung der betroffenen Beschäftigten Druck auf die großen, transnational agierenden Konzerne ausüben, wenn sie etwas bewirken wollen. Im Rahmen der Gold Peak-Kampagne bedeutet das konkret: Unternehmen sind gedrängt worden, die Nutzung von NiCd-Batterien in ihren Produkten auslaufen zu lassen. Toys'R'Us Inc. und Mattel Inc. haben sich hierzu im Februar 2008 bereit erklärt, und der internationale Druck auf weitere betreffende Unternehmen wächst, als da wären: Canon, Casio, Fuji, JVC, Kodak, Konica Minolta, Nikon, Olympus Panasonic, Pentax, Ricoh, Sony und Toshiba, um nur die größten zu nennen.

Die legitimen Anliegen der kranken und kontaminierten ArbeiterInnen – eine menschenwürdige Behandlung, die Anerkennung ihrer Gesundheitsschäden als Folge ihrer Arbeit bei Gold Peak sowie angemessene Entschädigungs- und Abfindungszahlungen – werden indessen von der Gegenseite weiter durch die Instanzen getrieben. Unternehmens-Chef Victor Lo hat es von Anfang an vorgezogen, die Erkrankten als Simulanten zu bezeichnen, denen es nur darum ginge, sich mit solchen Zahlungen die Taschen

zu füllen. Und statt eine angemessene Entschädigung zu erwägen, verklagte das Unternehmen lieber gleich drei Organisationen (Globalisation Monitor, ITUC/HKCTU, Neighbourhood and Workers Service Center), die den Betroffenen in einer nun schon Jahre andauernden Kampagne zur Durchsetzung ihrer Ansprüche verhelfen wollen.

Mit einem Aufruf zum International Commemoration Day am 28. April wies die International Trade Union Confederation (ITUC) noch einmal darauf hin, dass Gold Peak weiterhin unbehelligt produziert[5]: »Ständig gibt es Berichte über fehlenden Schutz der Beschäftigten vor Kontakt mit gefährlichen Substanzen, über mangelndes Monitoring und verdächtige Risikoanalysen durch das Unternehmen und die lokalen Behörden. Unfälle, Krankheiten, ungelöste Konflikte, Streiks, Gerichtsverhandlungen und die Weigerung, unrechtmäßig Gekündigte wieder einzustellen, verschärfen die Situation zusätzlich. Darüber hinaus wurde den Betroffenen vollständige und faire Entschädigung verweigert. Die Klage gegen die Gewerkschaft Hong Kong Confederation of Trade Unions (HKCTU, Mitglied der ITUC) und lokale Gruppen wird vom Unternehmen nach wie vor betrieben, um lokale AktivistInnen mundtot zu machen.«

Dabei hatte das Unternehmen nach der schlechten Presse durch die Kampagne behauptet, die Produktion von NiCd-Batterien eingestellt zu haben. Tatsächlich jedoch hatte das Management – ganz im Trend der Zeit – eine kreativere Idee: Auslagerung der potenziell gesundheitsschädlichen Produktion an einen Zulieferer.

Anne Scheidhauer ist Mitarbeiterin des tie-Bildungswerks und dort Ansprechpartnerin für das ExChains-Projekt.

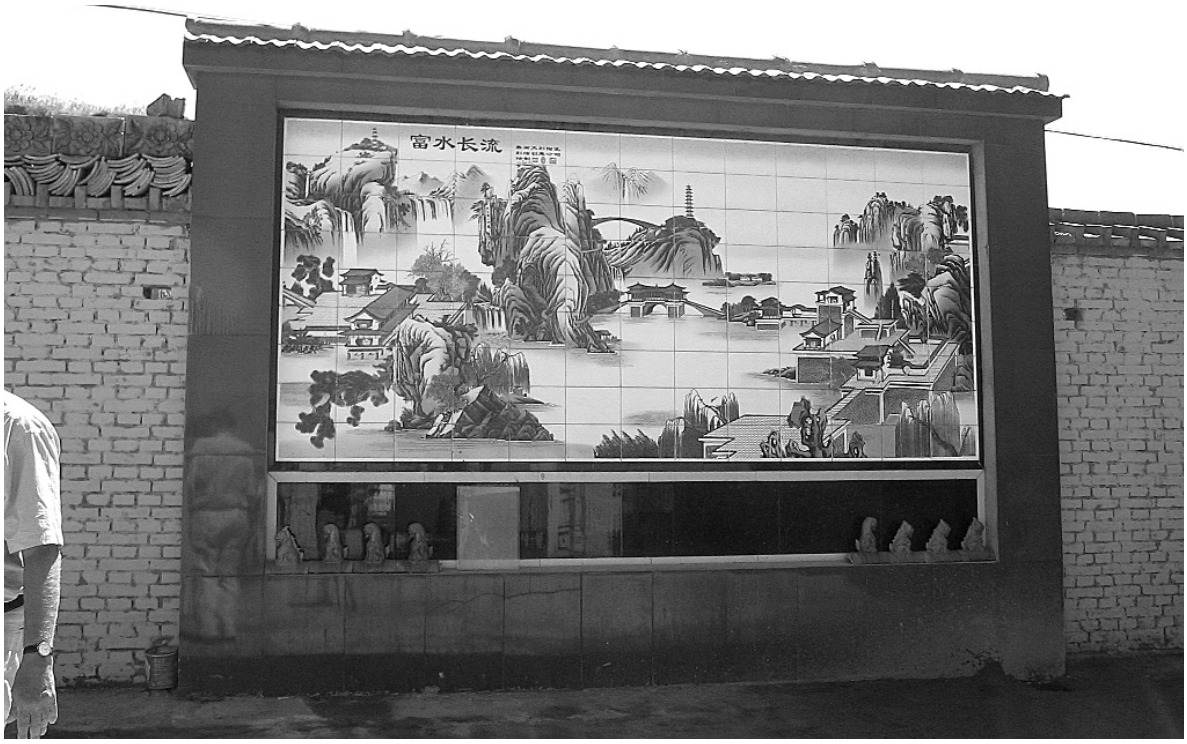
Zum Weiterlesen:
Hong Kong Liaison Office of the international trade union movement (IHLO): »Gold Peak Battery Case: Poisoning in the Pearl River Delta«, Juli 2006;
www.ihlo.org/C/GP%20Workers/310706.html

Globalisation Monitor: »Report on the Gold Peak Cadmium Poisoning Case«, März 2007;
http://old.global-unions.org/pdf/ohsewpQ_9f.EN.pdf

(erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 5/08)

5 ITUC/Global Unions: »28. April International Commemoration Day (ICD), Hong Kong Unions Focus on Cadmium, Cancer Fears in Chinese Factories«, 28. März 2008; www.global-unions.org/pdf/ohsewpQ_9j.EN.pdf

»Entkernung« eines Hutong (Altstadt-Viertel) in Beijing



Von den Bergen (Lössgebirge) in die Ebenen: Schautafel zur Umsiedlung eines Dorfes in der Provinz Shanxi

»The Making of...«

Chris Chan und Pun Ngai über Kollektivaktionen von WanderarbeiterInnen in Südchina, Teil I

Ob und inwiefern für China von »Klassen« bzw. »Proletariat« gesprochen werden kann und welche Momente für das »Werden« einer ArbeiterInnenklasse wesentlich sind, ist – wie bei westlichen Intellektuellen, AkademikerInnen und GewerkschafterInnen auch – abhängig von den theoretisch-politischen Perspektiven auf die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt. Doch während solche Fragen und Perspektiven hierzulande kaum – noch – zur Sprache kommen und die sozialgeschichtliche Standards setzende Untersuchung E.P. Thompsons, die das Werden der englischen Arbeiterklasse untersucht hat, auch schon einige Jahre zurück liegt, findet dazu in China eine durchaus rege und offene Kontroverse statt. Dabei spielt auch die Frage nach der Bedeutung von Recht und Gesetz bzw. der »moralischen Ökonomie« eine Rolle. Der folgende Beitrag von Chris Chan und Pun Ngai[1] ist nicht nur eine Antwort auf jene Ansätze, die die Entstehung von Klassenbewusstsein primär als Resultat von Verstößen »gegen das Recht« auf der Basis gegebener Rechte sehen[2], sondern analysiert an zwei Fallstudien auch, welche Bedeutung das sog. »Wohnheimregime« als typische Reproduktionsform für die Entwicklung kollektiver Aktionen unter chinesischen WanderarbeiterInnen hatte.

Der spezifische Prozess der Proletarisierung in Reform-China hat eine neue Arbeiterklasse entstehen lassen, die in zunehmend bewussteren Formen kollektive Kämpfe entwickelt. Spontane Streiks von WanderarbeiterInnen haben seit Mitte der neunziger Jahre deutlich zugenommen. Durch die Untersuchung der inneren Dynamik kollektiver Aktionen der WanderarbeiterInnen im Perlflussdelta wollen wir den Verlauf und die Komplexität der Selbsterzeugung einer neuen Klasse besser verstehen. Die meisten kollektiven Aktionen der jüngsten Zeit entstanden aus Konflikten zwischen ArbeiterInnen und Management im unmittelbaren Produktionsprozess, waren aber zugleich mit Organisierungsversuchen und Aktionen auf dem Gebiet der alltäglichen Reproduktion in Wohnheimen und Stadtteilen verbunden.

Ressourcen des Klassenbewusstseins

Der Aufsatz beruht auf Feldforschungen in der Industriestadt Shenzhen in den Jahren 2003 bis 2007; folgende Fragestellungen lagen den Untersuchungen zugrunde: Wie übersetzen Arbei-

---

1 Chris King-Chi Chan und Pun Ngai unterrichten an der Polytechnischen Universität Hongkong. Der Aufsatz, der auf Englisch unter dem Titel »The Making of a New Working Class? A Study of Collective Actions of Migrant Workers in South China« in The China Quarterly erscheinen wird, wurde für den Abdruck im express stark gekürzt und zusammengefasst. Auf Literaturangaben wurde weitgehend verzichtet. Die vollständige Übersetzung wird im Labournet Germany erscheinen.

2 So zum Beispiel: Lee, Ching Kwan: »Against the Law: Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt«, University of California Press, Berkeley 2007; Isabelle Thireau / Hua Linshan: »The Moral Universe of Aggrieved Chinese Workers: Workers' Appeals to Arbitration Committees and Letters and Visits Offices«, in: The China Journal 2003, Nr. 50, S. 83-103.

terInnen ihr alltägliches Handeln im Verlauf von Streiks in Formen von »Klassenbewusstsein«? Wann, wo und wie entwickeln sie kollektive Aktionen?

Aufgrund unserer Untersuchungen lässt sich erkennen, dass die WanderarbeiterInnen in kritischen Momenten dazu tendieren, in kollektiver Weise gegen das Kapital aktiv zu werden und dabei räumliche und ethnische Schranken überwinden, um einen an Interessen orientierten oder klassenförmigen Arbeitskampf zu entwickeln.

In Studien zur chinesischen ArbeiterInnenbewegung wird oft betont, dass der maoistische Diskurs, neue legale Möglichkeiten und örtliche Netzwerke die wichtigsten Ressourcen seien, die den ArbeiterInnen für ihre Proteste zur Verfügung stünden. Das Erbe des Maoismus und die Rechtsreformen der Regierung haben ohne Zweifel einen diskursiven Raum und institutionelle Kanäle geöffnet, in denen ArbeiterInnen ihre kollektiven Interessen als Rechtsansprüche formulieren können. Aber diese Kanäle hindern sie, so zeigen unsere Untersuchungen, nicht daran, zu Kämpfen überzugehen, die auf der Basis von Klasseninteresse bzw. -bewusstsein stattfinden. Abgeschnitten von jeder wirksamen Unterstützung durch das chinesische Gewerkschaftssystem bleibt den WanderarbeiterInnen oft nichts anderes übrig, als auf ihre eigenen, bereits bestehenden herkunftsbezogenen Netzwerke zur Entwicklung von Kulturen der Solidarität zurückzugreifen. Doch sobald sich unter den ArbeiterInnen Solidarität entwickelt hat, sind sie auch in der Lage, ihre gemeinsamen Interessen entlang von Klassenlinien zu artikulieren.

Produktion, Reproduktion und Proletarisierung

Der spezifische Proletarisierungsprozess der chinesischen WanderarbeiterInnen ist geprägt durch die Stadt-Land-Spaltung und die mit dem chinesischen hukou-System[3] gegebene räumliche Trennung zwischen Produktion und Reproduktion sowie durch die räumliche Rekombination dieser zwei Dimensionen im Rahmen des Wohnheimarbeitsregimes.[4] Die Entstehung dieses Regimes ist nichts völlig Neues, denn der Einsatz von Wohnheimen hat in der Geschichte der westlichen wie der östlichen Industrialisierung eine lange Tradition. Das Interessante daran ist nicht die Wiederkehr einer alten Form der Arbeitskraftvernutzung in der globalen Produktion, sondern die Neubildung von Formen der alltäglichen Reproduktion von Arbeitskraft, die sowohl die Kontrolle wie den Widerstand der ArbeiterInnen im heutigen China prägen. Da der Staat für die Versorgung der neuen Arbeiterklasse in den Industriestädten so gut wie keine Rolle spielt, ist es für die weltmarktorientierten Produktionsfirmen zu Notwendigkeit geworden, Wohnheime zur Unterbringung der Millionen von WanderarbeiterInnen bereitzustellen und sich um ihre alltägliche Reproduktion zu kümmern.

Das Auffallende am heutigen China besteht darin, dass die Kombination aus staatlicher Kon-

3 Das unter Mao eingeführte strenge staatliche System der Haushaltsregistrierung, an das auch die Inanspruchnahme von Sozialleistungen gebunden ist, sollte massenhafte Wanderungsbewegungen unterbinden. Aufgrund der Lockerungen der gesetzlichen Bestimmungen zur innerchinesischen Arbeitsmigration unter Deng Xiaoping leben zwar die meisten WanderarbeiterInnen mittlerweile fast ganzjährig an ihrem Arbeitsort, doch sind sie hier, aufgrund der Bindung der Sozialleistungen an den gemeldeten Herkunftsort, faktisch von diesen ausgeschlossen. Erst in wenigen Provinzen, so in Guangdong, wird von dieser Praxis abgegangen und eine partielle rechtliche Gleichstellung von WanderarbeiterInnen und gemeldeten StadtbürgerInnen angestrebt (*Anm. d. Red.*).

4 Siehe dazu genauer Pun Ngai / Chris Smith: »Putting Transnational Labour Process in its Place: The Dormitory Labour Regime in Post-Socialist China«, in: Work, Employment and Society (2007), Vol. 21, No. 1, S. 27-45.

trolle (hukou-System), der umfangreichen Bereitstellung von Wohnheimen und dem Mangel an unabhängigen Unterkünften zu einem modernen Wohnheimarbeitsregime geführt hat, das weitaus hegemonialer und durchdringender ist, als irgendetwas Vergleichbares in früheren Zeiten der chinesischen Geschichte oder in anderen Tei-len Asiens. Für die mit ausländischem Kapital operierenden Firmen in China ist es charakteristisch, dass sie WanderarbeiterInnen in Wohnheimen unterbringen, die sich auf dem Gelände oder in unmittelbarer Nähe der Fabrik befinden. Es könnte so scheinen, als ob das Management dieser ausländischen oder privaten Firmen im Rahmen dieses Systems über eine außergewöhnliche Kontrolle der Arbeitskräfte verfügt. Ohne Rückgriff auf einen von der Firma unabhängigen häuslichen Raum können die Arbeitstage je nach Produktionserfordernis ausgeweitet werden, was zu einem flexiblen Einsatz, verlängerten Arbeitszeiten und einer umfassenderen Kontrolle in und außerhalb der Arbeit führt.

Trotz seiner fast totalen Kontrolle öffnet das chinesische Wohnheimarbeitsregime aber auch Räume für tägliche Kämpfe und kollektiven Widerstand. In den Wohnheimen geraten die ArbeiterInnen, die bereits durch Geschlecht, Herkunft, Verwandtschaft und Ethnie miteinander verbunden sind, in weitverzweigte Netzwerke der jeweiligen Fabrik und darüber hinaus. Vor allem in der neuen Generation der dagongmei- und dagongzai-Subjekte (der Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter; *Anm. d. Red.*) haben sich solche Netzwerke herausgebildet. Um der disziplinären Kontrolle in den von der Firma gestellten Wohnheimen zu entkommen, mieten einige der besser bezahlten ArbeiterInnen befristet Wohnungen in nahe der Fabrik gelegenen Stadtteilen. Es ist vielfach darauf hingewiesen worden, dass verwandtschaftliche und ethnische Netzwerke eine Hilfe bei der Migration, der Arbeitssuche und der Zirkulation von Informationen über die Arbeit darstellen und den ArbeiterInnen einen Rückhalt bieten, um mit dem Fabrikleben und der städtischen Not zurechtzukommen. Aber in Krisensituationen oder im Verlauf von Streiks gehen die ArbeiterInnen schnell dazu über, diese »weiche« Unterstützung – Verwandtschaftsbeziehungen, ethnische Enklaven, Schwesterlichkeit und persönliche Beziehungen – in die »harte« Ressource des Fabrikkampfs zu transformieren.

Es ist für die ArbeiterInnen relativ leicht, die Wohnheimsituation für die Organisierung ihrer gemeinsamen Anliegen gegenüber dem Management zu nutzen, weil das enge Zusammenleben es schwierig macht, kollektive Aktionen zu verhindern. Die Verdichtung der Zeit, die im Wohnheimarbeitsregime den Produktionserfordernissen dient, kommt umgekehrt der kollektiven Organisierung der ArbeiterInnen zugute, weil sie Konsensfindung und Strategiebildung beschleunigt.

Der Streik von 2004

Fabrik A, die kleine Haushaltsgeräte produzierte, wurde 1992 eröffnet und beschäftigte zu Beginn nur zwanzig bis dreißig ArbeiterInnen. Bis 2004 wurde sie zu einem Komplex von zwei Fabriken mit einer Belegschaft von 9 000 ArbeiterInnen erweitert. Ende 2004 eröffnete die Firma eine weitere Großfabrik in der Stadt Huizhou. Im Zweischichtsystem müssen die ArbeiterInnen an sieben Tagen in der Woche zwölf Stunden täglich arbeiten, mit zwei Essenspausen von jeweils einer halben Stunde.

Der örtliche Mindestlohn betrug 2004 monatlich 480 Yuan für eine 40-Stunden-Woche. Als Überstundenzuschläge waren an Wochentagen 50 Prozent und am Wochenende 100 Prozent gesetzlich vorgeschrieben. Aber die tatsächliche Bezahlung war niedriger. Der Basislohn in der Produktion betrug 450 Yuan monatlich für täglich acht Stunden von Montag bis Samstag.

Überstunden an Wochentagen und an Sonntagen wurden mit 2,4 Yuan pro Stunde bezahlt. Je nach Überstunden verdienten ProduktionsarbeiterInnen zwischen 700 und 1300 Yuan. Zusätzlich zum Basislohn und den Überstundenzuschlägen, die für alle gleich waren, wurden je nach Abteilung und Posten weitere Zuschläge gezahlt. BandführerInnen erhielten 400 bis 500 Yuan, AbteilungsleiterInnen 700 bis 800 Yuan. Allen ArbeiterInnen bot die Firma Plätze im Wohnheim an und zog dafür 50 Yuan monatlich vom Lohn für Miete und Nebenkosten ab.

Im April 2004 führte die Fabrik eine neue Regelung ein, die zum Auslöser des Streiks direkt in der Produktion wurde. Während der halbstündigen Mittagspause von elf bis halb zwölf sollten die ArbeiterInnen nun aus- und wieder einstempeln. Für die meisten war das ein Problem, weil sich eine lange Schlange vor der Stempeluhr bildete. Wer in den oberen Stockwerken des Fabrikgebäudes arbeitete, brauchte nun zehn Minuten oder länger, um herauszukommen, so dass nur zehn Minuten für das Mittagessen blieben.

Der Streik begann am 10. April in einer der Produktionsabteilungen im fünften Stock des Fabrikgebäudes. Am nächsten Tag sprang er auf die gesamte Fabrik über. Außer ihrer Beschwerde über das Aus- und Ein-stempeln verlangten die Arbeiter die Anhebung des Lohns von 450 auf 480 Yuan und der Überstundenzuschläge von 2,4 auf 3,5 Yuan pro Stunde. Am Morgen hing vor allen Abteilungen ein Zettel mit dem Streikaufruf. Mit Zustimmung der VorarbeiterInnen verließen dann hundert bis zweihundert ArbeiterInnen aus der Abteilung, die den Streik begonnen hatte, das Fabrikgebäude, um in zwei Gruppen die Autobahn an zwei Auffahrten zu blockieren. Die erste Gruppe wurde von ihren Managern aufgehalten und zur Rückkehr überredet; die zweite Gruppe, die schon auf die Autobahn gekommen war, wurde von der Polizei vertrieben. Außerdem nahm die Polizei sieben ArbeiterInnen fest und brachte sie in Polizeigewahrsam. Daraufhin rannte eine Gruppe junger männlicher Arbeiter in die Abteilungen und schaltete den Strom ab oder zerschlug die Hauptschalter. Die meisten ArbeiterInnen, männliche wie weibliche, legten die Arbeit nieder und verließen die Produktionslinien. Tausende ArbeiterInnen standen vor der Fabrik und streikten.

Sofort tauchten städtische Beamte und Polizei vor der Fabrik auf. Mittags forderte die Firma die ArbeiterInnen auf, ihre Vertreter zu wählen. Es gab keine formelle Wahl, aber zehn Arbeiter meldeten sich freiwillig als Vertreter. Die Verhandlungen begannen am Nachmittag. Vor dem Besprechungsraum versammelten sich ArbeiterInnen, um das Ergebnis abzuwarten. Aber am Ende des Treffens wurden die zehn Vertreter mit ei-nem Kleinbus aus der Fabrik gebracht und verschwanden danach.

Am Abend waren einige der ArbeiterInnen so verärgert, dass sie ins Verwaltungsbüro stürmten, Computer zerschlugen und den taiwanesischen Generalmanager sowie den örtlichen Fabrikdirektor ans Fabriktor schleppten, wo sich tausende ArbeiterInnen versammelt hatten. Die aufgebrachten ArbeiterInnen versuchten, den taiwanesischen Manager zu schlagen. Zwei Wachschützer zogen ihn in die Fabrik zurück. ArbeiterInnen warfen ihm Flaschen und Abfall hinterher, beschimpften ihn als »taiwanesischen lao« (Typ, Kerl) und warfen ihm vor, er als Taiwanese würde sie als Festlands-ChinesInnen nicht wie Menschen behandeln. Er rechtfertigte sich und versprach, die Löhne entsprechend dem Gesetz zu erhöhen. Danach verbrachten etwa hundert ArbeiterInnen die Nacht vor der Fabrik, um den Abtransport von Waren zu verhindern.

Am Morgen des dritten Tages ließ die Firma in einem Aushang verkünden, dass der Lohn auf den gesetzlichen Standard angehoben werde. Aber einige ArbeiterInnen stellten an der Stempeluhr eine große Pappwand auf, mit der sie dazu aufriefen, eine Petition an die Stadtregierung zur Freilassung ihrer Vertreter zu unterschrei-

ben. Zwei- bis dreitausend ArbeiterInnen marschierten dann von der Fabrik wieder zur Autobahn. Einige fingen an, mit Dosen Geld für einen langfristigen Kampf zu sammeln. Der Protestzug der ArbeiterInnen wurde gestoppt, nachdem sie zehn Minuten über die Autobahn gelaufen waren. Am nächsten Industriegebiet, zu dem die Autobahn führt, standen Hunderte von Polizisten und Sicherheitskräften. Beamte der Arbeitsverwaltung überredeten sie schließlich, zur Fabrik zurückzukehren, und versprachen, ihnen bei den Verhandlungen helfen.

Als sie dort ankamen, hörten sie, dass die taiwanesischen Manager alle in eine benachbarte taiwanesische Fabrik geflüchtet seien. Die ArbeiterInnen fühlten sich getäuscht. Am Abend bemühten sich FacharbeiterInnen und VorarbeiterInnen um die Ausweitung der Mobilisierung quer durch die Fabrikhallen, Wohnheime und Siedlungen. In der Nacht vor der großen Konfrontation standen überall in der Siedlung ArbeiterInnen zusammen, diskutierten und trafen Vorbereitungen für die Demonstration.

In den frühen Morgenstunden des vierten Tages wurde unter den einfachen ArbeiterInnen die Parole ausgegeben: Zur Stadtregierung! Später wurden zwei riesige Transparente aufgehängt: »Bringt unsere zehn Vertreter zurück!« und »Firma A verstößt gegen das Arbeitsgesetz, sie erhöht die Löhne nicht!« Um acht Uhr verließen vier- bis fünftausend ArbeiterInnen das Industriegebiet in Richtung Autobahn. Diesmal war der Protest besser organisiert, geplant und koordiniert als am Tag zuvor. Die Polizei hatte sich darauf vorbereitet, die Demonstranten an der Auffahrt zu stoppen. Aber die ArbeiterInnen gingen mit Ziegeln, Steinen und Grasballen gegen die Polizei vor, die Verstärkung anfordern musste.

Allmählich entstand ein fabrikübergreifender Streik, als immer mehr ArbeiterInnen aus anderen Fabriken des Industriegebiets sich der Demonstration auf ihrem Weg anschlossen, um sie zu unterstützen – oder einfach aus Spaß. ArbeiterInnen erzählten uns: »Wir waren so viele. Sie (die Polizei) konnte uns einfach nicht aufhalten.« Fünf Stunden, nachdem sie die Industriezone verlassen hatten, befanden sich sieben- bis achttausend Demonstranten aus mindestens drei Fabriken auf dem Weg zur Stadtregierung.

Am Nachmittag des fünften Tages wurde den ArbeiterInnen gesagt, sie sollten zu einem Treffen in die Kantine der Fabrik kommen. Alle, die Beamten der Arbeitsverwaltung des Industriegebiets, die Polizei, der Generalmanager und der Fabrikdirektor, kamen zu dem Treffen. Der Generalmanager versicherte den Arbeitern, dass die beiden Pausen für das Mittags- und Abendessen auf jeweils eine Stunde verlängert würden, und dass sich die Fabrik streng an die Gesetze halten werde. Der Protest brach damit ab, obwohl weder die festgenommenen Arbeiter freigelassen noch die Vertreter zurückgebracht worden waren.

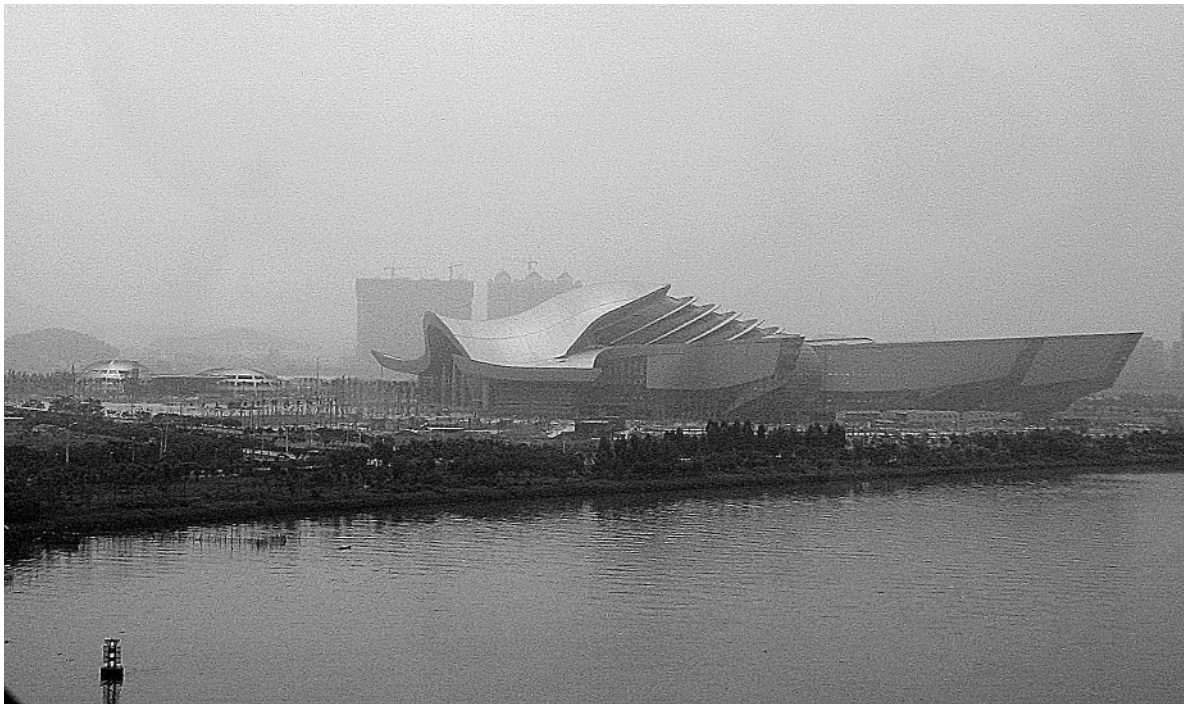
Nach dem Streik kam es zu einer Serie von Arbeitskämpfen zur vollständigen Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns in den acht großen Fabriken des Industriegebiets, die jeweils über tausend ArbeiterInnen beschäftigten. Auch in der neuen Tochterfirma in Huizhou kam es schon kurz nach ihrer Eröffnung im Dezember 2004 zu einem Streik gegen das schlechte Kantinenessen.

Der erste fabrikweite Streik in der Firma A wirkte wie eine Initialzündung. Seitdem wurde an den beiden Standorten Shenzhen und Huizhou immer mal wieder abteilungsübergreifend die Arbeit niedergelegt. Streiks wurden zu einer endemischen Kultur in dieser Firma.

Übersetzung aus dem Englischen: Christian Frings

(erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 8/08)

Empfang beim Gewerkschaftskomitee im »Grand View Plaza«, dem angeblich größten Einkaufszentrum Asiens in Guangzhou



Teile des Universitätsviertels in Guangzhou

»The Making of...«

Chris Chan und Pun Ngai über Kollektivaktionen von WanderarbeiterInnen in Südchina, Teil II

Im ersten Teil ihres Beitrages zur »Klassenwerdung« südchinesischer WanderarbeiterInnen hatten Chan/Ngai sich insbesondere mit dem »Wohnraumregime« als Reproduktionsform und mit der Geschichte der Kollektivaktionen bis 2007 befaßt. Im Folgenden nun wird ein dezidierter Blick auf aktuelle Inhalte der Auseinandersetzungen mit dem Management seit 2007 und auf die Frage, welchen Charakter die Streikbewegungen hatten, eröffnet.

Der Streik von 2007

Fabrik B ist eine deutsche Firma, die Zubehör für Mobiltelefone herstellt. Seit ihrer Eröffnung 1993 ist sie stark expandiert und produziert an zwei Standorten in Shenzhen, einer davon am selben Ort wie Fabrik A. Beide Standorte beschäftigen etwa je 8000 ArbeiterInnen, davon 90 Prozent Frauen zwischen 18 und 30 Jahren. Auch hier war das Lohnniveau höher als in anderen Fabriken der Umgebung. Die Firma hielt sich an den gesetzlichen Mindestlohn, und alle ArbeiterInnen waren sozialversichert. Es wurde an sechs Tagen der Woche in zwei Schichten gearbeitet: die Tagschicht von 7 bis 18.45 Uhr mit einer einstündigen Mittagspause, die Nachtschicht von 19 bis 6.45 Uhr mit einer Pause von 45 Minuten um Mitternacht. Der Lohn der einfachen ArbeiterInnen lag zwischen 1000 und 1400 Yuan.

In dieser Fabrik werden die ProduktionsarbeiterInnen als yuan gong (ArbeiterInnen) bezeichnet, ManagerInnen, VorarbeiterInnen, TechnikerInnen usw. als zhi yuan (Angestellte). Die meisten der yuan gong sind in Wohnheimen untergebracht, wofür ihnen 30 Yuan vom Lohn abgezogen werden. Den zhi yuan zahlt die Firma einen monatlichen Zuschuss von 200 bis 300 Yuan, damit sie sich Wohnungen mieten können.

Als im Juli 2005 der Mindestlohn in Shenzhen auf 580 Yuan angehoben wurde, erhöhte die Firma die Löhne entsprechend. Aber die zhi yuan, deren Gehalt weit über dem Mindestlohn lag, erhielten keine Lohnerhöhung. Daraufhin kam es in der Entwicklungsabteilung zu einem eintägigen Streik der InstandhaltungstechnikerInnen, der die Firma dazu zwang, ihre Löhne um 100 Yuan zu erhöhen.

2006 wurde der Mindestlohn auf 700 Yuan festgesetzt, und es gab wiederum eine entsprechende Lohnerhöhung. Aber nach diesen beiden Lohnerhöhungen begann die Firma, die Produktion zu intensivieren. Wenn die ArbeiterInnen die einseitig vom Management festgesetzten Quoten in elf Stunden täglicher Arbeit nicht erreichten, mussten sie am nächsten Tag unbezahlte Mehrarbeit leisten. Der größte Unmut in der Fabrik bezog sich daher nicht auf die geringen Löhne, sondern auf die Erschöpfung. Viele ArbeiterInnen verließen die Fabrik nach ein paar Monaten oder nach einem Jahr. Den meisten wurde es aber nicht gestattet zu gehen. Ständig stand vor dem Büro eine lange Schlange von ArbeiterInnen, die ihre Entlassung beantragen wollten. Wer ohne die entsprechende ›Erlaubnis‹ ging, verlor seinen gesamten Lohnanspruch und durfte für ein halbes Jahr nicht wieder eingestellt werden.

Mit einer besonderen Rationalisierungsmaßnahme versuchte die Firma im März 2007 auch die Lohnkosten der zhi yuan zu senken. Ab Juli wurde die Höchstzahl der bezahlten Überstunden auf monatlich 72 begrenzt. Die VorarbeiterInnen mussten dadurch auf mehr Bänder gleichzeitig aufpassen, und es fehlten TechnikerInnen in der Instandhaltung. Wie in Fabrik A besteht die Instandhaltungsarbeit aus einem Bereitschaftsdienst. Normalerweise verließen einige InstandhalterInnen nach dem Einstempeln die Fabrik wieder und baten andere, für sie auszustempeln. Um diesen Missbrauch einzuschränken, wurden im August 2007 neue Stempeluhren installiert, um vor allem die zhi yuan durch eine Kamera zu überwachen.

Der unmittelbare Anlass des Streiks ergab sich aus der Lohnpolitik der Stadtregierung. Da die Stadt die Mindestlöhne im Juli 2005 und in 2006 deutlich angehoben hatte, erwarteten die ArbeiterInnen eine ähnliche Lohnerhöhung im Juli 2007. Aber die Regierung entschied, den Mindestlohn bei 700 Yuan zu belassen.

Am 16. August, einem Donnerstag, wurden die Lohnabrechnungen für Juli verteilt – ohne Lohnerhöhung. Hinzu kam, dass die TechnikerInnen und AufseherInnen aufgrund der Überstundenbeschränkung mit einer drastischen Lohnsenkung konfrontiert waren. Zum Beispiel bekam ein Techniker, dessen Gehalt normalerweise gut 2000 Yuan betrug, nur noch 1400 Yuan. Am Freitagabend, nachdem die Manager die Fabrik verlassen hatten, wurde in allen Hallen ein offener Brief ausgehängt. Im Namen aller ArbeiterInnen, zhi yuan und yuan gong, forderte er eine Anhebung der Löhne und der Mietzuschüsse sowie die Verbesserung der sozialen Absicherung. In den Wohnheimen und über SMS verbreitete sich die Nachricht, die TechnikerInnen würden bald in den Streik treten.

Am Montag, dem 20. August, kamen die ArbeiterInnen wie üblich um Viertel vor acht zur Arbeit. Kurz darauf wurde der Strom abgeschaltet. Die VorarbeiterInnen erklärten den ArbeiterInnen, dass es einen Streik gäbe, und forderten sie auf, die Hallen zu verlassen. Die neu installierte Stempeluhr wurde zerstört. Tausende ArbeiterInnen standen vor dem Haupteingang der Fabrik herum.

Nachdem sich immer mehr ArbeiterInnen, die meisten von ihnen junge Frauen, angeschlossen hatten, führten die TechnikerInnen die Masse zu einer Straßenkreuzung im Industriegebiet. Es war keine stark befahrene Straße, und es kamen nur wenige Autos vorbei. »Sogar ein Polizist sagte uns, es sei doch sinnlos, hier herumzustehen, wir sollten besser zur Autobahn gehen«, berichtete ein Arbeiter. Eine halbe Stunde später marschierte die Masse zur Autobahn und besetzte eine der beiden Fahrbahnen. Hunderte von Ordnungskräften rückten an, gefolgt von Beamten der Arbeitsverwaltung, dem örtlichen Generalsekretär der Partei und Managern der Fabrik. Sie redeten über Megaphon auf die Leute ein und forderten sie auf, in die Fabrik zurückzukehren, um zu verhandeln. Als das Management die ArbeiterInnen aufforderte, ihre Vertreter zu wählen, antworteten einige: »Wir sind alle Vertreter« oder »Wir haben keine Vertreter«. Schließlich löste sich die Demonstration auf.

Am Nachmittag rief das Management alle zhi yuan zu einem Treffen zusammen. Als die Firma die Anwesenden aufforderte, ihre Namen einzutragen, verließen fast alle den Raum. Abteilungsleiter und Manager waren dann mehr oder weniger unter sich. Es gab keine formelle Erklärung, aber die Nachricht machte die Runde, es sei eine Anhebung der Basislöhne für die zhi yuan um 300 bis 500 Yuan und für die yuan gong um 30 Yuan beschlossen worden. Das Aufsichtspersonal war größtenteils zufrieden und nahm Montagnacht die Arbeit wieder auf. Aber keine einzige Arbeiterin und kein einziger Arbeiter schloss sich ihnen an.

Am Dienstag streikten sie weiter. Manager und AufseherInnen versuchten ihr Möglichstes, um

sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Einige von ihnen kamen in die Wohnheime. Allmählich realisierten die ArbeiterInnen, dass sie vom Aufsichtspersonal »betrogen« worden waren. Einige von ihnen hängten Parolen an die Wohnheimwände: »Streik bis zum bitteren Ende!« Abends kursierte ein akkurat gesetztes Flugblatt, das vom Dach eines Wohnheims heruntergeworfen und vor der Fabrik verteilt wurde.

Einleitend prangerte das Flugblatt die zhi yuan an und rief zur Geschlossenheit der yuan gong auf, unter den Forderungen: Basislohn von 810 Yuan, Wegfall der Abzüge für die Wohnheimunterbringung, Verpflegungszuschuss von 150 Yuan für die Nachtschicht, Zulagen für gefährliche Arbeiten und besseres Trinkwasser. Abschließend wurden alle, die ohne Erfüllung dieser Forderungen die Arbeit wieder aufnähmen, als hanjiang, Verräter der Han, bezeichnet (eine traditionelle chinesische Formel für »Volksfeinde«), und es wurde an die Worte des Vorsitzenden Mao erinnert: Unsere Revolution hat noch nicht gesiegt, der Kampf muss weitergehen, bleibt standhaft! (in Wirklichkeit von Dr. Sun Yat-sen). Außer mit diesem Flugblatt und den Plakaten wurden ArbeiterInnen von KollegInnen auch durch SMS aufgerufen, weiterzustreiken.

Die meisten setzten den Streik am dritten Tag fort. Am Mittag des vierten Tags kam es zur entscheidenden Wende. Die Firma bot allen, die kündigen wollten, an, sie könnten dies innerhalb von drei Tagen tun und würden ihre ausstehenden Löhne und Zulagen ausgezahlt bekommen. Die übrigen sollten wieder an die Arbeit zurückkehren. Wer innerhalb von drei Tagen die Arbeit wieder aufnehme, erhalte eine Zulage: 50 Yuan am ersten Tag, 30 Yuan am zweiten und 10 Yuan am dritten Tag. Danach werde jedes weitere Fernbleiben als »unentschuldigtes Fehlen« und »freiwilliges Ausscheiden« gewertet, was den Verzicht auf alle ausstehenden Löhne bedeute.

Für viele ArbeiterInnen, die schon lange auf der Warteliste zum Verlassen des Betriebs standen, war das ein verlockendes Angebot. Dreitausend meldeten sich. Für diejenigen, die weiterarbeiten wollten oder aufgrund der familiären Situation mussten, war diese Strategie der Spaltung ein tödlicher Schock. Als das Aufsichtspersonal die ArbeiterInnen per Telefon zur Arbeit aufforderte, gab es keinen Widerstand mehr.

Wie in der Fabrik A 2004 wirkte auch dieser Streik als Initialzündung für das gesamte Industriegebiet. In vielen benachbarten Großbetrieben kam es zu Streiks oder Streikvorbereitungen. Die ArbeiterInnen im Industriegebiet kannten sich untereinander, und die Berichte vom Streik verbreiteten sich durch die auf Herkunft und Bekanntschaft beruhenden Netzwerke. Um weitere große Streiks zu verhindern, reagierte das Management in allen Fällen schon nach ein paar Stunden Arbeitsniederlegung oder auf die bloße Ankündigung eines Streiks hin mit Zugeständnissen.

Streik als Aktivität der Arbeiterklasse?

Anfang der neunziger Jahre waren die wenigen Proteste von WanderarbeiterInnen, die es gab, meistens zerstreut, spontan und unorganisiert. In den letzten Jahren sind die ArbeiterInnen in den ausländischen Firmen der chinesischen Küstengebiete öfter in den Streik getreten, um Beschwerden und Unmut zu artikulieren. Die meisten der Konflikte entzünden sich – ohne gefestigte Führung oder formale Organisation – unmittelbar im Produktionsprozess. Daneben spielten aber auch die Orte der Reproduktion eine tragende Rolle für die Herausbildung von Identität und kollektivem Bewusstsein. Die Machtbeziehungen in der Produktion und an

den Orten der Reproduktion lassen sich nicht verstehen, wenn sie getrennt voneinander betrachtet werden. Im Fall der Fabrik A konnten die Straßenecken nur aufgrund der vorherrschenden Macht der qualifizierten ArbeiterInnen zu einem wichtigen Ort der Organisierung werden. In der Fabrik B wurden die Wohnheimblocks vom zweiten Tag an zu einem umkämpften Raum, den ArbeiterInnen und Management zu beeinflussen versuchten. Durch das Aufhängen von Parolen versuchten ArbeiterInnen andere zum weiterstreiken zu bewegen, während Manager in den Wohnheimen für die Wiederaufnahme der Arbeit warben.

In beiden Fällen wurden die Streiks untergründig von TechnikerInnen, FacharbeiterInnen und BandführerInnen organisiert. Trotz ihrer begeisterten Beteiligung übernahmen die ProduktionsarbeiterInnen keine führende Position. Für die Frühphase der ArbeiterInnenkämpfe im Westen haben Historiker eine ähnlich wichtige Rolle privilegierter Gruppen nachgewiesen. In England und Frankreich waren es traditionelle HandwerkerInnen, in Deutschland GesellInnen und FacharbeiterInnen, in den USA die IndustriemechanikerInnen. Industrialisierung und fortschreitende Rationalisierung des Fabrikregimes entzogen ihnen zunehmend die Kontrolle über ihre Arbeit und lösten Streikwellen aus, die von ihnen angeführt wurden.

In beiden Streiks wurde nicht von »Klasse« gesprochen, sondern in Begriffen, die sich auf Herkunft oder Nationalität bezogen. Trotzdem ist klar, dass sich in dieser Begrifflichkeit Vorstellungen von Klasse und Klassenspaltung ausdrückten. Der Boss, das Management und das Kapital sind die eigentlichen Ziele der ArbeiterInnenproteste. Auch ist der Bezug auf den Maoismus hier nicht als reine Nostalgie zu verstehen, sondern er benutzt ein in China nach wie vor gültiges kulturelles Symbol für radikale Politik.

Die politischen und kulturellen Aspekte der kollektiven Aktionen scheinen darauf hinzudeuten, dass sich auf der jetzigen Entwicklungsstufe ein »Klassenbewusstsein« der WanderarbeiterInnen nur ansatzweise herausgebildet hat. Trotzdem enthalten beide Fälle Hinweise darauf, wie sich eine ArbeiterInnenbewegung in der Zukunft entwickeln könnte.

Erstens wirkten beide Streiks, obwohl sie auf eine Fabrik beschränkt blieben, als Anstoß für andere Fabriken des jeweiligen Industriegebiets und Konzerns. Die Streikwelle von 2004 und 2005 war einer der Gründe für den deutlichen Anstieg des gesetzlichen Mindestlohns.

Zweitens führten die Streikerfahrungen zu einer Weiterentwicklung der Kampfstrategien. Der Streik 2004 war militanter und gewalttätiger, aber der von 2007 war besser organisiert, und die Forderungen waren klarer in schriftlicher Form artikuliert. Eine bemerkenswerte Strategie war die Erklärung, dass »alle VertreterInnen sind«, und ihre Weigerung, sich an Verhandlungen zu beteiligen – eine Antwort auf frühere Erfahrungen von Repression gegen die VertreterInnen.

Drittens gerieten die lokalen Behörden durch die Streikwellen in ein Dilemma. Die Anpassung der Löhne an den Mindestlohn befriedigte und befriedete die ArbeiterInnen. Aber durch ständige Anhebungen des Mindestlohns würde die Stadt ihre »Wettbewerbsfähigkeit« gegenüber anderen Regionen oder Ländern verlieren. Als 2007 der gesetzliche Mindestlohn die ArbeiterInnen nicht zufrieden stellen konnte, radikalisierte sich der Kampf mit der Forderung nach einem »gerechten« Lohn. Der Streik trug dazu bei, dass die WanderarbeiterInnen in ihren Ansprüchen über die gesetzlichen Regelungen hinausgehen.

Viertens sind die einfachen ProduktionsarbeiterInnen durch den Streik gestärkt worden, auch wenn sie noch eine passive Rolle spielten. Sie kannten ihre eigenen Interessen sehr gut und beteiligten sich enthusiastisch am Streik. Während

des Streiks in Fabrik A schlossen sich sogar ArbeiterInnen aus anderen Fabriken den Demonstrationen an.

Im Sinne von E.P. Thompson (»Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse«) betrachten wir die Herausbildung einer »Klasse für sich« als einen langfristigen historischen Prozess, der unzählige alltägliche Kämpfe in einem bestimmten kulturellen Zusammenhang beinhaltet. Durch kollektive Aktionen und Streiks, von einer Fabrik zur nächsten, entwickelt sich das Bewusstsein der ArbeiterInnen und verfeinern sich ihre Kampfstrategien. In den von uns untersuchten Aktionen bemühten sich die ArbeiterInnen darum, Solidarität als eine oppositionelle Kraft zu entwickeln, die über die auf Herkunft, Geschlecht oder Bekanntschaft beruhenden Netzwerke hinausgeht.

Übersetzung aus dem Englischen: Christian Frings

(erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 9/08)

Allgegenwärtig: Werbung für Schönheitsoperationen in Shenzhen

Bisher in der Reihe Ränkeschmiede erschienene Broschüren:

No. 1	Kim Moody: **»Rank-And-File Internationalism«** The TIE-Experience	2 Euro
No. 2	Jens Huhn: **»Zurück in die Zukunft«**. Anmerkungen zur Geschichte und gegenwärtigen Praxis der betrieblichen Linken	5 Euro
No. 3	Heiner Köhnen: **»Für eine neue Gewerkschaftspolitik«** Strategien der Canadian Auto Workers (CAW)	5 Euro
No. 4	**»Erklärung der Canadian Auto Workers (CAW) zur Schlanken Produktion«**	2 Euro
No. 5	Heiner Köhnen: **»Neue Unternehmens*UN*kultur«** Das Modellwerk GM-Saturn	5 Euro
No. 6	Heiner Köhnen: **»Gewerkschaftliche Reformbewegungen in den USA«** New Directions innerhalb der United Auto Workers (UAW)	5 Euro
No. 7	**»Krise des Kapitals – Krise der Gewerkschaft?«** Elemente, Ansatzpunkte und Strategien für eine Anti-Konzessionspolitik auf betrieblicher, tariflicher und gesetzlicher Ebene – Vorschläge aus der HBV	5 Euro
No. 8	Sam Gindin: **»Ein neuer Beginn? Bemerkungen zur ArbeiterInnenbewegung am Ende des Jahrhunderts«**	5 Euro
No. 9	**»Grenzüberschreitungen«**. Das Ende der Normalarbeit, prekäre Beschäftigung und Perspektiven gewerkschaftlicher Politik	5 Euro
No. 10	AFP e.V. / Tie e.V. / express-Redaktion: **»Last Exit ver.di?«** Sonderband	5 Euro
No. 11	Marsha Niemeijer: **»Die Ontario Days of Action«**. Mythos oder Grundstein einer neuen politischen Strategie für die ArbeiterInnenbewegung?	2 Euro
No. 12	Heiner Köhnen & Anne Scheidhauer: **»Organising the Battlefield«** Arbeiterinnen in den Freihandelszonen Sri Lankas	5 Euro
No. 13	Sam Gindin & Leo Panitch: **»Schätze und Schund«**. Eine Rezension zu *Empire* von Michael Hardt und Antonio Negri	5 Euro
No. 14	McDonalds, Fnac, Virgin, EuroDisney, Arcade: **»Das Solidaritätskollektiv: eine Erfahrung der etwas anderen Art«**. Arbeitskämpfe und Organisationsversuche in gewerkschaftlich nicht organisierten Betrieben und Sektoren	5 Euro
No. 15	Willi Hajek: **»Eisenbahnen in Europa: Wohin rollt der Zug ?«** Für einen Öffentlichen Dienst anstelle von Privatisierung !	5 Euro
No. 16	Wolfgang Schaumberg: »**Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision...«**	5 Euro
No. 17	Redaktion express u.a.: **»Baustelle China«** Eindrücke und Fragen einer Studien- und Begegnungsreise	10 Euro
No. 18	Anne Scheidhauer: **»Schuften für unsere Kleider – und sonst nichts?«** Frauen in der globalisierten Bekleidungsindustrie Bangladeschs	8 Euro
No. 19	Redaktion express: **»Krise im Handel – Handeln in der Krise«** Erfahrungen, neue Ansätze und Wege – Reader zur Tagung	8 Euro
No. 20	Redaktion express u.a.: **»Einblick auf verborgenes Terrain«** Diskussion über die DDR und 20 Jahre 1989	8 Euro

Bestelladresse:

AFP – Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung e.V.
Niddastraße 64 – 60329 Frankfurt
Telefon (069) 67 99 84 – Email: express-afp@online.de
(alle Preise zzgl. Porto und Versand)